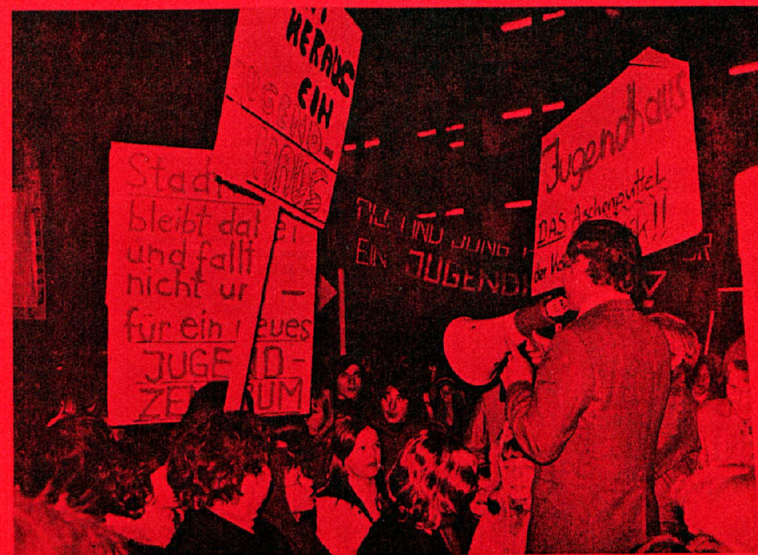
X
16601 ; 9 - 11

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT

STAATS- UND UNIVERSITÄTS BIBLIOTHEK HAMBURG



Schwerpunktthema: SOZIALARBEIT IN JUGENDZENTREN

Außerdem: Sozialarbeit ist Lohnarbeit
Jugendhilferecht
Jugendpolitisches Forum

9

Offenbach im Januar 1975
Doppelnummer - Preis fünf Mark

1772

Dieser Informationsdienst Sozialarbeit wird im Sozialistischen Büro von Gruppen, die im Sozialisationsbereich arbeiten, herausgegeben. Der Info dient der Kommunikation und Kooperation von Genossen, die mit sozialistischem Anspruch im Feld der sozialen Arbeit tätig sind.

Bisher sind erschienen:
Heft 1: "Fürsorgeerziehung" (72 S./DM 3.--)

Heft 2: Sozialarbeit in Institutionen - Geschichte des AKS Frankfurt - Probleme der Sozialarbeit bei freien Trägern u.a. (80 S./DM 3.--)

Heft 3/4: Sozialarbeit zwischen Selbstorganisation und Bürokratie - Fürsorgezöglinge nehmen ihre Sache selbst in die Hand - Lehrstück Brackwede oder die objektiven Grenzen fortschrittlicher Jugendamtspolitik im Recht u.a. (96 S./DM 5.--)

Heft 5: Zur Organisierung im Sozialisationsbereich - Funktion der Sozialarbeit - Disziplinierung in der FaFü Neukölln u.a. (104 S./DM 5.--)

Heft 6: Jugendhilferecht und Jugendhilfetag (72 S./DM 3.--)

Heft 7: Jugendhilfetag - Materialien der Sozialistischen Aktion (80 S./DM 4.--)

Heft 8: Reform und Reformismus als Problem praktischer Politik in der Sozialarbeit - 6 Kurzberichte - Nachrichten/Hinweise (72 S./DM 4.--)

Herausgeber: Sozialistisches Büro
6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Verleger: Verlag 2ooo GmbH Offenbach

Erste Auflage: Januar 1975, 5000 Exemplare

Alle Rechte bei dem Herausgeber

Vertrieb: Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4
Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain)
Postscheck Frankfurt Nr. 61041-604

Preis: Einzelexemplar DM 5.--
Bei Abnahme von mindestens 1o Stück 2o % Rabatt
Weiterverkäufer (Buchläden, Buchhandel) 4o % Rabatt
jeweils zuzüglich Versandkosten

Der Info kann auch im Abonnement bezogen werden. Bezugsgebühren für das Jahr 1975 DM 10.-- + DM 2.80 Versandkosten. Das Jahresabonnement enthält vier reguläre Ausgaben (Einfachnummern). Die Einfachnummer kostet DM 3.--/4.--, eine Doppelnummer DM 5.--.

Verantwortlich: Redaktionskollektiv Info Sozialarbeit
Presserechtlich verantwortlich: Günter Pabst Offenbach
Druck: hbo-druck Bensheim

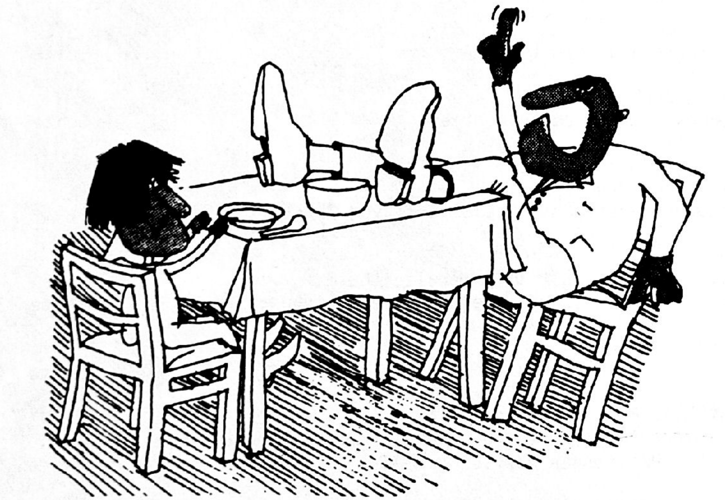
STAATS- U. UNIVERSITÄTS-BIBLIOTHEK HAMBURG

INFO SOZIALARBEIT, Heft 9

INHALT

INFORMATIONSDIENST ARBEITERBILDUNG

Schwerpunktthema:
BILDUNGSARBEIT MIT LEHRLINGEN IN EINEM PARTNERSCHAFTSBETRIEB



"Immer mit der Ruhe, junger Mann! Wir sind zwar ein Partnerschaftsbetrieb, aber solange Du Deine Beine unter meinem Tisch hast, hältst Du Dich mal brav zurück!"

Dieser Info Arbeiterbildung Nr.8 (96 S. DM 5,--) dokumentiert den Bericht über einen "Betriebsunterricht" mit etwa 3o Lehrlingen in der Firma Joh.Friedrich Behrens, Ahrensburg und vermittelt somit Materialien zur Bildungsarbeit in Partnerschaftsbetrieben.

Im Rahmen dieses "Betriebsunterrichts" wurde ein Film gedreht:

HIER MÜSSEN DIE LEHRLINGE SELBST AKTIV WERDEN
(Lohnverhandlungen 73/74 in einem Partnerschaftsunternehmen)

Anfragen bezüglich des Films an das Redaktionskollektiv des Info Arbeiterbildung, c/o Sozialistisches Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591 (bitte nur schriftlich); die Anfragen werden an das Produzenten-Kollektiv weitergeleitet, das euch benachrichtigt.

VORBEMERKUNG ZU DIESER AUSGABE

Ausgangspunkt der Arbeit von Gruppen am Informationsdienst Sozialarbeit ist die Praxis der Sozialarbeiter und die daraus resultierenden Probleme. Wir wollen durch unsere Beiträge aktuelle Bewegungen im Bereich der Sozialarbeit, in verschiedenen Praxisfeldern und Berufssituationen beschreiben und Handlungsmöglichkeiten diskutieren, die einen Beitrag für die Weiterentwicklung einer sozialistischen Strategie sein könnten.

Nach der Studenten-, Schüler- und Lehrlingsbewegung entstand die Jugendzentrumsbewegung. Jugendliche, Sozialarbeiter und Studenten kämpften gemeinsam für selbstverwaltete Jugendzentren. Viele engagierte Sozialarbeiter unterstützten und unterstützen diese Bewegung. Einige arbeiten in Initiativen für selbstverwaltete Jugendzentren mit, andere lassen sich hauptamtlich bei den Kommunen als "Berater" einstellen, wieder andere versuchen, in kirchlichen und kommunalen Jugendfreizeitheimen Selbstorganisationsprozesse der Jugendlichen zu unterstützen und fördern und entwickeln stadtteilbezogene Konzeptionen.

Die ersten Erfahrungen mit Jugendzentren und -heimen wurden gemacht und es scheint, daß mittlerweile die mit der 'Freiraumideologie' und 'revolutionärer Berufspraxis' verbundenen Illusionen restlos zerstört sind. Resignation und Desorientierung machen sich breit. Ähnlich, wie zu der Zeit, als Sozialarbeiter, die sich in der "Jugendwohnkollektiv-Bewegung" engagiert hatten, erkannten, daß es unmöglich sei,die Gesellschaft durch Erziehungskonzepte wie "Kleinheime" zu verändern und sich der scheinbar besseren politischen Praxis der Jugendzentrumsbewegung zuwendeten, so zeigen sich auch heute wieder Tendenzen, Resignation und Desorientierung durch die Flucht in scheinbar relevantere Praxisfelder (Gemeinwesen - und Stadtteilarbeit) zu überwinden.

Einige Sozialarbeiter fühlen sich bestätigt: "Wir haben schon immer gesagt, daß politische Arbeit außerhalb der Arbeitszeit (des Sozialarbeiters - d. Red.) stattzufinden hat; das Proletariat ist nicht in den Jugendfreizeitheimen, sondern arbeitet in den Betrieben." Die Trennung von Produktions- und Reproduktionsbereich scheint uns jedoch falsch. Es gilt, im vollen Bewußtsein der Grenzen der Arbeit im Freizeitbereich, eine Praxis zu entwickeln, die tendenziell die gesamte Lebenspraxis politisiert, eingeschlossen die des Sozialarbeiters.

Das Jugendpolitische Forum in Frankfurt zeigte, daß die "undogmatische Linke" noch kaum klare Konzepte für eine politische Praxis im Arbeitsfeld Jugendzentren oder -freizeitheimen liefern konnte und auch den plakativen Aufruf der Integration in die "Volkskämpfe" (?)

nicht folgen kann. Die täglichen Erfahrungen in den Jugendfreizeitheimen (Schlägereien, Drogenprobleme, Konflikte zwischen Schülern und Arbeiterjugendlichen) waren viel zu wenig Grundlage der Diskussion. Der Kommunikationszusammenhang zwischen linken Sozialarbeitergruppen und -Individuen im Freizeitbereich muß erst hergestellt, bzw. ausgebaut werden, um eine mögliche "Politik in Jugendzentren" (siehe dazu: MATERIALIEN zur THEORIE UND PRAXIS demokratischer Jugendarbeit, Heft 12) diskutieren zu können.

Die Jugendzentrumstagung in Düsseldorf zum Thema: "Rolle und Funktion von Sozialarbeitern in Selbstorganisationsprozessen", zu der der AKS Düsseldorf einlud und zu der ca. 50 Genossen erschienen, zeigte ebenfalls die Enttäuschung und Ratlosigkeit vieler Sozialarbeiter und Vertreter von Initiativgruppen. Nachdem Initiativen in ihrer Region ein Jugendzentrum erkämpft hatten, folgte meist eine Phase der Stagnation (politische Ziellosigkeit). Die politische Brisanz geht verloren, Aktivisten ziehen sich zurück und eine inhaltliche Neubestimmung der Arbeit im Jugendzentrum blieb meist aus.
Wie macht man Politik im Jugendzentrum und wie sollen sich linke Sozialarbeiter dazu verhalten? Mit der Jugendzentrumstagung hatte der AKS nicht den Anspruch, die Jugendzentrumsbewegung zu organisieren und das beste Selbstverwaltungsmodell auszutüffteln (wie etwa Bestrebungen beim Koordinationsbüro Neustadt); es ging uns auch weniger um die Organisierung der Jugendzentrumsbewegung auf einem inhaltlich ausgewiesenen, sozialistischen Konzept (wie etwa Bestrebungen beim BDJ/BDP - Materialien siehe oben), sondern wir wollten von den Erfahrungen der Sozialarbeiter in Jugendclubs und -heimen ausgehend ihre Möglichkeiten zur Unterstützung der Arbeiterjugendlichen und ihren Kampf zur Verbesserung ihrer gesamten Lebenssituation diskutieren.

Die Vorbereitung für die Tagung lief schlecht. Uns fiel es schwer, neben unserer Arbeit auf dem Abenteuerspielplatz, in der Obdachlosenarbeit, Jugendclubs usw. die nötige Distanz zu den konkreten Anforderungen aus der Praxis zu gewinnen, um sie zu verallgemeinern und Handlungsalternativen zu entwickeln.Wir vermochten nicht, neben unserer täglichen Arbeit zusätzliche Untersuchungsarbeit in anderen Jugendfreizeitheimen durchzuführen und sämtliche Literatur zu diesem Thema aufzuarbeiten. Auch die uns zugeschickten Erfahrungsberichte sagten wenig aus über die von uns formulierten Fragenstellungen zur Rolle und Funktion von Sozialarbeit in Jugendzentren (siehe Info Nr.7), sie blieben allgemeinen Problemen verhaftet, die schon ausführlich in anderen Zeitschriften behandelt worden sind.
Wir werden daher auf eine allgemeine Einschätzung der JZ-Bewegung und der Rolle und Funktion von Sozialarbeit verzichten. Im Mittelpunkt dieses Heftes stehen daher Erfahrungsberichte aus dem Jugendzentrum Mettmann, in denen die konkrete Arbeit von Sozialarbeitern beschrieben wird. Sie zeigen auf der einen Seite die Schwierigkeiten, vor die sich eine interessenbezogene Arbeit gestellt sieht, bzw. wie eine an formale Selbstverwaltungsvorstellungen gebundene Sozialarbeit den Entpolitisierungsprozeß unter den Jugendlichen fördert. Aus den gemachten Erfahrungen werden erste Konsequenzen für die zukünftige Arbeit abgeleitet.
Konsequenzen aus ihrer bisherigen Arbeit im Jugendfreizeitheim haben auch die Bremer Kollegen gezogen und ausgehend von einer thesenartigen Einschätzung der Politischen Bildungsarbeit im Freizeitheim ein Konzept einer stadtteilbezogenen Jugendfreizeitheim-Arbeit entwickelt.

Neben diesen Schwerpunktthemen enthält der Info einen Beitrag zur Funktion der Sozialarbeit (die Thesen zur objektiven Funktion der Sozialarbeit und dem subjektiven Bewußtsein der Sozialarbeiter, was zu verschiedenen Orientierungen in der Sozialarbeit führt, beziehen sich auf eine im Hamburger Jugendamt durchgeführte empirische Untersuchung der tatsächlichen Arbeitsvollzüge von Sozialarbeitern),der Organisationsfrage, dem Jugendpolitischen Forum, dem Jugendhilferecht sowie Kurzbeiträge und Hinweise.

Wir sind uns darüber im klaren, daß die Beiträge mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet haben. Aber dies scheint uns insgesamt in der Sozialarbeit der Fall zu sein. Angesichts der wirtschaftlichen Krise, der zunehmenden Arbeitslosigkeit mit ihren sozialen Folgen, dem Scheitern der Reformmodelle und den zunehmenden politischen Disziplinierungen und Berufsverboten, ist unsere Arbeit neu zu überdenken. Neben dieser Aufgabe, wird es Aufgabe aller am Info mitarbeitenden Genossen sein, den Prozeß der politischen Stabilisierung 'linker Sozialarbeit' und der in ihr tätigen Genossen mit Hilfe von weiteren Seminaren, der Info-Arbeit und der praktischen Arbeit am Ort mit anderen sozialistischen Gruppen zu forcieren.

Die Jugendzentrumstagung und die Diskussionen auf dem Jugendpolitischen Forum in Frankfurt haben uns jedenfalls gezeigt, daß plakative Losungen für unsere Arbeit unbrauchbar sind, wenn es nicht gelingt, sie mit unseren täglichen Erfahrungen und denen unseres "Klientels" zu vermitteln. In der Unzufriedenheit vieler Sozialarbeiter spiegelt sich aber auch die Schwierigkeit, das Dilemma der professionellen Sozialarbeit zu bewältigen. Der in allen möglichen Arbeitsfeldern der Sozialarbeit wiederzufindende Konflikt, unter dem Legitimationszwang vor dem Anstellungsträger die Interessen des "Klientels" zu unterstützen, wird wahrscheinlich nicht von Sozialarbeitern allein gelöst werden können. Einen Beitrag dazu könnten sie aber leisten, indem sie sich mit anderen Sozialarbeitern zusammenschließen (z.B. in AKS-Gruppen) und sich in der Gewerkschaft organisieren, um von dort aus bei der Durchsetzung ihrer Interessen (bzw. der Interessen der von Sozialarbeit Betroffenen) stärkeren Druck ausüben zu können.

ERZIEHUNG UND KLASSENKAMPF

Zeitschrift für marxistische Pädagogik

Im Abonnement (5 Ausgaben) DM 22.-
Einzelheft DM 5.-, Doppelheft DM 10.-

Nr. 10/11
Zur Einschätzung der Jugendzentrumsbewegung / Berichte aus Jugendzentren / Zur Kontroverse um das Georg von Rauch-Haus / Rezensionen

Nr. 12
Kritik naturwissenschaftlicher Curricula

Nr. 13
Jugendfrage im Kapitalismus



Nr. 14
Perspektiven einer neuen Studentenbewegung

Nr. 15/16
Zur Kritik staatlicher Jugendpolitik und Jugendpflege in der BRD



Saubere Mädel Starke Genossen

Die roten Ein-Mark-Romane der KPD der Weimarer Republik haben in Westdeutschland in den letzten Jahren eine fragwürdige, vertrackt nostalgische Popularität gefunden.
Michael Rohrwasser weist in kritischer Textanalyse nach, daß diese „proletarisch-revolutionäre" Literatur zum größten Teil ihren Vorbildern im bürgerlichen Trivialroman bis in traditionell-autoritäre Sprach- und Denkmuster verhaftet bleibt. Während die faschistische Machtübernahme sich vorbereitet, benutzt diese Literatur die Ebene der kleinbürgerlichen Privatheit als Element einer sich des unaufhaltsamen Sieges versichernden Politik.

Der Bereich des Privaten / Die Frau als Hemmschuh der politischen Arbeit / Sexualfeindlichkeit / Der männliche Kommunismus / Sozialfaschismus und Lagermentalität

viele Illustrationen, 120 S., DM 7.80



AMERIKKKA

ein Lese-Bilder-Buch

Amerika führt Krieg / Aus den 30er Jahren
Leben aus dem Ghetto / Der schwarze Champion / Blue Collar - Industriearbeit / Suburbia
Schule der Nation / Creating the Message
Schwarze Geschichte / amerikanische Textbeispiele

288 S., über 100 Illustrationen, im Ringbuch oder als Schulausgabe im Pappband, DM 16.-

katalog anfordern!

Verlag Roter Stern
6 Frankfurt Postfach 18 0147

Gerd Rieger:

POLITIK IM JUGENDZENTRUM METTMANN

Vorbemerkung:

Seit 1972 arbeite ich als nebenamtlicher Mitarbeiter,bzw. Teamer im Jugendzentrum Mettmann. Mettmann ist eine Kleinstadt, etwa 20 km von Düsseldorf entfernt. Das Jugendzentrum besteht seit Oktober 1972 und ist durch sein Selbstverwaltungsmodell bundesweit bekannt. Das Modell gilt für viele Initiativen als Vorbild. Aber die Schwierigkeiten und Konflikte, die in dem Jugendzentrum aufgetaucht sind, kennen sie nicht.
Dieser Bericht soll zeigen, wie Sozialarbeiter durch ihre Praxis den Entpolitisierungsprozeß von Jugendlichen förderten. Er zeigt besonders, daß Ansätze fortschrittlicher Arbeit auch durch "gewerkschaftlich orientierte" Sozialarbeiter verhindert werden können. Gleichzeitig versucht er aber, Perspektiven fortschrittlicher Handlungsmöglichkeiten für Sozialarbeiter im Jugendzentrum zu bestimmen.

Die Entwicklung des Jugendzentrums läßt sich in zwei Phasen einteilen: Von Oktober 72 bis September 73 verwalteten die Jugendlichen das Jugendzentrum "Alter Milchhof" unter der Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt. Seit Oktober 73 wird das Jugendzentrum in einem neuen Bau durch die Stadt getragen.
Heute arbeitet in diesem Jugendzentrum ein Team von zehn Sozialarbeitern. Das Team ist in zwei Fraktionen gespalten. (Aus wohlüberlegten Gründen verzichten wir hier auf eine parteipolitische Kennzeichnung der verschiedenen Fraktionen - die Red.) Während die eine Fraktion (Gremienflügel) vorwiegend mit Gymnasiasten Gremienpolitik und Verhandlungsstrategien mit der Stadtverwaltung betreibt, versuchen wir (Selbstorganisationsflügel), die spezifischen Interessen und Bedürfnisse von Arbeiterjugendlichen aufzugreifen und praktische Veränderungsmöglichkeiten ihrer Lebenssituation vom Jugendzentrum aus für ihre Existenzbereiche zu vermitteln.

So sieht momentan die Situation im Jugendzentrum aus:
"Das selbstverwaltete Jugendhaus Mettmann wurde nach dem letzten Samstag von der Stadt in Übereinstimmung mit den Jugendlichen (? d. Red.) und Sozialarbeitern geschlossen", schreibt der "Rat der Sprecher", das sog. Selbstverwaltungsgremium des Jugendzentrums in einem Flugblatt vom 14.1.75. Wie kam es dazu? Die diensthabenden Sozialarbeiter (Gremienflügel) riefen die Polizei wegen Schlägereien im Haus. *"Diesmal aber wurden sie (die Polizisten) von den beiden Sozialarbeitern, die während des Krawalls Dienst hatten, unterstützt und dringend gebeten, das Haus zu schließen."* (Westdeutsche Zeitung 14.1.75). Die Polizei verzog sich schnell, als die Jugendlichen sie vor dem Haus mit "Bullenpack, haut ab" beschimpften. Die Sozialarbeiter blieben allein im Haus zurück. *"Dagegen meuterten die Jugend-*

lichen erst recht und dann kam es auch zu dem Einwerfen der Fensterscheiben." (WZ) Sie stießen die Eingangstüre auf und drangen ins Haus ein. Die Sozialarbeiter zogen sich in das Büro zurück und schlossen sich ein. Sie riefen erneut die Polizei, die daraufhin einen Jugendlichen als Anstifter verhaftete. *"Drei Rädelsführer sind inzwischen der Stadtverwaltung namentlich bekannt. Sie werden in erster Linie herangezogen, wenn es darum geht, die Schäden zu reparieren. Das trifft sie am Geldbeutel und ist vielleicht der einzige Weg, von ihnen Ruhe zu erwarten."* (WZ) Mit quietschenden Rädern verließen die Sozialarbeiter unter Polizeischutz Mettmann. *"Gestern abend trafen sich die Jugendlichen (? die Red.) und die Sozialarbeiter, um zu überlegen, wie ein geordneter Betrieb im Haus weiterlaufen könnte. Dabei sind sich die vier Sozialarbeiter und die aktiven Jugendlichen darüber im Klaren, ... daß neue Wege gefunden werden müßten, um die Gruppe von Randalierern in den Griff zu bekommen und wieder einen geordneten Betrieb im Jugendzentrum herzustellen."* (Rheinische Post 14.1.75)

Wie die Situation im Jugendzentrum wieder "in den Griff" zu bekommen ist, wissen die Gymnasiasten des "Rat der Sprecher (RdS)" und einige Sozialarbeiter schon: *"Wir, d.h. Sozialarbeiter, 'RdS' und Jugendliche werden demnächst konsequenter durchgreifen müssen, d.h. wir werden den Jugendlichen, die Alkohol und sonstige Drogen mit ins Jugendzentrum bringen, oder Schlägereien anzetteln, Hausverbot erteilen."* (Flugblatt des 'RdS', 14.1.75)
Polizeieinsatz und Hausverbote sind m.E. keine adäquaten Antworten, um auf die Verhaltensweisen von Arbeiterjugendlichen, die sich aus der verschärfenden Lebenssituation ergeben, zu reagieren. Gerade für die arbeitslosen Jugendlichen, die in großer Zahl am Konflikt beteiligt waren - es gibt etwa 300 arbeitslose Jugendliche in Mettmann - ist es notwendig, das Jugendzentrum den ganzen Tag zu öffnen, um ihnen zunächst die Möglichkeit zu geben, sich mit anderen Arbeitslosen treffen und über ihre Situation reden zu können. Anstatt mit Hausverboten zu strafen, sollte sich die Arbeit verstärkt auf die Betroffenen und ihre Situation der Arbeitslosigkeit konzentrieren.

Die repressive Praxis einiger Sozialarbeiter und Jugendlicher aus dem 'RdS' markiert den Höhepunkt der falschen Politik, die das gesamte Team seit zwei Jahren betrieben hat. Um die Entwicklung dieser Praxis nachzuzeichnen, Kritik unserer Fehler und eine Neubestimmung der Arbeit zu leisten, muß der Entstehungszusammenhang des Jugendzentrums dargestellt werden.
Die Sozialarbeiter im 'Alten Milchhof' waren fast ausschließlich Mitglieder des AKS Düsseldorf. Da die Entwicklung des Jugendzentrums wesentlich durch die AKS-Mitglieder bestimmt wurde, werde ich in diesem Bericht auch auf die Entwicklung im AKS eingehen. Ein Teil der ehemaligen AKS-Mitglieder ist seit September 1974 aus der Arbeit im Jugendzentrum ausgestiegen.

Dieser Bericht zeigt noch wenig positive Alternativen. Dies liegt vor allem daran, daß eine alternative Arbeit des "linken Flügels" erst in den Anfängen steckt. Dieser Beitrag ist auch wenig distanziert und "objektiv", weil er den Stand der augenblicklichen Reflexion widerspiegelt.

Die Entwicklung des Jugendzentrums Mettmann

Der AKS Düsseldorf besteht seit 1969. Seine Mitglieder waren Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Erzieher und Studenten. In den Jahren 1970/71 beschäftigten wir uns wie ähnliche Gruppen zur selben Zeit mit den Jugendwohnkollektiven (JWK). Die Treber und von zu Hause entwichene Jugendliche in der Düsseldorfer Altstadt waren für uns der Anlaß, unsere politischen und pädagogischen Vorstellungen in die Praxis umzusetzen. Wir wollten ein eigenes 'JWK' gründen und verhandelten mit dem Landschaftsverband Rheinland, der die Ausführung verzögerte und schließlich verhinderte. (Materialien zur Jugend und Sozialarbeit, Reader Jugendwohnkollektive 2, Victor Gollancz-Stiftung, Ffm 73, S. 44 ff). Wir resignierten und wandten uns von dem Projekt 'JWK' ab; wir begannen unsere Treffen zu versaufen und zu knobeln. Gleichzeitig fanden wir einen Vorwand, mit dem wir unser Scheitern rechtfertigen wollten: Das Georg von Rauch-Haus in Berlin war besetzt worden. Die Jugendlichen organisierten darin ihre Lebenspraxis ohne Sozialarbeiter. Sie wollten nicht in "Kleinheimen" leben, sondern forderten selbstorganisierte Kollektive. Deshalb schienen für uns die Bemühungen um das Projekt 'JWK' keine politische Relevanz mehr zu haben.
Die Knobelphase Winter 71/72 wurde bald durch eine Theorie-Phase abgelöst, die bis Januar 1973 dauerte. Im Zuge des Differenzierungsprozesses der Linken setzte sich auch in unserem Arbeitskreis die Frage nach der richtigen Organisation und der richtigen Linie durch. Wir luden Vertreter verschiedener politischer Strömungen zu uns ein, die uns ihre Organisationen vorstellten. Wir lasen u.a. ihre "Parteiorgane" und programmatischen Erklärungen und diskutierten z.B. über Imperialismustheorien. Daraufhin fand im AKS eine ideologische Spaltung - anlehnend an die verschiedenen Parteien und Gruppen - statt. Parallel zu dieser Diskussion sahen einige von uns eine neue praktische Perspektive für den Arbeitskreis: die Jugendzentren (JZ).

In Mettmann existierte zu der Zeit eine Gruppe von Gymnasiasten, die ein Jugendzentrum forderte. Sie hatte mit der Stadtverwaltung verhandelt und Räume im 'Alten Milchhof' (AM) zur Verfügung gestellt bekommen. Zwei Jugendamtsmitarbeiter arbeiteten nach ihrem täglichen Dienst im Jugendzentrum. Sie engagierten sich wenig: Es gab keine Angebote und Veranstaltungen im 'AM'. Nach kurzer Zeit wurden die Räume wegen Drogen und Alkoholkonsum, Lärm und Schlägereien von der Stadtverwaltung geschlossen.
Die Gruppe von Gymnasiasten setzte sich erneut zusammen und forderte aufgrund der Erfahrungen mit der Situation im 'AM', die für sie unbefriedigend war, ein Jugendzentrum unter Selbstverwaltung (SV). Die Stadt konnte die Trägerschaft nicht mehr übernehmen, weil kein Sozialarbeiter sich bereit fand, im 'AM' zu arbeiten. Deshalb wandten sich die Jugendlichen an die Arbeiterwohlfahrt und baten sie, die Trägerschaft zu übernehmen und Sozialarbeiter einzustellen. Die Arbeiterwohlfahrt fragte Mitglieder des AKS, ob sie fortschrittliche Kollegen kennen würden, die bereit wären im 'AM' zu arbeiten. Mitglieder des AKS arbeiteten bereits in der Region Mettmann, in einem Wohnkollektiv, in benachbarten Jugendhäusern und bei freien Trägern. Wir diskutierten im AKS über die Möglichkeit einer gemeinsamen Praxis in Mettmann. Einige Studenten erklärten sich bereit, nebenamtlich

im 'AM' zu arbeiten. Wir erhofften uns, daß die regionale Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern intensiviert, die Arbeit im Stadtteil mit anderen Organisationen aufgebaut und mit anderen Sozialarbeiterkollegen gemeinsame Strategien fortschrittlicher Praxis entwickelt werden könnten. Die Arbeiterwohlfahrt übernahm die Trägerschaft und stellte fünf Studenten des AKS als nebenamtliche und einen hauptamtlichen Teamer an.

Wir Studenten hatten uns während unseres Studiums überwiegend mit "Theorien" beschäftigt: Die Bücher von Makarenko waren Grundlage für die Diskussion über die 'JWK' geworden und sollten uns jetzt bei der Verwirklichung unserer politisch-pädagogischen Vorstellungen für die JZ-Arbeit helfen. Die Struktur des Jugendzentrums sollte nach den Ideen von Makarenko aufgebaut werden: Interessengruppen (IG), Rat der Sprecher (RdS), und Vollversammlung (VV). In der Übernahme dieser formalen Kriterien glaubten wir damals, den Kern politischer Arbeit erkannt zu haben. Inhaltlich diskutierten wir das Modell im AKS nicht, weil wir uns gerade in der Theoriephase befanden. Das Ergebnis dieser Phase war die Auflösung des AKS im März 1973. Da wir uns keinen gemeinsamen politischen Standort erarbeiten konnten, war auch das Konzept der gemeinsamen Arbeit in Mettmann gestorben. Das formal-demokratische Organisationsmodell, das die Studenten des AKS akzeptierten, gleich welcher politischen Organisation ihre Sympathie galt, blieb übrig. Wir hatten uns mit den Gymnasiasten zusammengesetzt und die Satzung und Konzeption für den 'AM' beraten. Anstatt uns aber über die örtliche Situation zu informieren, etwa über Konflikte innerhalb der Stadtverwaltung, über Lebensweise und Probleme der Arbeiterfamilien und die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen in Mettmann, klebten wir an formalen Fragen: welche Gruppen kann man aufbauen, wie kann man die Räume einrichten, wie kann die Selbstverwaltung im Sinne Makarenkos verwirklicht werden?

Das Selbstverwaltungs-Modell ist nichts Neues. Es ist alte traditionelle Sozialarbeiterpraxis: viele kleine Gruppen zu gründen und darin verschiedene Interessen isoliert voneinander zu organisieren (Basteln, Foto, Kochen). Neu an dem Modell ist das Delegiertenprinzip. Aus jeder Gruppe wird ein Vertreter in den 'RdS' gewählt, dem geschäftsführenden Gremium des Hauses. Er bestimmt über den Ablauf im Haus und vertritt das Jugendzentrum nach außen. Die Sozialarbeiter haben kein Stimmrecht in den Gremien - nur Rederecht.

Der 'AM' wurde im Oktober 72 wieder eröffnet. Die Gymnasiasten schlugen Interessengruppen vor, gründeten Lehrlings-, Theater-, Info-, Veranstaltungsgruppen usw. und wurden aufgrund ihres Engagements in den 'RdS' gewählt.

Durch die Auflösung des Kommunikationszusammenhanges im AKS gerieten wir in die Gefahr, keine Perspektive über das Jugendzentrum hinaus zu entwickeln. Unser Gesichtskreis verengte sich immer mehr auf die Probleme im Haus. Der 'AM' wurde als Freiraum gesehen. Das wurde durch die Spaltung des Teams in einen Gremien- und Selbstorganisationsflügel verstärkt. In unseren Teamgesprächen diskutierten wir nicht die gemeinsamen weiteren Perspektiven, sondern behandelten lediglich die Tagesprobleme und Formalitäten, wie Diensteinteilung und Abrechnungsbögen. Dies führte dazu, daß jeder Sozialarbeiter

isoliert seine politischen Vorstellungen in den einzelnen Interessengruppen vermittelte und sich in diese scheinbar privaten Inseln flüchtete. Die politischen Differenzen ließen keine solidarischen Gespräche zu.
Zu einer großen Auseinandersetzung, die wochenlang andauerte, führte die Einladung der Rockgruppe "TON STEINE SCHERBEN". Die Sozialarbeiter (Gremienflügel) und einige SDAJ Gymnasiasten versuchten, die Einladung der 'Töne' rückgängig zu machen. Doch da die meisten Jugendlichen im Haus für ihren Auftritt waren, billigte man schließlich die Veranstaltung, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Lieder: "Keine Macht für Niemand - Macht kaputt, was euch kaputt macht", nicht gespielt würden. Die Jugendlichen sollten nicht selbst über die Verwertbarkeit der Inhalte entscheiden dürfen. Die 'Töne' sangen natürlich, was sie wollten. Als eine Sozialarbeiterin die Frauen-IG gründete, fragte die Gremien-Fraktion skeptisch: "Hoffentlich macht ihr da nicht so 'nen Emanzipationskack" und "Reicht mal eine schriftliche Konzeption und regelmäßige Berichte rein". Noch nie waren die Teamer bisher vor ihrem Beginn der Arbeit aufgefordert worden, sie zu begründen und Konzeptionen zu erstellen.
Das gespannte Klima im Team zwang die Sozialarbeiter verstärkt in den Rückzug auf ihre Gruppe. Sie hatten die Erfahrung gemacht, daß ihre Versuche, ihre Arbeit darzustellen und der Kritik auszusetzen, persönliches Abqualifizieren, Vorwürfe und Diffamierungen auch hinter ihrem Rücken provozierte. Auftretende Konflikte und Schwierigkeiten in der Arbeit wurden jetzt kaum mehr in das Team hineingetragen, das für die Sozialarbeiter zum Disziplinierungsinstrument geworden war.

Die erste Zeit im 'AM', dem provisorischen Jugendzentrum, verlief wie wir es uns vorgestellt hatten und es von vielen anderen Initiaven her kannten: Die Arbeiterwohlfahrt sicherte die pädagogische Arbeit gegenüber der Stadt ab. Die Gymnasiasten kämpften gemeinsam mit den Sozialarbeitern "für mehr Geld" von der Stadt, schrieben Flugblätter, führten Veranstaltungen durch und sorgten für linkes Musikangebot. Die Arbeiterjugendlichen interessierten sich weder für die Gremien (IG's, RdS), noch für das "kritische Kulturangebot". Sie hielten sich in der Diskothek, in den Gängen und in der Küche auf, spielten Tischtennis oder schmusten in den Ecken. Unser Makarenko-Konzept schien bei ihnen nicht anwendbar zu sein. Daraufhin trat Ratlosigkeit und Resignation bei den Gymnasiasten und Sozialarbeitern ein.

Ab Januar 73 nahm die Zahl der Arbeiterjugendlichen im 'AM' zu. Die Struktur begann sich total zu ändern. Die Gymnasiasten blieben fast alle weg. Nur wenige kamen einmal in der Woche zu ihren IG-Sitzungen. Ein Teil ehemaliger Rocker von Mettmann besuchte regelmäßig das Haus und half bei der Organisierung des Küchendienstes oder kleinerer Hausmeisteraufgaben. Eine Gruppe von Hauptschülern, die sogenannten 'Mini-Rocker', tyrannisierten die Sozialarbeiter und andere Jugendliche. Sie störten die Gruppensitzungen; plötzlich ging ein Papierkorb in Brand; dort flog ein Ei an die Wand. Die Satzung, mühevoll auf großes Papier geschrieben und an die Wände geklebt, rissen sie ab. Ausländer standen in den Gängen und schlugen den Mädchen auf den Hintern. Eine andere Gruppe von Jugendlichen trank vor dem Haus Rotwein. Sie provozierten kleinere Schlägereien, oder

schliefen sich in der Diskothek aus. Gleichzeitig nahmen jetzt die Arbeiterjugendlichen die Aufgaben wahr, die die Interessengruppen laut Satzung auszuführen hatten. Sie fegten jeden Tag das Haus, organisierten den Küchenbetrieb und veranstalteten Feste. Sie kannten Schleichwege in das Haus und blieben auch an geschlossenen Tagen und nachts im Jugendzentrum. Viele von ihnen waren ohne Geld und Arbeit, oder von zu Hause rausgeflogen. Ab und zu erhielten sie von den Sozialarbeitern den Schlüssel, um im Haus aufzuräumen oder Vorbereitungen für Feste zu treffen. Die Atmosphäre hatte sich geändert, und die Arbeiterjugendlichen begannen sich mit dem Haus zu identifizieren.

Die Sozialarbeiter (Gremienflügel) sahen ihre Unterstützung der "Selbstverwaltung" in der Hilfe beim Aufbau und Stabilisierung der Interessengruppen. Indem sie viele Gruppen aufweisen konnten, glaubten sie an eine funktionierende Selbstverwaltung. Sie konnten nach außen nachweisen, daß im "selbstverwalteten" 'AM' viele Angebote liefen und eine fortschrittliche Jugendarbeit geleistet würde. Aber die aktuellen Probleme der Arbeiterjugendlichen konnten nicht aufgegriffen werden, weil sich die Arbeit fast ausschließlich auf die Interessengruppen beschränkte. Auch die IG-Mitglieder und der 'RdS' versuchten nicht, die Probleme, wie Alkoholismus, Aggressivität, Arbeitslosigkeit usw., aufzugreifen, sondern fixierten sich an die Sozialarbeiter, die sie kritisierten, wenn sie z.B. noch nicht verbindlich in einer Gruppe mitarbeiteten.
Die VV sollte laut Konzeption monatlich tagen, doch sie tagte nur selten und kurz. Sie wäre das Gremium gewesen, in dem ein übergreifender Zusammenhang und eine gemeinsame inhaltliche Bestimmung der Arbeit hätte hergestellt werden können. Sichtbar zerfielen die Selbstverwaltungsgremien,und dennoch blieb eine Neubestimmung von Selbstverwaltung aus.

Ab Mai 72 gab es keine Veranstaltungen mehr im 'AM', da die Stadt sich weigerte, Geld in das Jugendzentrum zu stecken. Die Räume waren leer, die Fensterscheiben zerstört, kein Mobiliar, Spiele und Tischtennisplatten mehr da. Aber trotzdem hielt sich jeden Abend ein Stamm von 70 Arbeiterjugendlicher im Haus auf. Im Sommer 73 sollte der 'AM' endgültig geschlossen werden. Das neue Jugendzentrum war einzugsfertig. Während die Gymnasiasten begeistert den Einzug in das neue Gebäude erwarteten, blieben die Arbeiterjugendlichen skeptisch. Sie fühlten sich trotz der unzureichenden Angebote und dem schlechten Zustand des Hauses im 'AM' wohl und empfanden ihn als ihr Haus, in dem sie sich nach der Arbeit mit Freunden ungestört treffen und ihre Freizeit selbst organisieren konnten. Wir besichtigten mehrmals mit ihnen das neue Haus, um den Übergang zu erleichtern, doch ihr Mißtrauen blieb.

Ein paar Schritte weit vom 'AM' entfernt hatte die Stadt Mettmann ein neues Jugendzentrum für fast drei Millionen DM gebaut. Der 'AM' im Herzen Mettmanns war ein alter klobiger Betonbau, ein Schandfleck für die Gemeinde. Die neuen Bebauungspläne sahen an diesem Ort ein großes Hotel vor. Die Umgebung sollte architektonisch eine harmonische Einheit bilden: modernes Schwimmbad, Hotel, Einkaufszentrum und Jugendzentrum. Einige Gymnasiasten aus dem 'RdS' hatten in einem Gremium mit Architekten über Ausstattung, Einrichtung und

Architektur mitplanen dürfen. Sie freuten sich auf die Öffnung ihres neuen Jugendzentrums. Viele ihrer Interessen hätten darin verwirklicht werden können. Die Ausstattung für die Gruppen war optimal: Fotoausrüstung und Farbfernseher für die Foto-IG, ausfahrbare Bühnentische für die Veranstaltungs-IG, einen kompletten Druckraum mit Abzugsgeräten und fotomechanischem Vervielfältiger für die Info-IG, ein mit Teppich ausgelegter Raum in schwarz für die Theatergruppe, einen schalldichten Raum mit Entlüftungsanlage, eingebautem Mischpult und Verstärker für die Disko-IG, eine Cafeteria mit Kochplatten und Abstellraum für die Cafeteria-IG usw. Das Jugendzentrum hat etwa 1 500 qm, besitzt zwei Stockwerke, viele Glasscheiben und -türen, ein Amphietheater, Schwingboden in der Veranstaltungshalle, viele Gruppenräume, zwei Billardtische, Werkräume, Duschen, eine Lehrküche und drei haupt- und zwölf nebenamtliche Sozialarbeiter; alles in allem ein sauberes, reich ausgestattetes Haus.

Durch die Übernahme der alten Sozialarbeiter der Arbeiterwohlfahrt und der erprobten Satzung ging die Stadt zunächst größeren Komplikationen aus dem Weg. Ihr Jugendzentrum wurde bald über Mettmann hinaus bekannt und als nachahmenswert angepriesen. *"Nur in wenigen Jugendzentren werden Demokratie, Initiative und Eigenverantwortlichkeit so konsequent (wie im Jugendzentrum Mettmann) geübt"*, heißt es in der Sozialdemokratischen Stadtzeitung "Blickpunkt" im Juli 74. Fast täglich wird das Jugendzentrum von Jugendwohlfahrtsausschüssen besucht und begutachtet. Auch die DKP Presse "UZ" und "elan" berichtet enthusiastisch: *"Das Jugendzentrum Mettmann ist stadtbekannt. Und das, obwohl das neue Jugendzentrum erst seit dem 1. Oktober 73 geöffnet ist. Warum das Jugendzentrum Stadtgespräch ist, erklärt uns Dagmar Kies, eine der drei hauptamtlichen Sozialarbeiter."* ("elan" 3/74). Sie wurde mittlerweile zur 1. Vorsitzenden des "Koordinationsbüro" der "Jugendzentrum-Bewegung" in Neustadt gewählt. (Zum Büro in Neustadt s. Info Sozialarbeit 7, S. 70).
Der "elan"-Artikel täuscht vor, daß das Jugendzentrum voller Aktivitäten der Jugendlichen sei, die ihre Interessen in Gruppen organisieren und inhaltlich politisch arbeiten. Er verschleiert die tatsächliche Misere, in dem das Jugendzentrum steckt. Denn schon nach zwei Monaten zeigten die Arbeiterjugendlichen Aggressionen und Wut gegen das Gebäude, gegen Jugendliche und Sozialarbeiter. Sie stieß der Perfektionismus des neuen Hauses ab. "Da kann man ja nichts mehr selber machen, alles ist so pompös." Im Jugendzentrum arbeiteten jetzt Putzkolonnen und ein Hausmeister. Es durften nur noch mit Genehmigung der Stadt die Räume angestrichen, andere Möbel beschafft oder Umstellungen vorgenommen werden. Die Arbeiterjugendlichen konnten nachher nicht mehr darin schlafen,und die Sozialarbeiter durften ihnen nicht mehr die Schlüssel für das städtische Jugendzentrum überlassen. Die Jugendlichen schmuggelten Alkohol ins Haus, begannen Schlägereien; Schmutz und Zerstörungen vermehrten sich.

Die zwölf Interessengruppen, die mit der Eröffnung des neuen Zentrums gegründet wurden, waren fast völlig auseinandergefallen; der 'RdS' löste sich stillschweigend auf, und das Schild am Haus "Selbstverwaltetes JZ" war plötzlich verschwunden. Die meisten Gymnasiasten zogen sich erneut aus dem Jugendzentrum zurück. Viele von ihnen studieren heute, leben in Wohngemeinschaften oder sind in der Drogenscene untergetaucht. Sie waren die "Basis" der Sozialarbeiter

gewesen. Die Zusammenarbeit mit ihnen war relativ reibungslos verlaufen. Sie fanden unsere Vorschläge und Konzeptionen gut. Wir konnten ihnen unsere Ideen leichter vermitteln als den Arbeiterjugendlichen bedingt durch unsere Sozialisation, Erfahrungen und Lebensperspektive.

Die Unsicherheit der Sozialarbeiter mit der neuen Situation wurde durch die fehlende Basis von Gymnasiasten verstärkt. Im Team begann man über Sanktionsmaßnahmen gegen die Zerstörungen und den Alkoholkonsum der Arbeiterjugendlichen zu diskutieren und versuchte, durch formale Änderungen erneut das Geschehen im Haus in den Griff zu bekommen. Die Diskothek sollte vom zweiten Stock in die Cafeteria im Paterre verlegt werden, eine Mauer irgendwo eingezogen, eine andere ausgerissen werden, Hausverbote sollten ausgesprochen, "Wachen" von Sozialarbeitern in den Fluren aufgestellt und Räume zugeschlossen werden. Von den anfangs 400 Jugendlichen pro Abend kamen nur 50 bis 100 in das Jugendzentrum.

Je stärker den alten AKS-Mitgliedern der Zweifel an dem formalen Organisationsmodell kam, desto stärker verteidigten es jetzt die neuen, dem Gremienflügel zuzurechnenden, Sozialarbeiter, die mit Makarenko gleichzeitig Sozialismus und Sowjetunion verbinden. Fast jede Kritik am Modell schien für sie ein Angriff auf den "real existierenden Sozialismus" zu sein. Während die Stadt von ihrem "Heim der ganz Offenen Tür" Mettmann, Am Königshof 17-19, schreibt, reden von Selbstverwaltung nur eine Handvoll SDAJ-Gymnasiasten und einige Sozialarbeiter. Der Begriff"Selbstverwaltung" ist blaß und blutleer geworden. Kaum jemand verbindet mit diesem Begriff in Mettmann "Kampf". Selbstverwaltungs-Tage, die die Geschichte des "Kampfes" auffrischen sollen, fielen ins Wasser. Die Arbeiterjugendlichen interessierte aber weder die theoretische Reflektion mit vielen abstrakten Parolen, noch die Schaubilder, auf denen der komplizierte Aufbau des Jugendzentrums gemalt war. Daraus zogen die Sozialarbeiter (Gremienflügel) den Schluß, die Misere der Selbstverwaltung läge am 'RdS'. Sie forderten deshalb Neuwahlen mit der Parole: "Macht den 'RdS' stark." Wir kritisierten den Versuch, die Selbstverwaltung auf diese Weise aufzupäppeln und forderten die Arbeit inhaltlich neu zu bestimmen.

Eine Neubestimmung der Arbeit im Team blieb wieder aus. Zur Zeit der Auseinandersetzung im Team entwickelten sich auch unter den Mitgliedern des 'RdS' Konflikte. Einige Gymnasiasten kritisierten die Gremienpolitik der SDAJ'ler und forderten,den 'RdS' aufzulösen. Da aber auch diese Diskussion von den anderen Besuchern abgehoben verlief, und die Kritiker noch keine klaren Alternativen entgegensetzen konnten, wurden diese neuen Ansätze der Neubestimmung der Arbeit im Jugendzentrum von der DKP-Jugend abgewürgt. Die 'RdS'-Kritiker gründeten eine "Initiativ-IG" mit dem Ziel, mehr Selbstverwaltung im Jugendzentrum zu erzielen. In einer Fragebogenaktion befragten sie die Besucher nach Interessen und Bedürfnissen. Unsere Sozialarbeiter (Selbstorganisationsflügel) diskutierten häufig mit diesen Jugendlichen. Das verstärkte die Spaltungen im Team und unter den Jugendlichen im 'RdS'. Der Gremienflügel versuchte, uns zu kritisieren: "Die Kollegen wollen die Jugendlichen nur für ihre politischen Ziele ausnutzen und verführen." Diese Furcht vor der "Chaotisierung" wurde

nie inhaltlich diskutiert.

Die Uneinigkeit im Team machte es der Stadtverwaltung leicht, nach und nach die Zugeständnisse zurückzunehmen, die sie dem 'RdS' in bezug auf die Selbstverwaltung gegeben hatte und die Sozialarbeiter stärker mit Hilfe von Dienstanweisungen unter Druck zu setzen. Sie werden zur Stadt zitiert und können bei Zerstörungen zur Rechenschaft und persönlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie nicht die Namen von Jugendlichen ausliefern.
Solche Konfliktsituationen zogen am Team vorbei, ohne daß sie aufgegriffen werden konnten. Sie hätten zur Politisierung der Arbeit führen und die Möglichkeit eines neuen Anfangs bringen können. Aber abwiegelndes Verhalten und Zurückhalten von Informationen behinderten die Arbeit. Die Hauptamtlichen übernahmen zum Teil immer mehr repressive Funktionen im Haus, holten in Konflikten die Polizei, sprachen Hausverbote aus und schlossen die Räume vor den Jugendlichen ab, weil sie zu viel Dreck machen würden. Einige vollzogen ihren städtischen Auftrag in alter disziplinierender Sozialarbeitermanier.

Konsequenzen aus unseren Erfahrungen

Die Praxis der AKS Mitglieder orientierte sich bisher immer an einer vorher, abstrakt entwickelten Theorie. Die Praxis zeigte, daß dies ein grundlegender Fehler war. Wir hätten die Lebensbedingungen der Arbeiterjugendlichen und Gymnasiasten in Mettmann untersuchen und uns mit ihren Problemen, Sorgen und Wünschen vertraut machen müssen.

Die Hauptamtlichen sollen uns die Informationen und wichtige Daten für die Untersuchungsarbeit aus den Ämtern beschaffen, unsere Praxis gegenüber dem Träger inhaltlich absichern, notwendiges Material für die Gruppenarbeit beschaffen und die Kontinuität unserer Arbeit garantieren. Doch Tagesberichte werden nicht geschrieben und Informationen über das, was während der Woche geschieht, erhält man von ihnen selten. Nebenamtliche erhalten kaum Einblick in die Arbeit der Hauptamtlichen. Das führt zu Verselbständigung und Opportunismus bei den hauptamtlichen Sozialarbeitern.
Die Sozialarbeiter müssen die Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterjugendlichen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rücken. Sie müssen den Freizeitansatz überwinden, indem sie die aktuellen Probleme der Arbeiterbevölkerung (Arbeitslosigkeit, Wohnprobleme, Schule, Arbeit usw.) in ihre Arbeit einbeziehen. Unvermittelte Parolen und formale Konzepte können uns dazu wenig helfen. Sozialarbeiter müssen sich für ihre Arbeit qualifizieren, wenn sie den Anspruch haben, politisch und pädagogisch sinnvoll zu arbeiten. Die folgenden Thesen dazu sind sicherlich noch unvollständig:

1. Untersuchungsarbeit:
Ein Fehler der Arbeit des Teams war die Unkenntnis der Mettmanner Situation. Uns fehlten Daten und Zahlen über Jugendarbeitslosigkeit, Alkoholismus, Ausländer, Kriminalität, FE-Heime, Mietpreise, Obdachlosigkeit von Jugendlichen, Bürgerinitiativen usw. Wir wußten nicht, wie solches Material hätte beschafft werden können und nutzten bis-

MATERIALIEN ZUR THEORIE UND PRAXIS DEMOKRATISCHER JUGENDARBEIT

DER BDP IM BUND DEMOKRATISCHER JUGEND GIBT MATERIALIEN ZUR THEORIE UND PRAXIS DEMOKRATISCHER JUGENDARBEIT HERAUS. DIE MATERIALIEN KÖNNEN IM ABONNEMENT UND ALS EINZELHEFTE ÜBER DEN VERLAG JUGEND UND POLITIK BEZOGEN WERDEN. JEDES HEFT BEHANDELT EIN ABGESCHLOSSENES THEMA. ABONNEMENTSPREIS FÜR 6 HEFTE DM 15,-- INCL. PORTO

MAT 2/3 " JUGENDZENTREN " 130 Seiten

Das Heft stellt Dokumente zusammen, die Entwicklungstendenzen in verschiedenen typisch verlaufenen Entwicklungsgeschichten von Jugendzentren darstellen. Auf diese Weise wird ein Überblick geschaffen, der ergänzt um ein Vorwort und Zwischentexte eine Einschätzung der Jugendzentrumsbewegung aus der Sicht des demokratischen Jugendverbandes liefert. Im Anhang finden sich wichtige Informationen über Rechtslage, Raumgestaltung Satzungsfragen etc.

MAT 12 " POLITIK IN JUGENDZENTREN " 52 Seiten

Seit das Heft 2/3 erschienen ist, sind die Diskussion und die Entwicklung in der Jugendzentrumsbewegung vorangeschritten und teilweise auch von den im BDP/BDJ organisierten Jugendzentrumsgruppen vorangetrieben worden. Das Heft enthält eine Kritik und politische Einschätzung der Bewegung, die an konkreten Beispielen belegt werden. Das Heft ist für alle die gedacht, die in der Jugendzentrumsdiskussion auf dem laufenden bleiben wollen.

Nr. 4/5 "Weltpfadfindertum und Imperialiamus", 94 Seiten DM 3,--
Nr. 6 "Kleinbürgertum-Mittelschicht-Neue Mittelklasse" 60 Seiten DM 2,80
Nr. 7 "Emanzipation durch politische Bildung?" 128 Seiten DM 3,--
Nr. 8 "Klassenorientierung in der Jugendsoziologie" 48 Seiten DM 2,50
Nr. 9 "Hauptschüler-Ausgangsbedingungen politischer Bildung" 89 Seiten DM 3,--
Nr. 10 "Lehrlingstheater und proletarische Öffentlichkeit 128 Seiten DM 3,50
Nr. 11 "Jugendarbeit und staatliche Jugendpolitik" 62 Seiten DM 3,--
Nr. 13 "Zur Entwicklungshilfe - Methoden des Imperialismus" 40 Seiten DM 1,50

SONSTIGE TITEL

Jugendcamp 70 DM 3,--
Dokumentation Abenteuerlager 70 DM 3,--
Abenteuerspielplatz und Recht DM 2,50
Zur Praxis des Oberschulkampfes DM 1,--
Faschismus DM 1,--
Nachdruck REFERENTENENTWURF ZUM JUGENDHILFERECHT DM 2,--
Nachdruck der BEGRÜNDUNGEN ZUM REFERENTENENTWURF DM 6,--
TEXTE ZUR JUGENDHILFERECHTS-KRITIK DM 2,50

VERLAG JUGEND UND POLITIK GMBH
6 FRANKFURT AM MAIN 90 EMSER STRASSE 29 TEL. 0611 - 779010

her auch nicht die Jugendlichen als Informationsträger. Stattdessen fixierten wir uns auf formale Organisationsmuster, die zwar unserer Scheu vor mühevoller Kleinarbeit entgegenkam, uns aber in die Sackgasse manövrierte. Sichtung,Aufbereitung und Interpretation des Materials der Untersuchungsarbeit ist erst eine Grundlage "der an den Bedürfnissen ansetzenden" Jugendarbeit.

2. Medienarbeit:

Die schlechte Ausbildungssituation an den Hochschulen, die Trennung von Theorie und Praxis, führt bei vielen von uns zur Ablehnung medialer Fächer. Wenn heute, wie auf dem Jugendpolitischen Forum, Tricks verlangt werden, wird gelächelt. Doch die Fragen bleiben unbeantwortet: Wie spreche ich Jugendliche im Jugendzentrum an?
Wie vermittle ich bestimmte Inhalte?
Mit welchen Gruppen kann man im Stadtteil Kontakt aufnehmen und wer könnte zur Unterstützung angesprochen werden?
Wie organisiert man Kampagnen, Feste und Wochenendfahrten?
Versteht der Sozialarbeiter mit Schreibmaschine, Druckgeräten, Foto, Film, Gitarre und Rollenspielen umzugehen?
Es sind nicht die Tricks, denen hier das Wort geredet werden soll. Es geht um die Inhalte, die durch Medien erarbeitet, umgesetzt und angestrebt werden.

Dazu ein Beispiel: Während die 'RdS'-Mitglieder und einige Sozialarbeiter isoliert in den Interessengruppen wurschteln, zeigen sich im Haus die tatsächlichen Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Alkoholismus, Schlägerei, Drogen usw. An diesen Problemen muß angeknüpft und die Betroffenen in die Lösung einbezogen werden. Theater ist z.B. ein Medium, mit dem die arbeitslosen Jugendlichen ihre Situation begreifen können, wenn sie in Rollenspielen die Entgegennahme ihrer Kündigung und den Abschied von den Kollegen spielen, oder eine Szene über einen Schulabgänger, der verzweifelt eine Lehrstelle sucht, entwickeln. Sie können die Situation in der Fabrik nach der Entlassung (steigende Arbeitshetze, Drohungen mit Entlassung, Rückgang des Krankenstandes usw.), die Situation in der Familie (wie reagieren Eltern, wenn der Sohn/Tochter arbeitslos werden; was ist, wenn Eltern arbeitslos sind usw.) und die Situation in der Freizeit (was macht man, wenn man keine Arbeit mehr hat, wenn kein Geld für Diskothek und Kino da ist) im Rollenspiel darstellen. Gerade dann spielen sich die Hauptkonflikte der arbeitslosen Jugendlichen im Familien- und Freizeitbereich ab. Hier "erleben" die Arbeitslosen ihre Arbeitslosigkeit. An diesen Problemen gilt es anzusetzen und sie zu vermitteln im Hinblick auf politische und organisatorische Perspektiven. Denn was nutzt die klarste politische Linie, wenn man sie nicht vermitteln kann. Was bringt die beste Vermittlungstechnik, wenn inhaltlich nichts dahinter steckt.

3. Individuelle Unterstützung:

Wenn die Gymnasiasten im 'RdS' nicht die Probleme der Arbeiterjugendlichen aufgreifen und sie mit ihnen gemeinsam lösen wollen oder können, dann sind die Sozialarbeiter gezwungen, auf das Verhalten der Arbeiterjugendlichen zu reagieren. Sie können unangepaßtes Verhalten bestrafen: "Beim wiederholten Hausverbot folgt generelles Hausverbot". Auf die Frage eines Jugendlichen, wer das Hausverbot durchsetze und was geschehe, wenn der Gemaßregelte handgreiflich

werde, antwortete... (die Sozialarbeiterin): "In einem solchen Fall wird die Polizei eingeschaltet." Damit die Eltern informiert sind: "Bei Hausverbot werden sie schriftlich benachrichtigt". Sie können die Jugendlichen als Hemmschuh ihrer Selbstverwaltung, als Kriminelle, Süchtige, Milieugeschädigte und als Lumpenproletariat bezeichnen, mit denen eine politische Arbeit nicht machbar sei. Fortschrittliche Sozialarbeiter müssen dagegen den Arbeiterjugendlichen bei ihren Konflikten und Problemen helfen können. Auf der individuellen Ebene müssen z.B. entwichenen Jugendlichen Schlafplätze besorgt, für FE/FEH-Betroffene müssen fortschrittliche Heime gesucht werden. Arbeitslose Jugendlichen müssen wir über mögliche Geldquellen nach dem BSHG etc. aufklären und Möglichkeiten, ihre Situation zu verändern, diskutieren. (Lehrwerkstatt im Jugendzentrum Hannover, Entrümpelungsunternehmen/Baukollektiv der Jugendlichen vom SSK) Die Furcht der Arbeitermädchen vor dem Frauenarzt, der ihnen die Pille verschreiben soll, kann eine Sozialarbeiterin dadurch mildern, indem sie von ihren Erfahrungen berichtet, Bilder aus der Arztpraxis zeigt und mit ihnen den Arzt besucht.

4. Organisierung:

Wir müssen auf der kollektiven Ebene gesellschaftlich-politische Perspektiven erarbeiten. Jugendarbeitslosigkeit, die Bestimmungen zum Aussageverweigerungsrecht und die repressiven Gesetze im Jugendhilferecht sind nur kollektiv zu verändern. Einige Mitarbeiter im Jugendzentrum haben daraus im Januar 74 die Konsequenz gezogen, einen neuen AKS zu initiieren. Heute diskutieren wir mit Sozialarbeitern aus verschiedenen Bereichen unsere Schwierigkeiten in der Praxis, versuchen, uns einen politischen Standort zu erarbeiten und arbeiten mit anderen Sozialarbeitergruppen in der BRD und Westberlin zusammen.

Zusammenfassung

Das Jugendzentrum Mettmann ist das Ergebnis reformistischer Praxis und Politik. Das Selbstverwaltungsmodell ist weit über seine Grenzen Mettmanns bekannt, nicht wegen der politischen Praxis, die eine Verbesserung der Lebenssituation der Jugendlichen und Handlungsperspektiven gegen ihren Unterdrückungszusammenhang zur Folge gehabt hätte, sondern weil es als Reformmodell der SPD dem Prestigebedürfnis der SPD und ihrer Politik nutzte. In gleicher Weise wird das Organisationsmodell des Jugendzentrums Mettmanns von dem Koordinationsbüro Neustadt und der SDAJ angepriesen. (s. "elan" 3/73)

Den Sozialarbeitern und Studenten ist es bisher nicht gelungen, den Interessen der Jugendlichen, insbesondere der Arbeiterjugendlichen, eine politische Wendung zu geben. Von den anfänglichen Aktivitäten der Gymnasiasten in bezug auf eine Verfeinerung der pädagogischen Konzeption der Selbstverwaltung ließen sich die Sozialarbeiter aufgrund ihrer eigenen Konzeptionslosigkeit einnehmen. Diese Konzeptionslosigkeit resultierte besonders aus der Schwierigkeit, eine gemeinsame Perspektive bei unterschiedlicher politischer Orientierung zu entwickeln. Der Aktivismus der Gymnasiasten und der sich daran anhängenden Sozialarbeiter fand keine Resonanz bei den Arbeiterjugendlichen.

DAS FEHLEN EINER GEMEINSAMEN POLITISCHEN PERSPEKTIVE, DIE SICH AUS DEN INTERESSEN DER ARBEITERJUGENDLICHEN BEGRÜNDEN MÜSSTE, FÜHRTE ZWANGSLÄUFIG IN EINE SACKGASSE!

Im neuen Jugendzentrum nahm die Unterstützung der Gymnasiasten für das Jugendzentrum ab, weil sich ihre Perspektive als aussichtslos erwies, die Arbeiterjugendlichen in den vorgeschlagenen Interessengruppen zu organisieren.
DIE ZUNEHMENDE PERSPEKTIVLOSIGKEIT AUFGRUND DES FEHLENS DER 'BASIS' LIEFERTE DIE SOZIALARBEITER VERSTÄRKT AN DIE INTERESSEN DER STADT AUS UND BRACHTE SIE GLEICHZEITIG IMMER MEHR IN WIDERSPRUCH ZU DEN INTERESSEN DER ARBEITERJUGENDLICHEN.

Die Entwicklung des Jugendzentrums Mettmann ist aber nicht ausschließlich den nebenamtlichen Teamern, den heute hauptamtlichen Sozialarbeitern oder den Jugendlichen im 'RdS' zuzuschreiben. Sie hängt sowohl mit der unkritischen Übernahme eines historischen Modells aus den 20iger Jahren in Rußland (Makarenko) zusammen, das zu Beginn auf die Mettmanner Situation ohne jegliche Analyse übertragen wurde, als auch mit den Professionalisierungstendenzen der Sozialarbeiter. Unter diesen Bedingungen war man nicht in der Lage, auf die durch die wirtschaftliche Krise ausgelösten sozialen Probleme so zu reagieren, daß man diese nicht nur verwaltete.

Wir Sozialarbeiter werden über eine Sozialarbeit im 'traditionellen Sinne' nicht hinauskommen, wenn wir nicht bereit sind, unsere Arbeit immer wieder in Frage zu stellen und politische Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Politik und Pädagogik im Jugendzentrum Mettmann unterstützte weniger den Entwicklungsprozeß der Jugendlichen, ihre Lage im sich verschärfenden Unterdrückungszusammenhang anzugehen, sondern diente eher der Verschleierung der wirklichen Probleme.

Ausgewählte Literatur

1. Materialien zur Theorie und Praxis demokratischer Jugendarbeit
   Nr. 2/3 Jugendzentren
   Nr. 10 Lehrlingstheater und proletarische Öffentlichkeit
   Nr. 12 Politik in Jugendzentren (Bestellungen: siehe Anzeige)
2. Erziehung & Klassenkampf
   Nr. 10/11 Jugendzentren (enthält auch ausführliche Literaturliste)
   Nr. 15/16 Jugend zwischen Pflege und Politik (Bestellungen: siehe Anzeige)
3. Liebel/Lessing: Jugend in der Klassengesellschaft - marxistische Jugendforschung und antikapitalistische Jugendarbeit - Juventa-Verlag 1974
4. J. Alberts u.a.: Segmente der Unterhaltungsindustrie Edition Suhrkamp Nr. 651
5. Schretzmeier: Initiativgruppen f. Jugendzentren deutsche Jugend Nov. 74

D. Damm: versch. Beiträge zur Jugendbildungsarbeit
deutsche Jugend April/Mai/Oktober 1974
6. Bucksch: Probleme von selbstverwalteten Jugendzentren
Neue Praxis Nr. 4/74
7. Medienzentrum Kreuzberg:
Arbeiterjugendliche erzählen
Medien im Jugendfreizeitbereich (Bestellungen: Medienzentrum 1 Berlin 36, Mariannenplatz 36)
8. M. Kramer: Jugendarbeit und Freizeitgestaltung
-Konflikte-Modelle-Perspektiven-
(Bestellungen: M. Kramer, 1 Berlin 12, Goethestr. 30)
9. Zeitschriften, die über Jugendzentrumsinitiativen berichteten:
- Wir wollen alles
- Blickpunkt (Landesjugendring Berlin)
- Info Sozialarbeit
- 'links' Sozialistische Zeitung
- Info Berliner Undogmatischer Gruppen
- Heim & Erzieher Zeitschrift
- Thing
- LOG-Zeitung
10. Zeitschriften aus Jugendzentren
- Dokumentation JZ Rems-Murr Kreis (gegen DM 2.50 incl. Porto bei: R. Witschel, 7064 Geradstetten, August-Lämmle-Str. 56)
- Info 1 + 1 - Jugendzentrum Fechenheim (6 Ffm.,Starkenburger Str.1)
- Schinderhannes - JZ Bad Homburg - (638 Bad Homburg, Landgrafenstr. 26)
- Spucknapf - Jugendclub Freising (J.Knobloch, 805 Freising, Bismarckstr. 17)
- SSK-Dokumentation (5 Köln, Brüsseler Platz 16)
- Kölner Volksblatt (5 Köln 60, Merkenicherstr. 99)
11. Filmkataloge aus diesem und anderen Bereichen
- Zentralfilmverleih e.V., 2 HH 36, Karl Muck-Platz 9/II
- BAG Jugendfilmclubs, 51 Aachen, Melatenerstr. 6
- Landesbild- und filmstellen (eine Adressenliste aller Filmstellen ist in der Fachinformation der AWO, 53 Bonn, Ollenhauer Str. 3 zusammengestellt).

SOZIALARBEITER(INNEN)
zur Mitarbeit als Berater in Jugendzentren gesucht.
Wir betreiben drei Jugendzentren, es besteht eine organisierte Partizipation der Arbeiterjugendlichen.
Bewerbungen an:
Stadtjugendring, 89 Augsburg, Kanalstr. 15, Tel. 51 55 42

Almut Jödicke:

MÄDCHENARBEIT IM JUGENDZENTRUM

Vorbemerkung:

Dieser Beitrag will einige Erfahrungen in der Arbeit mit Arbeitermädchen im Jugendzentrum Mettmann wiedergeben und die Schwierigkeiten aufzeigen, die in der eineinhalbjährigen Praxis aufgetreten sind. Gleichzeitig sollen aber auch Erfolge und Möglichkeiten weiterer Perspektiven dargestellt werden. (Eine ausführlichere Arbeit von Almut Jödicke über "Arbeitermädchen im Jugendzentrum" erscheint im Frühjahr in der Reihe Arbeitsmaterialien SA/SP im Verlag 2000 GmbH Offenbach.)

In den letzten Jahren entstanden in vielen Städten der BRD und West-Berlin Frauengruppen, die sich mit der Rolle der Frau in unserer Gesellschaft und Emanzipationsfragen beschäftigen. Bisher sind in den Gruppen fast ausschließlich Frauen bürgerlicher Herkunft organisiert. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Ausgangsposition ist es ihnen eher möglich, Strukturen und Zwänge des Systems zu durchschauen und Schritte zur Veränderung in organisatorischem Rahmen zu erarbeiten. Viele dieser Gruppen verfassen Berichte über ihre Erfahrungen, die sie zum Teil in einigen Frauenzeitschriften veröffentlichen. Wer sich also mit der "Frauenfrage" beschäftigen will, hat genug Material zur Verfügung.
Als ich März 1973 im Jugendzentrum Mettmann eine Mädchengruppe aufbaute und Untersuchungen und Erfahrungsberichte über Arbeitermädchen suchte, konnten mir diese Zeitschriften und Bücher kaum helfen. Über die spezifischen Unterdrückungsformen und ihre Auswirkungen auf das Verhalten von Arbeitermädchen fand ich nichts. Die Berichte handelten entweder von der "bürgerlichen Frau" oder der "proletarischen Frau", ihrer Doppelrolle, von der Frau in der Familie, Müttererwerbstätigkeit, psychoanalytische Erklärungen zur weiblichen Sozialisation usw. Aber über die Situation der Mädchen aus der Arbeiterschicht, die gerade vor Schulabschluß standen oder schon ihre Lehre begannen, bzw. als Hilfskraft arbeiteten, gab es keine Informationen.

Mittlerweile versuchen in vielen Jugendhäusern fortschrittliche Sozialarbeiterinnen Kontakte zu Arbeitermädchen herzustellen und Gruppen aufzubauen. Im Zuge der Jugendzentrumsbewegung sind vereinzelt Arbeitermädchengruppen entstanden. Sie bildeten sich nicht aufgrund theoretischer Schulungen, sondern entwickelten sich aus der spezifischen Jugendhaussituation. Aber bisher sind viele Gruppen schon in den Ansätzen gescheitert. Viele Sozialarbeiterinnen oder Studentinnen, die in Jugendzentren arbeiten, kommen nicht über die Fragen "Wie und mit welcher Zielvorstellung sollen Mädchengruppen aufgebaut werden?" hinaus. Daher sind in diesem Beitrag auch Gedanken enthalten, die wir in einer Arbeitsgruppe auf dem Jugendpolitischen Forum entwickelten. Wir hatten dort eine Arbeitsgruppe über

Mädchenarbeit gebildet, um über die Notwendigkeit von Mädchengruppen zu diskutieren. In dieser Gruppe arbeiteten etwa 50 Studentinnen und Praktikantinnen, die entweder praktische Erfahrungen in Jugendzentren, Abenteuerspielplätzen und in der Obdachlosenarbeit haben, oder in Frauengruppen mitarbeiten. Unsere Fragen über existierende Gruppen mit Arbeitermädchen, über Ansätze und Erfolge, über die Inhalte der Gruppenstunden und über grundlegende Fragestellungen konnte nur ansatzweise diskutiert werden, da wir nur drei Stunden Zeit zur Verfügung hatten. Deshalb beschloß die Gruppe, den Kontakt untereinander aufrecht zu erhalten, und Pfingsten ein Treffen in Kassel, Dörnbergstraße 3, zu organisieren. Protokoll der Arbeitsgruppe und weitere Informationen werden über folgende Kontaktadresse zugesandt: Überregionale Frauengruppe d. JupoFo c/o Dagmar Straube, 6 Ffm., Hamburger Allee 49.

Darstellung der Arbeitermädchen im Jugendzentrum

In der Phase der Auseinandersetzung für ein Jugendzentrum und bei Verhandlungen mit der Stadtverwaltung sind Arbeitermädchen kaum beteiligt. Sie organisierten sich selten in den angebotenen Interessengruppen, zeigen Desinteresse an den Selbstverwaltungsgremien und den Veranstaltungen in den Jugendzentren. In Mettman unterschied sich das Verhalten der Arbeitermädchen stark von dem der Gymnasial-Schülerinnen. Während die Schülerinnen mit anderen Schülern zusammen in den Interessengruppen arbeiteten, hielten sich die Arbeitermädchen in der Diskothek und den Gängen auf. Gruppenweise gingen sie für längere Zeit auf die Toiletten, um sich zu schminken und zu kämmen. Dann warteten sie im Haus darauf, von Jungen angesprochen zu werden. Die Jungen behandelten sie wie Objekte. Sie entwickelten kaum freundschaftliche und zärtliche Beziehungen zueinander. Die Jungen nahmen die Mädchen, umarmten und küßten sie, packten ihnen zwischen die Beine und an die Brüste. Wehrten sich die Arbeitermädchen, wurden sie oft brutal in die Ecke gezerrt, von einem zum anderen gereicht und wieder losgelassen. Das spielte sich fast täglich in der Anfangsphase im Jugendzentrum Mettmann ab.

Die Situation war für die Mädchen nicht einfach: auf der einen Seite suchten sie Kontakt mit den Jungen und fühlten sich von ihnen beachtet, aber gleichzeitig waren sie unzufrieden, da sie andere Formen von Beziehungen erwarteten und sich wie "ausgenutzt" vorkamen. Die Mädchen waren zu schwach, sich gegen die Jungen individuell zu wehren, und anstatt sich zusammenzuschließen, entstanden oft Konkurrenz- und Rivalitätskämpfe untereinander. Sie zeigten oft ihre Neid- und Angstgefühle, weinten und prügelten sich wie ihre Stimmung gerade war. Alkohol und Drogen verstärkten diese Verhaltensweisen.
Ihr Verhalten orientierte sich fast ausschließlich an den Bedürfnissen ihrer Freunde. Manche Mädchen durften nicht alleine durch das Haus gehen und nur in Begleitung ihres Freundes eine Cola aus der Cafeteria besorgen. Die Mädchen verhielten sich in bezug auf das Jugendzentrum total passiv. Sie warteten auf Anweisungen und Aktivitäten der Jungen und entwickelten kaum Vorstellungen über eigene Wünsche, noch setzten sie sich für ihre Bedürfnisbefriedigung im Jugendzentrum ein.

Dieses Verhalten der Arbeitermädchen prägte die Jugendzentrums-Situation. Oft wurde im Sozialarbeiter-Team überlegt, wie wir dies verändern könnten. Im März 1973 versuchte ich dann ohne genauere Vorstellungen über eine Arbeit mit Arbeitermädchen, eine Gruppe aufzubauen. Obwohl ich bis zu diesem Zeitpunkt kaum Kontakt mit ihnen gehabt hatte, entwickelte sich innerhalb von drei Wochen eine 15 Mädchen starke "Frauen-IG", die sich regelmäßig einmal in der Woche traf. Der Schwerpunkt der ersten Treffen war das Thema: "Sexualität und Beziehungen zu Freunden". Die Gruppe zählte regelmäßig 10-13 Mitglieder, die seit Beginn der Frauen-IG dabei waren, obwohl es häufig schwere Krisen zwischen den Mitgliedern gab. Die Mädchen waren alle zwischen 12 und 15 Jahre alt. Die wenigsten hatten einen Hauptschulabschluß. Sie standen entweder kurz vor dem Schulabgang, oder begannen während der Frauen-IG-Zeit eine Arbeit.
Die Gruppe bestand 1 1/2 Jahre. Im Oktober 1974 mußte ich mein Anerkennungsjahr als Sozialpädagogin beginnen und verließ die Gruppe.

Schwierigkeiten bei der Umsetzung politischer Zielvorsetzungen

Die Arbeitermädchen kommen in das Jugendzentrum, um ihre Freizeit darin zu verbringen. Sie wollen tanzen, Freunde treffen und abschalten. Sie haben kein Interesse,zusätzlich zu "arbeiten" und eine Selbstverwaltung, wie in Mettmann, zu praktizieren. Im Gegensatz zu den Jungen sind sie außerhalb ihrer Arbeitszeit besonderen Anforderungen ausgesetzt. Oft helfen sie im Haushalt der Eltern mit, erziehen ihre kleinen Geschwister und müssen die Kritik der Eltern am Jugendzentrum und ihren Freundschaften ertragen.
Die Mitarbeit in den bestehenden Interessengruppen hätte für sie Zwangscharakter. Sie müßten regelmäßig erscheinen, dürften nicht fehlen, müßten ein Mitglied in den 'Rat der Sprecher' schicken usw. (siehe 'Politik im Jugendzentrum Mettmann'). Diese Gruppen erinnern sie an die Schul-, bzw. Arbeitsorganisation.

Die Gruppenstunden mit den Arbeitermädchen verliefen deshalb auch anders als ich es von Sitzungen mit Gymnasiastinnen her kannte. Kurz vor Beginn der Gruppenstunden lief ich im Jugendzentrum herum und mußte jedes Mädchen daran erinnern, daß wir uns treffen wollten. Die Mädchen vergaßen die Termine. Ich fühlte mich stark verunsichert und dachte, es läge an meiner Unfähigkeit. Während der Stunde konnten sie sich kaum länger auf ein Thema konzentrieren; sie saßen verstreut und unruhig im Raum, rannten bei jedem aufheulendem Motorrad zum Fenster oder verließen zwischendurch den Raum, um "auf Toilette" zu gehen, d.h. um zu sehen, was ihre Freunde ohne sie machten.
In den ersten Stunden gab es schwere Auseinandersetzungen mit den Jungen. Sie waren durch den Zusammenschluß der Mädchen verunsichert und versuchten, durch ständiges Stören, Türen- und Fenstereinschlagen, die 'Frauen-IG' aufzulösen. (Ähnliches Verhalten kennt man von einigen Männern, die die Organisierung von Frauengruppen verunsichert.)
Die Verhaltensweisen der Jungen trugen aber zum Gefühl stärkerer Gruppenzusammengehörigkeit bei: Indem die Unterdrückung der Mädchen durch die Jungen hier konkret erfahrbar wurde, bestätigte sich für die Mädchen die Notwendigkeit ihrer eigenen Organisierung. Auch nachdem die Jungen diese Verhaltensweisen aufgaben und die Beziehung zwischen ihnen kameradschaftlicher wurde, hatten die Mädchen nicht

das Bedürfnis, eine gemischte Gruppe zu machen. Wenigstens einmal in der Woche wollten sie eine Stunde lang unter sich bleiben und ihre Erfahrungen und Konflikte diskutieren.

Die Gruppenstunden dauerten meist nicht länger als 20-40 Min. Das lag daran, daß einige erst um 18 Uhr von der Arbeit kamen, andere wieder um 20 Uhr zu Hause sein mußten. Außerdem war die Discothek für sie immer sehr anziehend. Sie gerieten jedesmal in einen Interessenkonflikt, wenn ein beliebter neuer Hit im Gruppenraum zu hören war, und wollten tanzen gehen.
Erst nach einigen Monaten kamen die Mädchen ohne Aufforderung in die Gruppenstunde. Sie konzentrierten sich besser auf die Gesprächsthemen. Doch es war mir nie möglich, meine Vorstellungen über Inhalte zu diskutieren, z.B. Rolle der Frau in unserer Gesellschaft, Kapitalismus, Proletarischer Lebenszusammenhang, Herrschaftsstrukturen in der Familie, § 218 usw. In einem langen Lernprozeß mit den Mädchen erhielt ich einen kleinen Einblick in ihre Lebensbereiche durch Besuche der Familien und der Arbeitsstellen. Langsam lernte ich Unterschiede und Gemeinsamkeiten unserer verschiedenen Lebenssituation begreifen. Die Vermittlung neuer Vorstellungen waren deshalb schwierig. Ich mußte andere Formen von Vermittlungswegen suchen, als ich es bei Gymnasiastinnen gewohnt war. Es dauerte eine lange Zeit, bis die Arbeitermädchen ein bewußteres Verhalten im Jugendzentrum zeigten.

Um kleine Ansätze und Ziele mit Arbeitermädchen verwirklichen zu können, muß ein Rahmen geschaffen sein, der das Reden über ihre Situation erst ermöglicht. Die Identifikation mit ihrer Gruppe war erst Voraussetzung, um weitergehende Diskussionen und Handeln, z.B. Diskussionen über die familiäre Situation, Konflikte mit den Freunden, Angst vor der Sexualität, Ängste vor Ärzten, Probleme bei der Arbeitssuche und auf dem Arbeitsplatz, Beziehungen unter den Gruppenmitgliedern durchzuführen.

Die Mädchen interessierten nur die Inhalte, die Beziehung zu ihrer aktuellen Lebenssituation hatten. Das kann Sozialarbeiter in Schwierigkeit bringen, wenn der Anspruch der Mädchen mit den eigenen kollidiert. Ein Beispiel dafür erzählte eine Teilnehmerin in der Arbeitsgruppe auf dem Jugendpolitischen Forum:
"Die Mädchen wollen für sich Weihnachtsgeschenke basteln und gegenseitig schenken. Hier ist einmal die traditionelle Schenkerei zu Weihnachten im Spiel, auf der anderen Seite aber das Bedürfnis, sich gegenseitig zu beschenken, um die Zugehörigkeit und Zuneigung zu zeigen. In vielen Situationen tritt diese Zweischneidigkeit auf, wo ich mich als Sozialarbeiterin mit bestimmten Vorstellungen und Zielen im Kopf, die ich in der Gruppe realisieren möchte, entscheiden muß, ob ich diese erst einmal zurückstecke, damit es für die Mädchen nichts Aufgesetztes ist, oder ob ich sie "massiv" in die Gruppe einbringe."

Ähnliche Schwierigkeiten treten für die Sozialarbeiterinnen auf, wenn sie sich zu den Bedürfnissen der Arbeitermädchen nach Kochen, gemeinsamen Stricken, Teeküche organisieren und Hausputz im Jugendzentrum verhalten muß. Sie praktizieren damit Verhaltensweisen, die sie für ihr späteres Leben - fast alle möchten heiraten, Häuschen, Kinder - notwendig brauchen. Gleichzeitig bedeuten diese Aktivitäten ihre Identifikation mit dem Jugendzentrum. Auf der anderen Seite

zeigen diese Bedürfnisse rollenspezifische Komponenten, die ich für mich so nicht akzeptieren kann. Wenn Mädchen sich für solche Arbeiten im Jugendzentrum einsetzen, müssen sie in der Gruppe diskutiert und dürfen nicht ohne weiteres verstärkt werden. Diese Aktivitäten sind also gleichzeitig Ansatz für eine Diskussion über die "Rolle" der Frau.
Die Inhalte der Gruppenstunden werden durch die Existenzbereiche der Mädchen festgelegt. Der Hauptproblembereich ist die Beziehung zu dem Freund, die meist sehr unbefriedigend ist und das ambivalente Empfindung und die Einstellung zur Sexualität. Andere Schwierigkeiten gibt es mit dem Elternhaus, wobei eine Freundschaft mit einem Jungen meist noch zusätzliches Konfliktmaterial hervorbringt. Das Durchsprechen und die Auseinandersetzung mit der Schulproblematik ist in den einzelnen Mädchengruppen unterschiedlich. In einigen Jugendzentren machen Mädchen oft zusammen Schularbeiten, in einem anderen wird die Schulsituation fast völlig ausgeklammert, da keinerlei Identifikation mehr mit dem, was in der Schule passiert, vorhanden ist. Die Schule ist eher zu einem "Warteraum" geworden, den man bis zum Abschluß durchsitzen muß. Über die Situation am Arbeitsplatz wird nur dann - und das auch nicht immer - geredet, wenn berufstätige Mädchen in der Gruppe sind.

Möglichkeiten politischer Praxis im Jugendzentrum mit Arbeitermädchen

Meine Arbeit hatte das Ziel, bei Jungen und Mädchen solidarische Verhaltensweisen zu entwickeln, den Warencharakter von Beziehungen aufzuheben, die doppelte Unterdrückung von Frauen und Mädchen herauszuarbeiten und daraus als Konsequenz die "Teilnahme am Klassenkampf" abzuleiten, da er nicht von Männern allein geführt werden kann. Offene, täglich erfahrbare Unterdrückung, die Frauen und Mädchen erleben, sind zunächst oft durch den Mann bzw. männliche Autoritäten vermittelt. Dies ist die Begründung meines Ansatzes gewesen. Möglichkeiten emanzipatorischer Praxis mit Arbeitermädchen lassen sich dann auf drei Ebenen beziehen:

1. Was soll eine Mädchengruppe für die Mädchen selbst bringen?
Die Mädchen sollen sich selbst erst einmal kennenlernen und ihr eigenes Verhalten untersuchen, was bedeutet, daß sie ihr rollenspezifisches Verhalten erkennen und andere Verhaltensweisen, die selbstbestimmter sind, sich aneignen. Sie müssen sich als Gegengewicht zu den Jungen begreifen, was zugleich heißt, daß sie nur so aus der Konkurrenz untereinander und von der Fixierung an Jungen herauskommen. Durch den Austausch ihrer eigenen Erfahrungen, der gegenseitigen Hilfestellungen, können emotionale Beziehungen entstehen, die zur Lösung und zum Fertigwerden mit persönlichen Konflikten nötig sind. Der Zusammenschluß in einer Gruppe stärkt das Selbstbewußtsein der Mädchen. Sie werden dadurch befähigt, ihre Interessen zu artikulieren und durchzusetzen, um gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln.

2. Welche Funktion kann eine Mädchengruppe für das gesamte Jugendzentrum haben? Durch die Bildung einer Mädchengruppe wird meist der Aufbau einer Jungengruppe provoziert, wodurch im Jugendzentrum sich auch zwischen den Geschlechtern andere Kommunikations- und Verhal-

Staats- u. Universitäts-
Bibliothek Hamburg

tensstrukturen herausbilden können. Geschlechtsspezifisches Verhalten, Denken und ihre Vorurteile werden in den Jungengruppen ebenso oft zum Gegenstand der Diskussion gemacht. Die Arbeit in der Mädchengruppe hilft das Jugendzentrumsgefüge zu stabilisieren, ihr Interesse am Haus steigt mit dem Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gruppe. Bei Aktionen, die das Haus betreffen, wie z.B. bei der Forderung nach längeren Öffnungszeiten, mehr finanzieller Unterstützung, bei Gefahr der Schließung usw. haben die Mädchen starkes Interesse, sich an dem Kampf zu beteiligen und gemeinsam mit allen Jugendlichen einheitlich vorzugehen. Durch die Gruppe können Mädchen lernen, ebenfalls bei Organisationsarbeiten mitzumachen, Veranstaltungen zu planen und durchzuführen. Durch die Mitarbeit in einer Mädchengruppe kann Angst und Unsicherheit, in den Gremien mitzuarbeiten und öffentlich aufzutreten, abgebaut werden; ebenso kann man sich gegen solche Jungen zur Wehr setzen, die bestimmte Arbeitsbereiche z.B. Discothek für sich allein beanspruchen oder anderweitig versuchen, die Mädchen abzublocken, sei es, daß sie ihnen mit massiven Vorurteilen begegnen, ("Mädchen haben kein Verständnis für technische und organisatorische Dinge") oder ihr Wissen und Meinungen nicht an Mädchen richten.

3. Welche Möglichkeiten haben Mädchengruppen über das Jugendzentrum hinaus? Probleme und Arbeitsergebnisse, die die Mädchen selbst betreffen oder allgemein im Bereich des Jugendzentrums liegen, können in der Gruppe durch Erstellung eines Flugblattes, durch Berichterstattung in einer Jugendzentrums-Zeitung, durch Fragebogenaktionen nach "draußen" gebracht werden. Wenn die Mitglieder der Mädchengruppe die Schule verlassen haben, muß die Frage nach beruflicher Ausbildung diskutiert werden. Es können Stellenangebote durchgesehen werden, um zu untersuchen, in welchen Arbeitsbereichen Mädchen und Frauen gebraucht und eingesetzt werden. Interviews und Besichtigung von Arbeitsplätzen ermöglichen ihnen, ansatzweise die Arbeitslage und -situation bewußt zu machen.

Eine politisch sinnvolle Arbeit im Jugendzentrum mit Arbeitermädchen hängt natürlich von vielen weiteren Komponenten ab, z.B. Verhältnis zur Stadtverwaltung oder Träger, Teamsituation, persönlicher Einsatz der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen usw., die hier nicht beschrieben werden können. Die Bedeutung dieser Faktoren sollte in die Diskussion auf dem Arbeitsseminar in Kassel einbezogen werden, um weitergreifende politische und pädagogische Fragen befriedigend beantworten zu können.

Arbeitskreis Kritische Sozialpädagogik,
Düsseldorf:

BERICHT VON DER JUGENDZENTRUMSTAGUNG DÜSSELDORF VOM 25.-27.10.1974

Über den 'Info Sozialarbeit' hatte der Arbeitskreis Kritische Sozialpädagogik (AKS) Düsseldorf alle interessierten Genossen und Jugendinitiativen zu einem Arbeitsseminar über Jugendzentren eingeladen. Die erarbeiteten Ergebnisse des Seminars wollten wir für die Erstellung des Info 9 verwerten. Bei der Planung gingen wir davon aus, daß der Info die Arbeit fortschrittlicher Sozialarbeiter in Jugendzentren bzw. Selbstorganisationsansätze generell unterstützen und neue Perspektiven aufzeigen kann.
Da sich die meisten Publikationen über 'Selbstverwaltete Jugendzentren' bisher auf die Entwicklung von Jugendinitiativen und deren speziellen Schwierigkeiten oder den Kampf um geeignete Häuser bezogen, stellten wir stärker die Frage nach der inhaltlichen Gestaltung von selbstverwalteten Jugendzentren - hier schwerpunktmäßig nach der Rolle und Funktion von Sozialarbeitern in Selbstorganisierungs-Prozessen.

In der Heim & Erzieher Zeitschrift Nr. 11 (Nov. 1974), die eine erste Stellungnahme zum Verlauf und Ergebnis der Tagung abgab, wurde angekündigt, daß ein ausführliches Protokoll im Info 9 abgedruckt werde. Dieses Vorhaben erscheint uns im Nachhinein wenig sinnvoll, denn das Seminar brachte keine neuen Erkenntnisse oder Problemlösungen, die nicht schon vorher bekannt gewesen wären; das Protokoll besteht im Gegenteil eher aus unzähligen, ungelösten Fragen. Wir beschränken uns daher hier auf eine kurze Beschreibung des Verlaufs und einer Stellungnahme dazu (Interessenten erhalten das Protokoll zugeschickt - 14 S.)

Wir nahmen an, daß an der Tagung überwiegend Sozialarbeiter teilnehmen würden, die
a) in Jugendzentren tätig sind und
b) an der Erstellung der Info's mitarbeiten.
Darauf stellten wir die inhaltliche Planung ab. Nach den Vorstellungen des AKS sollten drei Schwerpunkte diskutiert werden:
- Begriff und Inhalt von Selbstverwaltung, z.B. welche Zielvorstellungen liegen ihr zugrunde? Warum wird sie gefordert? Realisierung?
- Rolle und Funktion der Sozialarbeiter, z.B. "doppeltes Mandat" der Sozialarbeiter, welche Aufgaben haben sie innerhalb eines 'Selbstverwalteten Jugendzentrums', Disziplinierung, Öffentlichkeitsarbeit, Organisationsfrage u.a.?
- Umsetzung der politisch/pädagogischen Vorstellungen, z.B. Methodik, Medien, inhaltliche Arbeit. Welche Faktoren begünstigen, welche behindern die Bewußtwerdung von objektiven Interessen der Jugendlichen? Unterschiede zwischen Schülern/Lehrlingen/Jungarbeitern/Studenten/ Sozialarbeitern.

Bei der Einladung hatte der AKS um Erfahrungsberichte aus einzelnen

Jugendzentren gebeten, denn Ansatzpunkt der Arbeit sollten die praktischen Erfahrungen der Teilnehmer sein.

Zu Beginn des Seminars lag aber nur der Bericht über das JZ "Prisma", Berlin vor. Außerdem erschienen nicht nur Genossen und Gruppen, die am Info mitarbeiten, sondern überwiegend Initiativen (Jugendliche) und Sozialarbeiter, die Interesse am Thema zeigten, aber nicht über den Zusammenhang zwischen Info, Arbeitsseminar und AKS-Gruppen informiert waren.
Daraus ergaben sich unterschiedliche Erwartungshaltungen an das Seminar, die am Freitagabend geäußert wurden. Wir stellten aus den Ergebnissen der Diskussion einen neuen Fragenkatalog zusammen, der exemplarisch am "Prisma" bearbeitet werden sollte.
Nach dem Plenum am Samstagmorgen, in dem Bericht über die Entwicklung im JZ 'Prisma' erstattet worden war, bildeten sich zwei Arbeitsgruppen, die hauptsächlich zwei Themenkomplexe bearbeiten wollten:

- Fortschrittliche Arbeit muß an den Bedürfnissen der Jugendlichen ansetzen, darum ist konkret zu klären, welche Bedürfnisse die Jugendliche haben.
- Bestimmung der Funktion von Sozialarbeitern in Selbstorganisationsprozessen.

Abends trafen sich die Gruppen wieder im Plenum. Im Laufe der Diskussion war eine Ratlosigkeit entstanden, die mehr oder weniger bei allen Teilnehmern eine resignative Stimmung auslöste. Man stellte die Realisierung von 'Selbstverwalteten Jugendzentren' infrage und tendierte zu der Meinung, daß sich Sozialarbeiter oft an eine neue Bewegung "anhängen" (Randgruppenstrategie, Jugendwohnkollektive, Abenteuerspielplätze) mit der Illusion, dort eine "freiere - revolutionäre - Berufspraxis" verwirklichen zu können. Selbstverwaltung sei eine den Jugendlichen "aufgesetzte Wunschvorstellung" einiger progressiver Sozialarbeiter, könne aber nicht im Interesse von Arbeiterjugendlichen liegen.
Den Gegenpol zu dieser Meinung bildeten die anwesenden Jugendinitiativen, die ohne Sozialarbeiter bestehen; sie wollten sich mit dieser resignativen Einschätzung der Jugendzentrenbewegung nicht zufrieden geben.
Die destruktive Situation wurde erst am nächsten Tag durch die Ergebnisse der drei (am Vorabend noch gebildeten) Arbeitsgruppen aufgehoben. Problemstellungen der AG's waren:

- Beispiele, Möglichkeiten der Verbesserung von Freizeitbedingungen der Jugendliche , Entwicklung von Kriterien für eine fortschrittliche Arbeit;
- Organisationsfrage zur Absicherung fortschrittlicher Arbeit und Seminarkritik;
- Neusser Jugendliche und die Hamburger Jugendinitiative diskutierten praktische Probleme in ihren Jugendhäusern.

Uns scheint nach dem Abflauen der ersten Euphorie eine realistischere Einschätzung der JZ-Bewegung und ihrer Möglichkeiten gelungen zu sein. Die Seminarteilnehmer kamen zu dem Ergebnis, daß unter kapitalistischen Produktionsbedingungen Selbstverwaltung nur beschränkt möglich ist; der Begriff "Selbstverwaltung" dient aber als "identifikationsspendende Kampfparole". Darüberhinaus wurde vor einer Überschätzung der sozialpädagogischen Arbeit in Jugendzentren gewarnt. Ein Sozialarbeiter kann lediglich durch eine fortschrittliche Praxis Selbstorganisationsbestrebungen der Arbeiterjugendlichen unterstützen und Perspektiven des Kampfes aufzeigen. Der Kampf um und die Arbeit in Jugendzentren muß immer in das politische Gesamtkonzept eingeordnet werden. Ein Selbstverwaltetes Jugendzentrum kann nie Ziel, sondern nur Mittel der politischen Arbeit sein. Es dient als "Durchlauferhitzer", als Feld, in dem Jugendliche Politisierungsprozesse durchmachen können. Die Inhalte der Arbeit bestimmen sich aus den Bedürfnissen und Interessen der Jugendlichen und ihrer speziellen Problematik, die sich aus dem sozialen Umfeld ergibt. Es wurde betont, daß es für Sozialarbeiter unerläßlich ist, sich zu organisieren (AKS, Gewerkschaften - hin zur Bildung von Sozialistischen Zentren).

Diese Ergebnisse sind - wie schon gesagt - so neu nicht. Wichtiger war unseres Erachtens die Konstatierung, daß die Zustände in fast allen sogenannten Selbstverwalteten Jugendzentren deprimierend sind und sich kaum von der Situation der bürgerlichen Häuser der Offenen Tür unterscheiden. Es stellte sich heraus, daß der Begriff der Selbstverwaltung selten inhaltlich gefüllt, sondern eher ein formales Organisationskonzept war. Daraus resultiert dann spätestens nach der Erkämpfung eines geeigneten Hauses eine Interessenlosigkeit der Arbeiterjugendlichen an einer Selbstverwaltung. Oft erhält eine Kerngruppe von Aktivisten (meist Schüler weiterführender Schulen und/oder Studenten) eine formale, bürokratische Organisationsstruktur (= Selbstverwaltung) aufrecht.
Um einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, muß deshalb verstärkt an der inhaltlichen Erarbeitung von Selbstverwaltung und am Problem der Vermittlung von Inhalten angesetzt werden. Bezeichnenderweise wurden die meisten Fragen in dieser Richtung aufgeworfen.
Einige Genossen waren allerdings mit diesem Trend der Diskussion nicht einverstanden. Es sei nicht so wichtig, "Tricks" für die praktische Arbeit weiterzuvermitteln, weil dann die Gefahr einer Handwerkeleidiskussion heraufbeschworen würde.
Wir hatten dagegen den Eindruck, daß gerade den Praktikern, die in Jugendzentren arbeiten, sehr viel an einem solchen Austausch liegt.

Für die künftige Veranstaltung von Arbeitsseminaren in Verbindung mit dem Info halten wir es für hilfreich, thesenartig die Kritik weiterzugeben, die an der Organisation der Jugendzentrumstagung geleistet wurde:

- Die Beziehung zwischen den AKS-Gruppen, dem Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro (als publizistisches und organisierendes Organ) und dem Arbeitsseminar war nicht deutlich genug und hätte vorweg geklärt werden müssen;
- Die Tagung war nicht genügend vorbereitet und zu wenig strukturiert. Es ist kaum effektiv, zu hoffen, daß aus dem Zusammentragen reiner Erfahrungsberichte weiterführende Schritte für die Praxis erarbeitet werden können;
- Die Teilnehmer erwarteten vom AKS eine politische Orientierung: z.B. Diskussionsthesen über die Einschätzung der Jugendzentrums-Bewegung. Das setzt allerdings ein eindeutiges politisches Selbstverständnis voraus; der AKS Düsseldorf war in seiner Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten;
- Wenn der Info Sozialarbeit eine anleitende Funktion für die Basis erfüllen will, darf die Redaktion nicht nur Koordinationsaufgaben

wahrnehmen und auf freiwillige Beiträge von AKS-Gruppen warten. Sie muß auch die inhaltliche Diskussion führen. z.B. gesellschaftliche Bedingungen analysieren, Grenzen abstecken, Einschätzungen liefern, Verbindlichkeiten finden etc;

- Die Vorbereitung des Seminars hätte unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen der Teilnehmer stattfinden müssen. Die anwesenden Jugendlichen waren z.T. mit der Diskussionsebene nicht einverstanden oder fühlten sich übergangen (ein Beispiel: Ein Lehrling äußerte seinen Unmut darüber, daß die Sozialarbeiter sich einbilden, seine Interessen und Bedürfnisse bestimmen zu können, ohne ihn überhaupt zu fragen. Die Diskussion erschien ihm allgemein viel zu theoretisch und abstrakt).

THESEN-ENTWURF DES SOZIALISTISCHEN BÜROS

Die wachsenden gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte in Westdeutschland und die ungenügende Art und Weise, in der viele sozialistische und kommunistische Gruppen bzw. Parteien die aktuellen Probleme sozialistischer Strategie und Taktik behandeln, haben in den letzten Jahren das Interesse am Sozialistischen Büro erheblich verstärkt. Dieses zunehmende Interesse hat Konsequenzen für die Arbeit und für die Struktur des Sozialistischen Büros selbst. Der Arbeitsausschuß des SB hat deshalb einen neuen Thesen-Entwurf erarbeitet, der versucht, den Diskussionsstand der am Sozialistischen Büro orientierten oder in ihm in der einen oder anderen Weise organisierten Linken festzuhalten und diese Diskussion sowie den Organisierungsprozeß voranzubringen. Der Thesen-Entwurf soll in den nächsten Monaten einer intensiven Diskussion in regionalen Arbeitstagungen, den Arbeitsfeldern des SB, den SB-Gruppen und Sympathisanten-Gruppen sowie in den Publikationen des SB unterzogen werden. Im Herbst/Winter 1975 soll der Entwurf dann auf Grundlage dieser Diskussion noch einmal überarbeitet und im Delegiertenrat bzw. der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro als vorläufige politische Positionsbestimmung des SB verabschiedet werden. In die Diskussion um den Thesen-Entwurf müssen auch die Erfahrungen und Notwendigkeiten der einzelnen Arbeitsfelder eingehen. Somit stellt sich auch für das Arbeitsfeld Gesundheitswesen die Aufgabe, spezifische Thesen des Arbeitsfeldes zu entwickeln und diese Aspekte in die Thesen des SB einzubringen.
Der vom Arbeitsausschuß erarbeitete Thesen-Entwurf, der ab Februar 1975 als Broschüre vorliegt, kann gegen Voreinsendung von DM 5.-- bezogen werden über Sozialistisches Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591.

Autorengruppe Bremen:

POLITISCHE BILDUNG IM JUGENDFREIZEITHEIM UNTER DER ZIELSETZUNG EINER STADTTEILBEZOGENEN ARBEIT

Vorbemerkung:

Dieses Papier, das Bremer Kollegen für ihre konkrete Arbeitssituation erarbeiteten, ist kein fertiges Konzept oder ein Rezept, das man einfach anzuwenden braucht. Vor allem fehlen in diesen Beiträgen
- eine Ableitung zur grundsätzlichen Bestimmung von politischer Bildung mit bestimmten Adressatengruppen bei Berücksichtigung ihrer speziellen sozio-ökonomischen Situation;
- die Funktionsbestimmung von Sozialarbeit und Jugendzentrum und damit der Arbeit der Kollegen in den Jugendzentren;
- die Erklärung der allgemeinen Konzeption politischer Bildung und der Formen der Durchsetzung jugendpolitischer Forderungen entsprechend der jeweiligen gesellschaftspolitischen Situation und der eingehenden Widersprüche, Machtkämpfe und Kräfteverhältnisse.

Trotz dieser Schwächen hoffen wir, daß die Beiträge die Diskussion um die Arbeit in Jugendzentren und Freizeitheimen vorantreiben, Motivation und Hilfen für konkrete Projekte geben, daß sie die Reflektion bisheriger Arbeit und Orientierung sowie Überprüfung weiterer Arbeit unterstützen.

<u>Thesen zur politischen Bildungsarbeit im Jugendfreizeitheim</u>

Die Diskussion über Konzeptionen von Jugendfreizeitarbeit und politischer Bildungsarbeit dreht sich im Kernpunkt immer um die Interessenfrage: an wessen Interesse orientiert sich die Freizeitarbeit und nach welchen Kriterien bestimmen sich diese Interessen?

1. Die wesentliche Aufgabe der Jugendfreizeitheime nach 1945 bestand darin, insbesondere Teile der Arbeiterjugend vor drohender Verwahrlosung und Radikalisierung zu bewahren. Dieser Anspruch konnte jedoch nur unzulänglich eingelöst werden, da die Arbeit von einem unspezifischen Jugendbegriff ("den Jugendlichen") ausging, der den Zugang zu den konkreten Problemen der Jugendlichen eher verstellte als eröffnete. Das Resultat war der unreflektierte Versuch, die Arbeiterjugend über mittelschicht-geprägte Bildungsangebote in eine Mittelschichtenkultur zu integrieren, deren Sinn und Perspektive den Arbeiterjugendlichen objektiv und subjektiv verschlossen bleiben mußte.

2. In der Folgezeit ergab sich als Konsequenz eine stärkere Hinwendung zu den "Interessen der Jugendlichen", womit jedoch in verkürzter Unmittelbarkeit nur diejenigen Interessen und Bedürfnisse gemeint waren, in denen sich die spontane Reaktion der Jugendlichen auf die Belastungen in der Arbeitswelt darstellten: Aggressionen, Entspannung

Erholung, Zerstreuung, Betäubung etc. Die Beschränkung auf diese unmittelbar artikulierten Bedürfnisse, deren Form zudem bereits wesentlich durch die Freizeitindustrie bestimmt war, bedeutete aber gerade, das bestehende Verhältnis von Arbeit und Freizeit unberührt zu lassen und sich in der Jugendfreizeitheim-Arbeit mit oberflächlicher Kompensation zu begnügen. Das Jugendfreizeitheim wurde ein bißchen Kino, Kneipe, Sportplatz, Beatclub, Reisebüro, Spielhalle etc. - ohne jedoch mit den kommerziellen Vorbildern ernsthaft in Konkurrenz treten zu können. Paradoxerweise wurde gerade dieses Konzept pädagogisch als besonders Adressaten-Jugendorientiert verklärt.

3. "Orientierung an den Interessen der Jugendlichen" bedeutet also weder die Durchsetzung eines allgemeinen Bildungsanspruchs, der von der tagtäglich notwendigen Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der Jugendlichen abstrahiert, noch die bloße Beschränkung auf die Verwaltung der von den Jugendlichen unmittelbar geäußerten Wünsche nach Entspannung und Ausgleich.

4. Die von den Jugendlichen in unterschiedlicher Weise geäußerten Bedürfnisse und Interessen sind vielmehr Ausdruck ihrer jeweiligen Klassenlage. Sie beziehen sich unmittelbar auf ihre Arbeits- und Lebenssituation und lassen sich nur aus der Analyse dieser Verhältnisse begreifen. Dies bedeutet, daß es keine allgemeine "jugendübergreifenden" Interessen gibt, denn es gibt nicht "die Jugend", die über einheitliche soziale Erfahrungen und Interessen verfügt.

5. Die subjektiv geäußerten Freizeitbedürfnisse der Jugendlichen sind aber auch ein Ausdruck der kapitalistischen Trennung von Arbeit und Freizeit: "Selbstverwirklichung" ist aus dem Arbeitsbereich verbannt und in die Freizeit verlegt und zudem auf diejenigen Formen eingeschränkt, die der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der Individuen dienen.

6. Wenn also die Freizeitinteressen der Jugendlichen nach Entspannung und Ausgleich innerhalb unserer Gesellschaftsstruktur als notwendig und berechtigt anzusehen sind, so wäre es doch eine Illusion, die Trennung von Arbeit und Freizeit über die Veränderung allein des Freizeitverhaltens aufheben zu wollen.

7. Politische Bildungsarbeit im Jugendfreizeitheim muß diese beiden Seiten in ein richtiges Verhältnis zu setzen versuchen: im Entspannungs- und Zerstreuungsverhalten der Jugendlichen müssen auch die Probleme und Konflikte außerhalb des Heims (Familie, Arbeitsplatz, Stadtteil) aufgedeckt und zugänglich gemacht werden; umgekehrt muß das "Bildungsangebot" des Jugendfreizeitheims, das sich auf die Konflikte der Jugendlichen bezieht, in eine Atmosphäre eingebettet sein, die Spaß, Freude und Entspannung nicht ausschließt. Die starre Trennung beider Bereiche muß aufgehoben werden.

8. Die Erstellung eines solchen Konzepts von politischer Bildungsarbeit im Jugendfreizeitheim ist nicht ein einmaliger Akt, sondern ein Prozeß. Sie vollzieht sich entsprechend der genauen Untersuchung des Verhältnisses von Lebens- und Freizeitsituation der jeweiligen Heimbesucher, und durch das schrittweise Begreifen des Zusammenhangs von subjektiven Interessen und der objektiven Klassenlage. Dieser

Prozeß kann nur gemeinsam von Jugendlichen und Mitarbeitern vollzogen werden, nicht aber stellvertretend von den Mitarbeitern für die Jugendlichen. Deshalb kann und darf dieser Prozeß auch niemals die Form einseitiger "Indoktrination" annehmen. Allerdings haben die Mitarbeiter bei der Entwicklung einer solchen Konzeption die Aufgabe, ihre spezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten den Jugendlichen beratend zur Verfügung zu stellen, so z.B. in der Frage der didaktischen Umsetzung von Ideen, in der Nutzung ihrer Kontakte und der Bereitstellung bzw. der Erkämpfung der materiellen Bedingungen, die für eine solche Arbeit erforderlich sind (Elternarbeit, Lehrgänge, Kontakte zu anderen Institutionen etc.)

9. Der so beschriebene Ansatz von Jugendfreizeitheim-Arbeit geht nicht von einem statischen Begriff der Freiwilligkeit aus, sondern davon, daß Erkenntnisprozesse und Einsichten in die gesellschaftlichen Verhältnisse auch zur Veränderung der eigenen Interessenlage führt. Darum kann eine solche Arbeit sich nicht auf Aktivitäten innerhalb des Heims beschränken, sondern muß versuchen, die Verbindung herzustellen und Stellung zu beziehen zu allen Konflikten und Entwicklungen, die den Zusammenhang von Lebenssituation und Freizeitgestaltung deutlich werden lassen. Dies bedeutet vor allem die Entwicklung einer aktiven Zusammenarbeit der Heimbesucher und Mitarbeiter mit den Bewohnern des Stadtteils, mit den Eltern, Lehrern, Arbeitskollegen und Mitschülern der Jugendlichen usw. Die Zielsetzung einer solchen Stadtteil-orientierten Jugendfreizeitheim-Arbeit ist demnach, das politische Lernen und die politische Aktivierung der Jugendlichen an eine Praxis zu binden, die sich auf Konflikte und Probleme bezieht, die für die Jugendlichen wie für den Stadtteil gleichermaßen von Bedeutung sind. Mit dieser Zielsetzung kann gleichzeitig ein Beitrag dazu geleistet werden, das Jugendfreizeitheim aus seiner gesellschaftlich isolierten Stellung heraus- und eine enge Wechselbeziehung zwischen Jugendfreizeitheim und Stadtteil herbeizuführen.

10. Eine solche Arbeit im Jugendfreizeitheim kann nicht ohne Konflikte ablaufen; vielmehr gehören der Konflikt, das Erkennen und die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Interessen und Machtstrukturen sowie die Suche nach und die Praktizierung von Lösungsstrategien zum Wesen dieser Arbeit. Auch die Mitarbeiter des Jugendfreizeitheims können sich solchen Konflikten gegenüber nicht neutral verhalten; soll das Postulat von der "Arbeit im Interesse der Adressaten" nicht leer bleiben, müssen sich die Mitarbeiter immer erneut des subjektiven und objektiven Nutzens, des Zweckes und der Richtung ihrer so als parteilich verstandenen Arbeit versichern. Entscheidend ist dabei nicht, ob eine solche Arbeit stets die unmittelbare und ungeteilte Zustimmung der Adressaten oder der vorgesetzten Behörde findet, sondern ob sie sich pädagogisch, politisch und damit auch vor einer breiten Öffentlichkeit zu legitimieren vermag.

Begründung einer stadtteilorientierten Jugendfreizeitheim-Arbeit

Die Notwendigkeit und Berechtigung einer stadtteilbezogenen Jugendfreizeitheim-Arbeit ergibt sich zum einen aus der Tatsache, daß die Jugendfreizeitheime bisher weitgehend vom gesellschaftlichen Leben

ihres Wohnbezirks isoliert waren. Weit davon entfernt, jugendpolitische Zentren zu sein, verhielten sie sich weitgehend passiv gegenüber dem Geschehen außerhalb des Heims und beschränkten ihr Angebot auf diejenigen Kinder und Jugendlichen, die "freiwillig" ins Haus kamen. Aber auch diese Angebote orientierten sich vorwiegend an den subjektiven, spontan geäußerten Bedürfnissen der Adressaten. Ein Aufgreifen, ja ein Kennenlernen ihrer tatsächlichen, objektiven, oft noch nicht bewußten Probleme konnte deshalb nur zufällig erfolgen und blieb ohne Konsequenz im Angebot; entsprechend oberflächlich blieben auch die Maßstäbe für den "Erfolg" der eigenen Arbeit (volles Haus; Besucherzahlen; spontane "Zufriedenheit" der Besucher u.ä.).
Zum anderen ergibt sich diese Konzeption aus einem veränderten Begriff von politischer Bildung: politische Bildung als Aktivierungsprozeß.
Dies bedeutet, daß politische Bildung nicht auf die Vermittlung von Informationen bzw. intellektuelle Prozesse reduziert werden darf, sondern daß politisches Lernen, das sich auf das Begreifen der eigenen gesellschaftlichen Lage und Interessen und ihre aktive und selbständige Vertretung und Durchsetzung richtet, immer an praktisches Handeln gebunden sein muß.

- Aufhebung falscher Trennungen -

Eine solche Konzeption der Vermittlung von Theorie und Praxis, von Lernen und Handeln in der Jugendfreizeitheim-Arbeit führt notwendig zur Aufhebung von Trennungen und Abgrenzungen, die die Wirkungsmöglichkeiten politischer Bildungsarbeit im Jugendfreizeitheim bisher eingeschränkt haben. Aufgehoben werden muß die falsche Trennung
- von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, deren gemeinsame Interessen sich aus ihrer gemeinsamen gesellschaftlichen Lage ergeben. Das bedeutet natürlich nicht, daß es nicht Angebote geben muß, die sich spezifisch an Kinder, Jugendliche oder Erwachsene richten; wichtig ist aber, das Gemeinsame und Übergreifende zu berücksichtigen, z.B.: keine Kinderarbeit ohne Elternarbeit;
- von Jugendfreizeitheim und Stadtteil; konkrete und aktuelle Probleme der Bewohner im Stadtteil sollen im Jugendfreizeitheim aufgegriffen, bearbeitet und wieder in den Stadtteil hinausgetragen werden;
- von Arbeit (oder Lernen) und Freizeit; ihr inhaltlicher Zusammenhang ist zu thematisieren und durch eine entsprechende "Arbeits- und Entspannungs-Atmosphäre" im Jugendfreizeitheim zu realisieren;
- der verschiedenen Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik; Gemeinwesenarbeit, politische Bildung, Gruppenarbeit und Hilfe für Einzelne schließen sich gegenseitig nicht aus, sondern bedingen und fördern einander;
- der "Rollen" von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Mitarbeiter; im Rahmen eines Untersuchungskonzepts z.B., das sich auf Konflikte im Stadtteil und die Interessen der Adressaten und Bewohner richtet, werden Jugendliche und Eltern auch zu "Lehrenden", die Mitarbeiter auch zu "Lernenden" (nicht nur umgekehrt). Die Orientierung an den Interessen der Bevölkerung läßt diese zur primären Legitimationsinstanz der Sozialarbeit werden.

- Voraussetzungen -

Die konkrete Durchführung dieser Verflechtung von Jugendfreizeitheim und Stadtteil hängt von einer Reihe von Voraussetzungen ab, u.a. von
- der Struktur des Stadtteils (seiner Sozialstruktur und den daraus resultierenden Problemen und Konflikten); sie muß Gegenstand der Untersuchungsarbeit sein;
- von den Interessen, Fähigkeiten und Möglichkeiten der Mitarbeiter in dem Jugendfreizeitheim (die jedoch nicht statisch aufgefaßt werden dürfen, sondern sich nach Maßgabe ihrer eigenen Lernprozesse verändern);
- von der Ausstattung des Jugendfreizeitheims (personell, räumlich, sächlich);
- vom (politischen) Verhalten der vorgesetzten Behörden

Die Jugendfreizeitheime können nicht alles machen; je nach Voraussetzungen müssen also Schwerpunkte gesetzt werden. Dies allerdings bedarf der Abstimmung und Koordination im jeweiligen und unter den Jugendfreizeitheimen insgesamt.

- Merkmale von Kampagnen -

Unter "Kampagne" wird die allgemeine Form der Verflechtung von Jugendfreizeitheim und Stadtteil verstanden: das Aufgreifen von Problemen im Stadtteil, ihre Bearbeitung im Jugendfreizeitheim und die praktische Aktion im Stadtteil selbst. Die wichtigsten Merkmale solcher Kampagnen sind deshalb:
- sie sind auf konkrete Probleme der Bevölkerung im Stadtteil gerichtet (das setzt Untersuchungsarbeit voraus);
- sie haben die Bewegung: Stadtteil-Jugendfreizeitheim-Stadtteil (Verflechtung);
- sie verbinden die Formulierung und Verfolgung konkreter Teilziele mit der Entwicklung weiterreichender Perspektiven (gerade in dieser Verbindung spielt sich politisches Lernen ab);
- sie sind grundsätzlich öffentlichkeitsorientiert;
- sie beruhen auf gemeinsamem Vorgehen, fördern die Aktivierung und Selbständigkeit der Betroffenen und verringern damit die Basis für alle Formen von Stellvertreter-Politik;
- sie bedürfen der kontinuierlichen kritischen Überprüfung.

- Schritte der Untersuchungsarbeit -

Untersuchungsarbeit heißt nicht: Daten sammeln, aus denen nichts folgt. Die Jugendfreizeitheime sollen auch keine Außenstellen des Statistischen Landesamtes werden (dessen Daten natürlich verwandt werden sollen, wo sie weiter helfen). Untersuchung z.B. der Bevölkerungsstruktur eines Stadtteils heißt also, sowohl die objektiven Lebensbedingungen als auch ihre subjektive Verarbeitung zu untersuchen, das Bewußtsein, die Ängste, Sorgen, Hoffnungen etc. Dies allerdings nicht im Sinne eines Instituts für Meinungsforschung (95 % denken dies, 5 % wollen das), sondern um Handlungs- und Aktivierungsmöglichkeiten zu erkunden.
Auch findet nicht z u e r s t (mehrere Monate oder Jahre) Untersuchungsarbeit und d a n n eine Kampagne statt; vielmehr durchdringen sich beide wechselseitig. In jeder Kampagne steckt Untersuchungsarbeit und umgekehrt. Auch die Untersuchungsarbeit hat aktivierenden

Charakter (aktivierende Befragung); sie richtet sich nicht auf unmündige Objekte, sondern gerade auf die Entfaltung der Phantasie, Selbständigkeit, Initiative und Handlungsfähigkeit der Menschen.

Wie kann die Untersuchungsarbeit aktuell eingeleitet werden? -

Bezogen auf die Kinder und Jugendlichen durch entsprechende Angebote bzw. Initiativen (Erkundung: "unser Stadtteil"; Ausstellung; Rollenspiele/Kindertheater; Solidaritätsbasare etc.); durch Kontakte zu gewerkschaftlichen Gruppen, Jugendvertretern, politischen Jugendgruppen etc.;
Bezogen auf die Intensivierung und Vertiefung der Kontakte zu den Eltern durch Elternabende und -versammlungen, die sich auf bestimmte Programmangebote (Freizeiten, Kindertheater, Feste, Ausstellungen etc.) oder auf existierende Problempunkte im Stadtteil beziehen; durch Teilnahme an und Kontakte zu Stadtteilbeiräten, Bürgerinitiativen, Einwohnerversammlungen, Schulen (und anderen Institutionen, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind);
Die Mitarbeiter müssen in der Untersuchungsarbeit gegenüber der Bevölkerung (den Eltern usw.) ihr Interesse, d.h. ihr Verständnis von politischer Jugendarbeit darstellen. Sie müssen erklären, warum sie an bestimmten Problemen interessiert sind (nicht einfach ausfragen); auf dieser Basis kann sich ein Vertrauensverhältnis entwickeln.
Entscheidend ist dabei auch, daß solche Untersuchungsarbeit nie von den Mitarbeitern allein (stellvertretend), sondern stets mit den Jugendlichen zusammen durchgeführt wird.

Zum Problem der Aktionen im Rahmen des stadtteilbezogenen Jugendfreizeitheimes

- Voraussetzung für die Aktionen -

Wesentlich bestimmend dafür, welche Projekte in den einzelnen Jugendfreizeitheimen angegangen werden, sind sicherlich nicht zuletzt die Schwerpunkte, Interessen und speziellen Fähigkeiten der jeweiligen Mitarbeiter. Dieser Faktor wird ausschlaggebend sein, ob mögliche Aktionen im Bereich der Kinder -, Lehrlings- oder Schülerarbeit und an welchen Fragestellungen dort jeweils angesiedelt sind. Es muß weiter die Zahl der Mitarbeiter und die Möglichkeit der Einbeziehung von Honorarkräften bedacht werden.
Die einzelnen Einrichtungen müssen nach ihren räumlichen Möglichkeiten und nach der Ausstattung wie Werkstatt , Vervielfältigungsmöglichkeiten, Fotolabor u.a.m. überprüft werden.
Ausschlaggebend wird aber auch die Wohngebietsstruktur des Stadtteils, die entsprechenden Konflikte und Probleme, die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Institutionen und Organisationen, sowie die Besucherstruktur des Freizeitheimes sein.

Trotz aller Unterschiede, die sich nach Klärung dieser Fragen in den Jugendfreizeitheimen ergeben, zeigt sich am Beispiel Huchting, daß auch mit stark begrenzten Mitteln stadtteilbezogene Arbeit möglich ist.
Im Vordergrund steht also nicht die Frage ob überhaupt in bestimmten Jugendfreizeitheimen diese Arbeit möglich ist, sondern w e l c h e

Erhard Meueler (Hg.)

unter entwicklung

arbeitsmaterialien für schüler, lehrer und aktionsgruppen band 1

sachbuch rororo

wem nützt die armut der dritten welt?

Bilder, Berichte, Dokumente und Analysen, die aufzeigen, wie Unterentwicklung entstanden ist, wer von ihnen profitiert, und was getan werden muß, um sie zu überwinden. - 2 Bände, 6906 und 6907, je DM 9.8o.

Aktionen mit den vorhandenen Mitteln realistisch durchführbar sind. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß es darum geht, Probleme des Stadtteils aufzunehmen, sie im Heim zu besprechen, um sie dann wieder in den Stadtteil hineinzutragen. Ein anderer Ansatz, bei dem allgemeine und aktuelle Probleme, die im Jugendfreizeitheim behandelt und im Stadtteil zur Diskussion gestellt werden, ist ebenfalls denkbar.

- Am Beispiel einer Aktion zur Spielplatzsituation im Stadtteil, soll exemplarisch dargestellt werden, welche konkreten Abläufe in einem solchen Projekt einbezogen werden können -

Ausgangspunkt ist die von der Bevölkerung des Stadtteils und den Besuchern des Jugendfreizeitheimes bemängelte schlechte Spielplatzsituation der Kinder. Folgende Punkte könnten bei der Aufarbeitung und Verbesserung dieser Problematik unter Einbeziehung der Kinder, Jugendlichen, interessierten Eltern und Mitarbeitern angegangen werden:
Die Kinder und Eltern schildern die Spielsituation im Stadtteil, die einzelnen Gruppen bestimmen, wie diese Situation aufgearbeitet werden soll:
- die Spielplätze werden fotografiert, die Fotografien ausgehängt;
- Kinder, Jugendliche und Eltern aus dem Stadtteil werden (per Tonband) nach ihrer Meinung zu diesem Problem befragt;
- über statistisches Material wird die Situation in Zahlen dargestellt (z.B. für jede Wohnung ein Abstellplatz für Autos - auf wieviele Kinder ein Spielplatz?
- Aussagen von Parteien, Verbänden und Behörden werden der Realität gegenübergestellt;
- Kinder stellen auf Zeichnung ihre Spielsituation dar.

Die einzelnen Ergebnisse werden jeweils sofort im Jugendfreizeitheim ausgehängt und veröffentlicht, so daß die Information erfolgt und andere Interessenten einbezogen werden können.
Als nächster Schritt werden Alternativmodelle dargestellt:
- Kinder, Jugendliche und Eltern zeigen auf, wie Spielplätze sein sollten;
- Abenteuer- oder Bauspielplätze werden von den Beteiligten besucht;
- auf Fotos, Bildern und im Text werden diese den bestehenden Plätzen im Stadtteil gegenübergestellt;
- Aussagen von Fachleuten zur Bedeutung des Spiels werden festgehalten;
- Modelle von "kindgerechten" Spielplätzen werden entworfen und von einer Werkgruppe plastisch dargestellt;
- danach müßte überlegt werden, wie ein solcher Spielplatz im Stadtteil verwirklicht werden kann;
- ein geeigneter Platz wird ausgesucht, Kontakte zu Behörden, Verbänden, Parteien usw. werden aufgenommen. Fragen der finanziellen Unterstützung müssen geklärt werden usw.

Die ganze Aktion muß von intensiver Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden:
- Zusammenarbeit mit Presse und Rundfunk, Plakatierung im Jugendfreizeitheim, Flugblattaktion, Unterschriftensammlung, Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen usw.

Während der gesamten Arbeiten sollten inhaltliche Diskussionen zu Themen stattfinden:

- Bedeutung des Spiels für das Kind, Erziehungsprobleme, kindgerechte Wohnungen, wie soll die weitere Arbeit mit den Kindern auf dem geplanten Alternativspielplatz aussehen, welchen Sinn haben Aktionen wie diese? usw.

Höhepunkt einer solchen Kampagne könnte ein großes Kinderfest sein:
- dieses könnte auf dem Platz stattfinden, der als solcher gedacht ist;
- Kinder, Jugendliche und Eltern machen eine Demonstration vom Jugendfreizeitheim zu diesem Platz und tragen Transparente und Plakate mit ihren Forderungen;
- auf dem Platz werden alternative Spielmöglichkeiten provisorisch dargestellt (Baumaterial, Malwände) Spiele werden durchgeführt usw.;
- Informationsstände dienen zur Darstellung bisher erarbeiteter Materialien;
- In Form eines Kindertheaters werden die Probleme von den Kindern gespielt.

Diese ganze Aktion wurde deshalb so ausführlich dargestellt, um daran deutlich zu machen, welche Vielfalt an Möglichkeiten besteht. Die einzelnen Punkte sollen lediglich als Anregung dienen und können entsprechend ergänzt oder weggelassen werden. Wichtig ist hierbei nur, daß nicht mit der Durchsetzung der Forderungen die Aktivitäten beendet sind. Anschließend müssen die Aktionen kritisch reflektiert und evtl. die angesprochenen Themen in Diskussionsgruppen vertieft werden, um daraus mögliche neue Aktivitäten zu bestimmen.

Die Spielplatzaktion steht nur exemplarisch, ähnliches Vorgehen ist auch auf andere Aktionen übertragbar:
- größere Wohnung für große Familien
- Fußgängerstraßen
- Jugendzentrumsinitiativen usw.

Auch aktuelle Themen könnten so in die Bevölkerung hineingetragen werden: zu § 218 - Solidaritätsbasare - Ausbildungssituation der Lehrlinge - usw.
Die Mitarbeiter der Jugendfreizeitheime haben in solchen Aktionen anleitende und helfende Funktionen. Das Jugendfreizeitheim stellt Räume, Material, technische Geräte usw. zur Verfügung. Es bildet das Zentrum solcher Aktionen.

- Was kann bei solchen Aktionen gelernt werden, was hat das mit politischer Bildung zu tun? -

Ziel einer solchen Aktion muß es sein, den Beteiligten zu verdeutlichen, daß politische Arbeit nicht nur theoretische Diskussion über abstrakte Themen heißt, sondern bewußter praktischer Einsatz für die konkreten Interessen. Es gilt herauszustellen, daß eine solche gemeinsame Aktion nicht nur Arbeit, sondern auch Spaß machen kann. Hier noch einmal kurz zusammengefaßt die Lernprozesse, die in solch einer Aktion vollzogen werden können:

- <u>gesellschaftspolitische Erkenntnisse</u>
gesellschaftliche Rollen, Normen und Strukturen (Herrschaft und Ideologie) werden durchschaubarer, Zusammenhänge exemplarisch aufgerollt und die Positionen der Betroffenen in diesen Strukturen deutlicher;

- Solidarität
die Notwendigkeit solidarischen Vorgehens statt vereinzelter Resignation muß erkannt werden. Gleichzeitig muß es gelingen zu verdeutlichen, daß in solch einer Aktion persönliche Bedürfnisse mit denen der Gruppe abzustimmen sind, um ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit im Vorgehen zu erreichen;
- Technische Fähigkeiten
Organisations- und Koordinationsfähigkeiten, sowie Umgang mit Medien, Material und Maschinen (wie Drucken, Plakatherstellung usw.) werden erlernt und für die eigenen Interessen nutzbar gemacht;
- Strategische Fähigkeiten
Es muß gelernt werden, daß strategische Fähigkeiten mehr als bloße Aufstellung von Zielen bedeutet, die irgendwann einmal erreicht werden müssen, sondern daß es darum geht, mit Blick auf das Hauptziel unter den jeweiligen gegebenen Möglichkeiten (politische Kräfteverhältnisse am Ort und in der Gesamtgesellschaft) erreichbare Ziele zu formulieren, Handlungsmöglichkeiten zu planen, um notwendige Teilziele zu erreichen.
Es wird gelernt realistisch einzuschätzen, welche politischen Machtverhältnisse bestehen und die Fähigkeit zu entwickeln, Bündnispartner zu gewinnen zur Durchsetzung der Interessen.

SOZIALARBEITER/GEMEINWESENARBEITER

Ab sofort für ein GWA-Projekt im anstehenden Sanierungsgebiet Frankfurt-Bockenheim gesucht.
Er/sie soll in Zusammenarbeit mit dem bestehenden Arbeitsteam insbesondere

die Probleme von Kindern und Jugendlichen

im Rahmen der anstehenden Sanierung bearbeiten.

Träger der Arbeit ist das Nachbarschaftsheim Bockenheim in Zusammenarbeit mit der Victor-Gollanz-Stiftung und der Frankfurter Fachhochschule, Fachbereich Sozialarbeit.

Bezahlung nach BAT.

Bewerbung an:
Nachbarschaftsheim Bockenheim
6 Frankfurt, Werrastr. 39, Telefon 0611/77 55 17

Timm Kunstreich:

SOZIALARBEIT IST LOHNARBEIT

Dieser Titel scheint auf den ersten Blick trivial zu sein. Nur ist es manchmal angebracht, sich die Folgen, die mit der Lohnarbeit in der Sozialarbeit verbunden sind, bewußt zu machen. Diese Absicht verfolgt dieser Artikel - mit dem praktischen Interesse, vor Resignation, vor Illusionen und vor kurzatmigem Aktivismus zu warnen.
In den letzten Jahren war und ist viel vom "doppelten Mandat" und ähnlichen Begriffen die Rede, die andeuten sollen: Der Sozialarbeiter befindet sich in einem Dilemma. Auf der einen Seite hat er den Auftrag zu helfen (u.a. auch dabei die Gesellschaft zu verändern), auf der anderen Seite ist er ausführendes Organ einer Bürokratie des kapitalistischen Staates. Auch eine "linke" Interpretation dieses "doppelten Mandates" ist sehr verbreitet: Sozialarbeit ist eine Institution des Klassenstaates - und damit des Klassengegners -; der Sozialarbeiter aber soll Solidarität mit den von ihnen Betroffenen üben.

Aber wie? Mit schlechtem Gewissen in der "Jugendpflege" arbeiten und vor allem Funktionen mit repressivem Eingriffscharakter meiden? (Z.B. die des Jugendfürsorgers oder Bewährungshelfers? - Nach dem Motto: Laß das lieber die "unbewußten" Kollegen machen). Statt also voreilig etwas auszugrenzen und dann zu abstrakter Solidarität aufzurufen, sollten wir zunächst lieber überlegen, welche Funktionen Lohnarbeit in der Sozialarbeit objektiv hat - und "objektiv" heißt hier zunächst: unabhängig vom Bewußtsein derer, die hier ihre Arbeitskraft tauschen.

"Wenn die zur Herstellung der allgemeinen Produktions- und Verkehrsbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft notwendigen Funktionen nicht direkt vom Kapital, sondern vom Staat übernommen werden und die dort beschäftigten Arbeiter ihre Arbeitskraft nicht gegen variables Kapital tauschen, sondern aus staatlicher Revenue bezahlt werden, wird in diesen Bereichen unproduktive Lohnarbeit, aber notwendige - notwendig in bezug auf den gesellschaftlichen Charakter der Produktion überhaupt - verausgabt". (1)

Der Form nach unterscheidet sich also diese Lohnarbeit von der produktiven, deren Kennzeichen ist, Mehrwert zu produzieren und von der indirekt produktiven Lohnarbeit, deren Kennzeichen ist die Realisation des Mehrwerts zu der Zirkulation zu sichern. Andere mehrwertverbrauchende Tätigkeiten (lohnabhängige Arbeit in den Staatsapparaten, in Ausbildungssystem und Wissenschaft, staatlich organisierte Dienstleistungen) sollen hier "vermittelnde" Arbeit genannt werden. "Vermittelt" werden durch diese Tätigkeiten nicht nur die zum Systemerhalt notwendigen Fertigkeiten und Kenntnisse (z.B. in Schule und Ausbildung), sondern auch die notwendige Legitimation auf der einen und die notwendige Kontrolle in Form von systemnotwendiger Selektion

auf der anderen Seite.

Im Gegensatz zu produktiver und weite Teile indirekt produktiver Lohnarbeit, in denen Effektivitätsmessungen - nämlich Arbeitsproduktivität und Höhe des Profits - selbstverständlich (wenn auch nicht unumstritten, d.h. einseitig) sind, stehen Effektivitätsmessungen im Bereich vermittelnder Lohnarbeiten erst am Anfang. Hier, wo *"Tätigkeiten verwaltet (werden), deren Ziel bestimmte Einwirkung auf Individuen ist" (2),* ist "Effektivität" schwer zu messen. Eindimensionale in-put-Analysen deuten zwar auf "Irrationalität" mancher Institutionen vermittelnder Lohnarbeit hin, z.B. wenn nachgewiesen wird, daß voll entlohnte Straftäter im Endeffekt billiger kommen als solche, die in "Sklavenarbeit" gehalten werden, oder wenn nachgewiesen wird, daß die Heime "Verwahrlosung" nicht abbauen, sondern weiter verfestigen bzw. erst hervorbringen. Deshalb können Effektivitätsprobleme der vermittelnden Lohnarbeit adäquat nur erfaßt werden, wenn man von ihrer Mehrfunktionalität ausgeht und diese Funktionen in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit untersucht.

Versucht man die oben gegebene Beschreibung vermittelnder Lohnarbeit zu systematisieren, so lassen sich drei aufeinander bezogene Funktionen ausmachen:
1. institutionalisierte nicht familiäre Sozialisation
2. institutionalisierter Systemerhalt
3. institutionalisierte Legitimation

Diese drei Funktionen sollen im folgenden für die Sozialarbeit daraufhin untersucht werden, wie sie auf die Systemprobleme kapitalistischer Produktionsform reagieren und wie diese Probleme in bezug auf alle drei Funktionen bewältigt werden - und wo die Konflikte einer derartigen Bewältigung liegen.

- Institutionalisierte nichtfamiliäre Sozialisation -

Sozialarbeit vergibt "Sozialisationshilfen" entweder in "ambulanter" Form (Offene Jugendarbeit, Familienfürsorge) oder in "stationärer" (Heime, Strafvollzug usw.). Egal, ob diese Sozialisationshilfen eher restitutiven oder eher repressiven Charakter haben, dem Inhalt nach ist diese vermittelnde Lohnarbeit der Sozialarbeiter gesellschaftlich notwendig, der Form nach ist sie institutionalisierte Gewalt zum gesellschaftlichen Erhalt der Akkumulationsbedingungen. Effektiv ist die Sozialarbeit in dieser Funktion dann, wenn sie die folgenden, ihr zugewiesenen Probleme lösen kann. (Für die Bewältigung dieser Probleme sind auch noch andere Institutionen zuständig - z.B. Schulen und Versicherungen. Diese Zusammenhänge sollen hier jedoch nur insoweit berücksichtigt werden, als sie von Wichtigkeit für die Sozialarbeit sind.):
- die Folgen der formellen Subsumption der Familie unter das Kapital (z.B. "Erziehungsprobleme"),
- die Folgen des Bedarfs der erhöhten Qualifikation der Arbeitskraft (Vorschule, Ganztags-, Gesamtschulen),
- die Folgen der Dequalifikation von Arbeitskraft (Obdachlosenlager, Jugendkriminalität),

insgesamt also Folgeprobleme der allgemeinen Monopolisierung des Kapitals und der entsprechenden ungleichmässigen Vergesellschaftung der Produktivkräfte.

Die Aufgaben der institutionalisierten außerfamiliären Sozialisation änderten sich durch
a) den allgemein steigenden "Wohlstand" und mit dem in den 50iger Jahren vorgenommenen Ausbau der "Sozialen Sicherung" (vor allem Renten- und Sozialversicherungen), die der "Fürsorge" einen Teil ihrer Aufgaben entzog. Dieser Aufgabenänderung wurde im BSHG und im JWG von 1961 Rechnung getragen, in der Literatur wurde dieser Prozeß überwiegend als "Funktionseinbußen" empfunden (z.B. PETERS, Moderne Fürsorge und ihre Legitimation, 1968).
b) Das Ende der Restaurationsphase war u.a. auch das Ende der extensiven Steigerung der Arbeitsproduktivität, d.h. solcher, die im wesentlichen auf Vermehrung der Arbeitskräfte basierte. Die nun erforderliche intensive Steigerung der Arbeitsproduktivität verlangte vor allem eine bessere Qualifikation der Arbeitskraft. Der Anteil der Sozialarbeit besteht sowohl darin, diesen Prozeß zu unterstützen (wie Ausbau der Vorschule, Jugendpflege) als auch darin, die Folgen einer entsprechenden Dequalifikation zu mildern.

Betrachtet man diesen Prozeß als "Funktionsvermehrung", so lassen sich beide Entwicklungen zusammen als "Funktionsverschiebung" verstehen.

- Institutionaliserter Systemerhalt -

Der institutionalisierte Systemerhalt muß auf mehreren Ebenen gesichert werden. Einmal durch Selektion "auffällig" gewordener Arbeitskraft, d.h. solche, die wegen zu geringer Qualifikation oder psychisch oder physisch nicht in der Lage ist, sich adäquat auszutauschen und/oder solche, die schon von anderen Apparaturen vermittelnder Lohnarbeit (Polizei/Justiz) selektiert wurde. Zum anderen durch Vermittlung von Fertigkeiten und Verhaltensweisen, um den generell höher gewordenen Bedarf qualifizierter Lohnarbeit in Zusammenarbeit mit anderen Apparaturen (Schulen)zu decken (Vorschule, Jugendarbeit). Systemerhalt zielt aber nicht nur auf die Betroffenen, sie geschieht auch durch die Rekrutierung von Sozialarbeitern aus den "normangebenden" Schichten und durch die bürokratische Organisation selbst als Reproduktion herrschender Hierarchien. Mit der oben (unter 1.) genannten "Funktionsverschiebung" läßt sich auch die Funktion des institutionalisierten Systemerhalts in bezug auf die Betroffenen beschreiben. Der damit verbundenen Verlagerung der Sozialarbeit auf das "Pädagogische" und zugleich auf "wissenschaftliches Wissen" mußte durch quantitative Vermehrung von Stellen und Studienplätzen und qualitative Verbesserung im Ausbildungssystem Rechnung getragen werden (Einrichtung von FHS und Gesamthochschulen).

- Institutionalisierte Legitimation -

Die Funktion der institutionalisierten Legitimation erfordert von den Apparaturen der Sozialarbeit, ihr Handeln auf allgemein geteilte Normen, vor allem auf die des bürgerlich-demokratischen Rechts- und Sozialstaates, zu beziehen, und damit jene Massenloyalität mit helfen zu erhalten, die "nicht in einem gesicherten 'Geltungsglauben' gegenüber einer gegebenen Ordnung, sondern im Gegenteil, im Verzicht auf Legitimationsforderungen überhaupt besteht" (3). Effektiv muß

die Sozialarbeit in dieser Funktion vor allem dann sein, wenn diese **Massenloyalität** in einigen Bereichen (oder im Ganzen) nicht mehr gegeben ist, d.h. neue Formen der Legitimation notwendig werden.

Probleme dieser Art lassen sich beispielhaft unter der in den 60iger Jahren sich durchsetzenden Forderung nach Chancengleichheit beschreiben:
- ökonomisch zielte diese Forderung auf Nutzung bisher nicht genutzter Qualifikationsreserven (s.o. Intensivierung der Arbeitsproduktivität);
- politisch bedeutete diese Forderung zunächst das Eingeständnis bestehender "Chancengleichheit", die durch Erweiterung, Veränderung und Verbesserung des Ausbildungssystems behoben werden sollte (und soll);
- wissenschaftlich bedeutete diese Forderung die Abkehr vom biologischen Begabungsbegriff hin zu einem, der auf Lernen und soziale Fähigkeiten basiert;
- Für die institutionalisierte Sozialarbeit bedeutete (und bedeutet) diese Forderung (und ihre jeweiligen Spezifikationen) zum einen die Legitimation ihrer quantitativen und qualitativen Verbesserung (Vorschulen, Erziehungsberatung, Jugendarbeit, Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit, Gemeinwesenarbeit) zum anderen aber auch Kritik an ihren Institutionen (vor allem der Heime) - der aber durch eben jene Verbesserungen wiederum begegnet werden sollte (soll).

Der durch diese Prozesse induzierte "Wandel" in der Sozialarbeit stellte diese in allen drei Funktionen vor neue "Effizienzprobleme": Die "Funktionsverschiebung" verlangte neue Handlungsmuster, die nach weitgehendem Wegfall materieller Hilfen die Vergabe (wachsender) nicht-materieller Hilfen möglich machte und diese auch legitimierte - ohne aber prinzipiell die Individualisierung und Personalisierung sowohl der Ursachen für Hilfebedürftigkeit als auch der Maßnahmen in Frage zu stellen. Genau dies leistet das "klinische" Legitimationsmuster, dessen Kennzeichen ist, die Probleme der Betroffenen spezifisch zu personalisieren; d.h. durch Bezug auf "wissenschaftliches Wissen" und erlernbare, "wissenschaftlich" begründete Methoden ein besonderes von "normalen" Beziehungen unterschiedenes Verhältnis zum "Klienten" zu haben, zu dessen "Behandlung" eben dieses Wissen Voraussetzung ist. Um dieses Wissen zu erwerben, sind in der Hierarchie des Ausbildungswesens die Fachhochschulen und Universitäten nötig, damit sowohl das nötige "sozial-technische" Wissen als auch die damit verbundene allgemein anerkannte Legitimation (durch Wissenschaft) vermittelt werden kann.

Dieses "klinische" Legitimationsmuster bedeutet insgesamt eine Effektivierung der Arbeit der Sozialarbeiter. Damit gerät es aber in Konflikt mit einer anderen Funktion bürokratischer Organisation: der Kontrolle. Wissenschaftlich sich verstehendes Wissen und Handeln kann nicht durch ein hierarchisches Befehl-Gehorsam-System kontrolliert werden und ist nicht mit Verwaltungsvorschriften kontrollierbar. Im Gegenteil: Es ist in seinem idealtypischen Selbstverständnis auf horizontale und gleichberechtigte Kommunikation und Kooperation angewiesen. Die Lösungstendenzen dieses Konflikts lassen sich auf zwei Ebenen verfolgen:
Zum einen auf der innerorganisatorischen Ebene, indem nach verschiedenen Modellen Teamarbeit eingeführt wird, und/oder die Trennung von Innen- und Außendienst aufgehoben wird. Dahinter steht u.a. das Ziel, eine neue, vom Team selbst getragene Kontrollstruktur zu finden, die die "alte" der Hierarchie ersetzt.
Zum anderen besteht die Tendenz, die Kontrollfunktion weitgehend auszulagern, d.h. Berufsverbände zu gründen, die über das Berufsethos wachen und auch Disziplinargewalt haben (Vorbild: Ärzte- und Anwaltskammern). Das Äquivalent zu dieser Auslagerung ist die Verinnerlichung dieses Ethos durch den einzelnen Sozialarbeiter: statt Kontrolle von oben also Kontrolle von innen (was als "intrinsische Motivation" generell als besser, d.h. als stabiler angesehen wird).

Dieser allgemein als Professionalisierung beschriebene Vorgang hat seine Ursachen also nicht in einem Legitimationsbedürfnis von tendenziell "überflüssig" werdenden Sozialarbeitern, wie PETERS (1968) glauben machen will, ist auch nicht Ausdruck eines immanenten Verwissenschaftlichungsdranges der "Industriegesellschaft" (4), sondern Reaktion auf Systemprobleme der kapitalistischen Produktionsweise (und damit der Staatsapparaturen) (5).
Allgemein bezeichnet Professionalisierung also einen Prozeß, in dem die notwendige Steigerung der Arbeitseffektivität mit der Form traditioneller Kontrolle in Konflikt gerät und durch Auslagerung von Kontrollfunktionen (mehr horizontale Kooperation/Verwissenschaftlichung/Berufsverbände) und durch Verinnerlichung von spezifischem Handlungswissen neue Formen der Kontrolle geschaffen werden.
Dieser Prozeß bewirkt zweierlei:

Zum einen werden historisch "gewachsene" Organisationsformen auf eine neue Stufe der Vergesellschaftung gehoben; ein Prozeß, der seine Analogie im Bereich der produktiven Lohnarbeit findet: Entwicklung vom Handwerksbetrieb zum Industriebetrieb. Wie dort mit der Erweiterung der produktiven Lohnarbeit Positionen mit bestimmten Leitungsfunktionen entstanden sind (z.B. Ingenieure, für die ähnliche Professionalitätsprobleme existieren) - sind hier aus "Sozialhandwerkern" (mit relativ unspezifischem, d.h. hier: umfassend personalisierendem Wissen) "Sozialingenieure" geworden (mit spezifisch-personalisierendem Wissen, d.h. klinisch-wisschenaftlichem Wissen). Dieser Prozeß der fortschreitenden Vergesellschaftung auch von formell unter das Kapital subsumierten Bereichen enthält eine Reihe von progressiven Elementen:
- mehr horizontale Kooperation und damit Abbau hierarchischer Strukturen;
- Verwissenschaftlichung des Handlungswissens, bessere Ausbildung, Tendenzen der Egalisierung im Ausbildungsbereich selbst;
- stärkere gesellschaftliche Planung.

Zum anderen aber steht diesem Aspekt der Vergesellschaftung der der institutionaliserten Gewalt zum Erhalt der Akkumulationsbedingungen gegenüber, d.h. der Form nach bewirken dieselben Elemente das gleiche wie die weniger vergesellschaftete Arbeit, nur auf einer anderen, höheren Ebene:
- neue Formen von Kooperation modifizieren zwar die bürokratische Organisation, machen sie insgesamt in allen ihren Funktionen aber auch effektiver;
- Verwissenschaftlichung, die sich in den Grenzen des vorwissenschaft-

lichen Handlungswissen bewegt (hier: Psychologisierung, Pathologisierung, individuell klinisches Wissen) und die die Hierarchisierung von Wissen im Ausbildungssystem konsolidiert, bleibt "Herrschaftswissen", das die Handlungsvollzüge zwar besser qualifizieren kann, zugleich aber auch systemimmanent und legitimierend bleibt - zumal wenn die damit verbundene Ideologie einer "besonderen Profession" das Entstehen eines "Lohnarbeiter-Bewußtseins" verhindert und Gewerkschaftspolitik als Standespolitik verstanden wird;

- die damit verbundenen Formen gesellschaftlicher Planung finden nicht nur ihre Grenzen im partikularen Interesse des Kapitals, sondern dienen diesem in Form von Interventionen und Planungen des kapitalistischen Staatsapparates. (Es wäre interessant - aber hier nicht möglich - die entsprechenden Probleme der Professionalisierung in anderen Bereichen vermittelnder Lohnarbeit zu untersuchen; z.B. Lehrer, Psychologen, Soziologen, aber auch solche der "alten" Professionen: der Ärzte und Anwälte).

Diesem "klinischen" Legitimationsmuster entspricht subjektiv eine darauf basierende klinische Orientierung, die allem Eindruck nach die unter Sozialarbeitern am weitesten verbreitete ist. Welche Probleme entstehen aber bei über dieses Bewußtsein hinausgehenden, spezifisch politischen Orientierungen, die man - von der bekannten Zersplitterung mal abgesehen - unter dem Begriff der sozialistischen Orientierung zusammenfassen kann. Auch diesen Sozialarbeitern stehen ja nur die gleichen Maßnahmen und Mittel innerhalb der gleichen Organisation zur Verfügung.

Allgemein trifft für die sozialistische Orientierung wohl folgendes zu:
Bezogen auf die Ursachen der Probleme der Gruppen, mit denen man zusammenarbeitet, werden die Verhaltenserwartungen, die durch die Mittel, Maßnahmen und die Organisation der Apparatur, in der man arbeitet, als nicht zutreffend oder nicht ausreichend erfahren. (Z.B. Jugendzentrum für die Probleme der Arbeiterjugend)
Bezogen auf die einzelnen Erscheinungen dieser Probleme werden die Mittel, Maßnahmen usw. als Unterstützung der individuellen Reproduktionsschwierigkeiten der Betroffenen interpretiert, aber auch als Kontrolle der Betroffenen bzw. - bei Maßnahmen mit repressivem Eingriffscharakter - als Eingriff in die Identität der Betroffenen. (Z.B. Jugendfürsorge)

Besonders in diesen Fällen zeigt sich die Konflikthaftigkeit der sozialistischen Orientierung.
Kann die klinische Orientierung durch ihren Bezug auf wissenschaftliches, also "höheres" Wissen z.B. "Verwahrlosung" als "innere Verwahrlosung" definieren und den damit als "gestört" erklärten Betroffenen mit Maßnahmen belegen, die dieser evtl. gar nicht einsehen kann (weil er gestört ist) und somit die Maßnahme letztlich als Hilfe definieren,
so bleibt der sozialistischen Orientierung "nur" die Einsicht, daß dieser Eingriff im Verhältnis zu den Ursachen unangemessen ist und das Gefühl, zu etwas gezwungen zu sein, das man letztlich nicht rechtfertigen kann. Entsprechende Rationalisierungsmuster fehlen also.

In diesen Fällen ist die Ausprägung des Konflikts am schärfsten. Er bleibt aber auch in allen anderen denkbaren Situationen objektiv gegeben - wenn auch mit z.T. starken graduellen Abstufungen. Ist somit bei der "klinischen" Orientierung eine grundsätzliche Konsistenz des eigenen Handelns mit den Erwartungen an sich selbst gegeben, so besteht für die sozialistische Orientierung eine grundsätzliche Diskrepanz, d.h. das eigene Handeln entspricht eben nicht den Erwartungen an sich selbst: es wird als nicht ausreichend oder als die eigentlichen Probleme gar nicht treffend interpretiert.
Somit liegt in dieser Diskrepanz ein für die eigene Identität bedrohlicher Konflikt.
Für die Bewältigung dieses Konflikts spielt es weniger eine Rolle, von wo z.B. ein Zwang ausgeübt wird, etwas zu tun, was in bezug auf die Ursachen falsch ist: ob er eher aus der aktuellen Situation der Betroffenen resultiert oder aus der Apparatur kommt. Wichtiger ist vielmehr, daß die eigene Motivation "gespalten" ist: zum einen bezieht sie sich auf gesellschaftliche Bedingungen und Ursachen bzw. auf politische Organisationen, die an der grundlegenden Änderung dieser Bedingung interessiert sind (sein sollten): z.Zt. vor allem auf die Gewerkschaften; zum anderen bezieht sie sich auf das Elend der Betroffenen, denen gegenüber man sich solidarisch verhalten möchte. Da man - zum dritten - aber auch sich individuell reproduzieren muß, müssen die beruflichen Zwänge (Gesetze, Vorschriften, Organisationsform) soweit "in Kauf" genommen werden, soweit man sie nicht als solidarische Unterstützung interpretieren kann (Jugendarbeit, individuelle Hilfen, KTH-Plätze).

Da damit dieser Zwang ein "alltäglicher" wird, ist es die wesentliche Schwierigkeit der sozialistischen Orientierung, auf die Dauer diesen Konflikt durchzuhalten. Wie schwierig das ist, wird deutlich bei den "resignierten Sozialisten", die aufgegeben haben, eine Chance der gesellschaftlichen Veränderung zu sehen und sich darauf zurückziehen, dem einzelnen Betroffenen seine Lage zu erleichtern und Eingriffe nur im äußersten Fall vorzunehmen.
Eine weitere Möglichkeit, diesen Zwang subjektiv erträglich zu machen, ist, die genannte "Spaltung" der Motivation bewußt in den Vordergrund zu stellen, d.h. politische Motivation und Berufsmotivation zu trennen, wobei letztere so interpretiert wird, daß unter den gegebenen (zwar hinterfragbaren, aber nicht aufhebbaren) Sachzwängen, für sich selbst nur die Position des Vermittlers von materiellen und organisatorischen Hilfen gesehen wird.

Die Alternative zu Resignation und Rückzug ist, diesen Konflikt kollektiv zunächst zu ertragen und damit zumindest subjektiv erträglich zu machen, indem sowohl in der Apparatur versucht wird, kollektiv zu arbeiten als auch außerhalb in Organisationen, die den eigenen Standpunkt teilen: insgesamt also durch Solidarität unter den Sozialarbeitern und mit anderen Lohnarbeitern.

Diese kurzen Ausführungen mögen genügen, um die beiden Hauptaspekte sozialistischer Orientierung zu verallgemeinern:
- Kollektivitätsorientierung - aber nicht an kollektiven "Normen" (wie "Hilfe"), sondern an der kollektiven sozialen Lage der Betroffenen;
- antiadministrative Orientierung - aber nicht (nur), um den eigenen

Status zu verbessern, sondern ihn so zu verändern, daß man nicht objektiv eine Funktion ausübt, die unabhängig von der subjektiven Einstellung selektierend, kontrollierend und diskriminierend wirkt; d.h. man versucht, Arbeitsorganisationen zu entwickeln, die die genannten Konflikte zunächst erträglich, auf Dauer aber veränderbar machen.

Daß diese Orientierung konfliktträchtig für die Identität des einzelnen ist, dafür wurden oben schon einige Beispiele gegeben. Der Versuch, politische und berufliche Motivation nicht zu trennen, kann aber auch andere Folgen haben: Die Disziplinierungsversuche durch Berufsverbote (bzw. der Drohung damit) sind Beispiele dafür.

Wir hatten schon festgestellt, daß in der Sozialarbeit die klinische Orientierung den drei genannten Funktionen vermittelnder Lohnarbeit "am besten" entspricht. Wie steht es damit bei der "sozialistischen Orientierung"? Auch sie genügt objektiv zwei dieser Funktionen, nämlich der der 'nichtfamiliären Sozialisation' und der des 'Systemerhalts'; der 'Funktion der Legitimation' aber widerspricht die sozialistische Orientierung - intentional ihrem Selbstverständnis nach - faktisch, wenn solidarisch orientierte Sozialarbeiter versuchen, delegitimierend zu wirken z.B. in Aktionen oder neuen Formen der Kooperation mit den Betroffenen. Daß in diesem Ziel der Delegitimation zugleich die politische Brisanz und die politischen Konflikte stecken, zeigen die Reaktionen der Apparaturen mit Berufsverbot bzw. der Drohung damit, aber auch z.B. der Entwurf eines neuen Jugendhilferechts. Dieses ist ausschließlich dem "klinischen" Legitimationsmuster verpflichtet, und mit ihm bemüht man sich u.a., die daraus potentiell erwachsenden Legitimationsprobleme zu meistern, indem jegliche antikapitalistische Orientierung von Sozialarbeit entweder als nicht mit der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" vereinbar oder aber als "nicht-anerkannte" Methode unterbunden werden soll.(6)

Wie weit die sozialistische Orientierung sich unter diesen Bedingungen entwickeln kann, hängt wesentlich von der Stärke der eigenen politischen Organisation, vor allem in den Gewerkschaften, ab:
"Die Forderung nach Veränderung der institutionellen Stellung der Sozialarbeiter ist eine politische Forderung, die nicht individuell durch Petitionen, sondern nur gemeinsam mit einer Vielzahl von Kollegen durchgesetzt werden kann, ebenso wie eine Reihe anderer Forderungen, die Bezahlung, Arbeitsbedingungen und Ausbildung betreffen. Als Organisationen, in denen und mit denen solche Forderungen durchgesetzt werden können, bieten sich zunächst die Gewerkschaften an. Dies wird nicht allen einleuchten, da die Gewerkschaften nach dem Kriege fast nur Tarifpolitik im engeren Sinne betrieben und sich wenig um inhaltliche Forderungen gekümmert haben und da weiterhin die Sozialarbeiter in mehreren Gewerkschaften bisher nur kleine, relativ einflußlose Fachgruppen bildeten: in der ÖTV, der GEW, ... Dennoch scheint es uns im Augenblick keine andere Organisation von Gewicht zu geben. Eine Chance gegen die Gefahr, daß partielle Reformen einerseits Zufriedenheit und, daraus resultierend, Untätigkeit, andererseits politische Resignation erzeugen, liegt darin, den Kampf von Anfang an nicht nur gewerkschaftlich und innerhalb der Verwaltung, sondern auch in Zusammenarbeit mit nicht integrierten, oppositionellen Kräften zu führen." (7)

AUTORENKOLLEKTIV. Techn. Int.:

(1) BECKENBACH, Niels; BRACZYK, Hans-Joachim, HERKOMMER, Sebastian MALSCH, Thomas; SELTZ, Rüdiger; STÜCK, Heiner, Klassenlage und Bewußtseinsformen der technisch-wissenschaftlichen Lohnarbeiter. Zur Diskussion über die "Technische Intelligenz", Frankfurt/M 1973, S. 102

(2) HEYMANN, Kajo, Bürokratisierung der Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus: MESCHKAT, Klaus; NEGT, Oskar (Hrsg), Gesellschaftsstrukturen, Frankfurt/M 1973, S. 96

(3) OFFE, Claus, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen: in KRESS/ SENGHAAS (Hrsg.), Politikwissenschaft, Frankfurt 1969, S. 155 - 189 (hier: Sonderdruck)

(4) Vgl. OTTO/ UTERMANN (Hrsg.), Sozialarbeit als Beruf. Auf dem Wege zur Professionalisierung? München 1971

(5) WOLFF, Reinhart, Sozialarbeit als Beruf - der Traum vom unabhängigen Sachverständigen (Rezension von OTTO/UTERMANN, 1971), in: Erziehung und Klassenkampf, Nr. 4/1971, S 73-77

(6) (vgl. Beilage zu: Neue Praxis, 3, 1974, S. 7/8, 19/20; Informationsdienst Sozialarbeit, Nr. 6, 1974 - Schwerpunktthemen: Jugendhilferecht und Jugendhilfetag).

(7) AKS Berlin, Sozialarbeit zwischen Verwaltung und Caritas oder: Was die Sozialarbeiter hindert, die Interessen der 'Klienten' zu vertreten: HOLLSTEIN/MEINHOLD (Hrsg.), Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen, Frankfurt 1973, S.226-242.

AMBULANTES GESUNDHEITSZENTRUM

In der Nähe von Frankfurt laufen zur Zeit die Bauvorbereitungen für ein ambulantes Gesundheitszentrum. In diesem geplanten Gesundheitszentrum wollen in ca. 18 Monaten mehrere Ärztinnen und Ärzte mit Sozialarbeitern,Psychologen, Arzthelferinnen, Krankengymnastinnen, MTA's usw. auf einer möglichst gleichberechtigten Basis zusammenarbeiten. Fest mitarbeiten werden bisher: 1 allgemeine Ärztin, 1 Frauenarzt, 1 Internist, 1 Kinderarzt, 1 Sozialpädagogin, 1 Sozialarbeiter, 1 Psychologe, 2 Arzthelferinnen, 1 MTA, 1 Verwaltungsfachmann.

Um die endgültige Planung für die erste und die zweite Baustufe dieses Projekts mit möglichst allen zukünftigen Mitarbeitern ab- und die inhaltliche Konzeption durchsprechen zu können, versuchen wir so rasch wie möglich abzuklären, welche Arzthelferinnen, Ärzte und Ärztinnen evtl. noch Interesse hätten, in diesem Gesundheitszentrum mitzuarbeiten.

Vom Bedarf her ist vor allem gedacht an: 1 Augenarzt, 1 Orthopäde, 1 HNO-Arzt, 1 Röntgenologe, 1 Psychiater (Neurologe), 1 weiterer Allgemeinmediziner, 1 Beschäftigungstherapeut(in), 2 - 4 Arzthelferinnen.

Interessenten bitte möglichst bald melden unter Telefon 06021/12534 oder schriftlich über Sozialistisches Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591.

Aktiv R 16/AKS D'dorf:

DER REFERENTENENTWURF - JUGENDHILFEGESETZ VON BÜROKRATEN

Vorbemerkung:

Der Leistungsteil des Entwurfs enthält keine entscheidenden Impulse für eine grundsätzliche Verbesserung der Sozialisations- und Emanzipationschancen der aufgrund ökonomischer Verhältnisse benachteiligten und deswegen in besonderem Maß auf Leistungen der Jugendhilfe angewiesenen Kinder und Jugendlichen.

Statt deren Probleme und Interessen offensiv aufzugreifen, reagiert die Jugendhilfe - nach dem Entwurf, der hierin die herrschende Praxis widerspiegelt - in der Regel erst, wenn sie "sozial auffällig" werden, also Probleme für die gesellschaftliche Ordnung entstehen. Die "Erziehungshilfen" und "Schutzmaßnahmen", die dann "geboten" sind, haben primär eingreifenden und reglementierenden und nicht positiv unterstützenden und fördernden Charakter. Aufs Ganze gesehen bedeuten sie für die Betroffenen zusätzliche gesellschaftliche Diskriminierung und Einschränkung ihrer Entfaltungschancen, was ihre disziplinierende Funktion noch besonders unterstreicht.

Symptomatisch für dieses jugendpolitische Konzept ist der weitere Ausbau der mit Eingriffen verbundenen jugendfürsorgerischen Maßnahmen ("besondere Erziehungshilfen") sowie die Ausweitung der behördlichen Kontrollmöglichkeiten über außerinstitutionelle Formen offener Jugendhilfe ("Schutz von Kindern und Jugendlichen") auf der einen - und die Festschreibung der Randstellung der außerschulischen Jugendbildung sowie der allgemeinen Jugendförderung überhaupt ("allgemeine Förderung junger Menschen") auf der anderen Seite.

Teil I: Gestaltungsgrundsätze der Jugendhilfe siehe Info Sozialarbeit Heft 7.

II. Teil: Leistungen der Jugendhilfe

1. ANGEBOTE DER "ALLGEMEINEN JUGENDFÖRDERUNG"

Die Randstellung der "allgemeinen Jugendförderung" kommt augenfällig im Fehlen qualifizierter Rechtsansprüche und Gewährleistungsverpflichtungen zum Ausdruck. Sie drückt sich auch darin aus, daß sie auf die außerschulische Jugendbildung eingeengt wird, und ihre Angebote sich fast ausschließlich auf die Freizeitsituation beziehen - unter Ausblendung der Wohn- und Arbeitsprobleme.

Diese inhaltliche Eingrenzung ist u.a. auch dafür verantwortlich, daß neue auf der Basis der Selbstorganisation der Betroffenen entwickelte Formen offener Jugendhilfe wie informelle Konfliktberatungsstellen oder selbstverwaltete Wohnkollektive nicht als Angebote der allgemeinen Jugendförderung erscheinen, sondern - entsprechend umfunktioniert - dem reglementierenden jugendfürsorgerischen Bereich eingegliedert wurden.
Im übrigen scheint sich die integrative Zielbestimmung der Jugendfürsorge zumindest teilweise auch auf die Angebote der allgemeinen Förderung übertragen zu haben. § 28 stellt als Ziele der außerschulischen Jugendbildung ausdrücklich die Anleitung zur "Achtung der Rechte anderer" und zur "Erfüllung der Pflichten gegenüber Staat und Gesellschaft" heraus. Auch der Wegfall der vorrangigen Förderung selbstorganisierter Initiativen (gegenüber dem Diskussionsentwurf) ist ein Indiz.

An konkreten Angeboten im Rahmen der allgemeinen Förderung bzw. der außerschulischen Jugendbildung nennt der Entwurf u.a. die "politische Bildung", die "Förderung des sozialen Engagements", die "Vorbereitung auf Ehe und Familie", die "Angebote für sozial Benachteiligte".

- "politische Bildung" (§ 30):
Die Problematik der politischen Bildungsangebote aufgrund ihrer Anbindung an die Interessenlage der in Staat und Gesellschaft Herrschenden wurde bereits erörtert.

- "Förderung des sozialen Engagements" (§ 34):
Eine Konsequenz des im Entwurf skizzierten Verständnisses politischer Bildung ist nicht zuletzt eine tendenzielle Entpolitisierung aller sonstigen Lern- und Handlungsfelder der außerschulischen Jugendbildung.
Das wird besonders deutlich an der inhaltlichen Bestimmung der Angebote zur "Förderung des sozialen Engagements". Bei ihnen geht es darum, "individuelle" (d.h. von ihrem gesamtgesellschaftlichen Bezug abgeschnittene) soziale Notlagen bewußt zu machen und Erfahrungen zu vermitteln, die das "Verantwortungsbewußtsein für das Gemeinwohl" stärken. Offenbar soll nicht ins Bewußtsein treten, daß beispielsweise die Obdachlosigkeit einer kinderreichen Arbeiterfamilie keine "individuelle" soziale Notlage darstellt, sondern Ausdruck bestehender Klassenverhältnisse ist, und die Lösung letztlich nicht in karitativen Hilfen zu sehen ist, sondern im politischen Kampf gegen eine "Ordnung", die laufend Obdachlosigkeit produziert. Eine solche Er-

kenntnis wäre wohl auch wenig geeignet, das "Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Gemeinwohl" (im Sinne des Entwurfs) zu stärken.

- "Vorbereitung auf Ehe und Familie" (§ 29):
Eine bestimmte Ideologiebildung wird offensichtlich auch mit den Angeboten zur "Vorbereitung auf Ehe und Familie" bezweckt. Sie dienen der ideologischen Vermittlung des familialen Ordnungsschemas (bzw. der entsprechenden "Orientierungshilfen, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen") in Form von Gruppengesprächen und Arbeitskreisen - und nicht, was wünschenswert wäre, der Sicherung der materiellen, insbesondere wohnungsmäßigen Voraussetzungen für junge Leute, die eine kollektive Existenz außerhalb ihrer angestammten Familie aufbauen wollen.

- "Angebote für sozial Benachteiligte" (§ 36):
Die "Angebote für sozial Benachteiligte" (früher hieß es noch: "Ausgleich sozialer Benachteiligung") geben einen schwachen Hinweis auf das, was die Jugendhilfe und speziell die "allgemeine Förderung" zu leisten hätte.
Wer aber unter diesem Titel zunächst gesicherte Rechtsansprüche für die Gruppe der sozioökonomisch Benachteiligten - etwa auf anonyme Konfliktberatung, konkrete Unterstützungsangebote bei der Organisierung von Wohnkollektiven - erwartet hatte, sieht sich getäuscht.
Es wird an die Träger der öffentlichen Jugendhilfe appelliert, "darauf hinzuwirken", daß für stigmatisierte jugendliche Randgruppen (wie z.B. "berufsunreife junge Menschen") erforderlichenfalls Sondereinrichtungen (wie z.B. Wohnheime) bereitgestellt werden. Mehr nicht. In der ursprünglichen Fassung des Referentenentwurf gab's - aus Anlaß schulischer oder beruflicher Qualifizierung noch einen Anspruch auf einen Wohnheimplatz. Er wurde gestrichen wegen der 500 Mill. DM, die das Wohnheimprogramm gekostet hätte!

2. "ERZIEHUNGSHILFEN"

Bei den "Erziehungshilfen" unterscheidet der Entwurf "allgemeine" und "besondere".

a) "ALLGEMEINE ERZIEHUNGSHILFEN"

Die "allgemeinen Erziehungshilfen" umfassen überwiegend Angebote für Kinder (Kindergarten: § 45; Kinderhort: § 46), die sinnvoller dem Bereich der "allgemeinen Förderung junger Menschen" zuzuordnen wären. Ihr allgemeiner Förderungs- und Bildungscharakter wäre dann besser herausgestellt und der Gefahr begegnet worden, sie ausschließlich als Einrichtungen "zur Unterstützung und Ergänzung der in der Familie begonnenen Erziehung" (§ 2;3) zu sehen.

Bei der Durchsicht der Angebote fällt auf, daß schulpflichtige Kinder nicht einmal dann einen Anspruch auf einen Platz in einem Kinderhort haben, "wenn infolge des Ausfalls der Eziehungsleistung der Eltern eine erhebliche Gefährdung oder Störung der Entwicklung des Kindes droht" (§ 46), und daß von den Eltern verlangt werden kann, "ihr Einkommen in voller Höhe (!) einzusetzen, wenn sie ihr Kind in einen Kinderhort geben (§ 140;1). Sollten die Autoren des Entwurfs von der beruflichen Emanzipation auch der Arbeiterfrauen und der zunehmenden Entwicklung proletarischer Schülerläden eine Auflockerung der repressiven Unterschichtensozialisation befürchten?

b) "BESONDERE ERZIEHUNGSHILFEN"

Dem grundsätzlichen Verzicht auf eine offensive Vertretung der Interessen der unterprivilegierten Kinder und Jugendlichen entspricht der verstärkte Ausbau der reglementierenden "besonderen Erziehungshilfen" für die Gruppe der "entwicklungsgefährdeten und -gestörten" Kinder und Jugendlichen. Ihr eingreifender Charakter wie vor allem auch ihre ausschließliche Zuordnung zu dieser Zielgruppe begünstigen die Stigmatisierung und soziale Isolierung derer, denen "geholfen" werden soll.

Die Zerstörung der sozialen Identität der proletarischen Kinder und Jugendlichen, die ja in erster Linie betroffen sind, wird nicht zuletzt auch über individualisierende und gruppendynamische Konzepte betrieben, die deren spezifische Sozialisationserfahrungen ausblenden und auch eine aktive Beteiligung ihrer Bezugsgruppen in Stadtteil, Schule und Betrieb am "Hilfe"-prozeß nicht vorsehen.

Die "besonderen Erziehungshilfen" unterstützen die Sozialisation der betroffenen Kinder und Jugendlichen auch nicht in der Weise, daß sie diese in ihren Konflikten mit Eltern, Lehrern, Lehrherrn entlasten und ihnen emanzipatorische Alternativen zu einer repressiven Familienerziehung eröffnen. Sie zielen vielmehr eindeutig darauf ab, die Institution "Familie" (als Agentur zur Vermittlung gesellschaftlicher Normen und Zuteilung sozialer Rollen) abzustützen. Die Frage, ob eine Familie im konkreten Fall aufgrund miserabler Wohnverhältnisse überhaupt in der Lage ist, angemessene Entfaltungschancen zu bieten, interessiert dabei nicht.

Ein wesentliches Strukturmerkmal der "besonderen Erziehungshilfen" ist, daß sie in einem relativ geschlossenen Systemzusammenhang stehen und einander im Sinn zunehmender Verschärfung zugeordnet sind. Wenn "Hilfen" mit geringem Sanktionscharakter "nicht ausreichen", sind stärker in die Rechte der Betroffenen eingreifende ("wirksamere"!) "geboten". Dadurch verlieren beispielsweise die "fachliche Beratung" (§ 52) und die "Wohngemeinschaft" ihr emanzipatorisches Potential.

Das Disziplinierungssystem der "besonderen Erziehungshilfen" kann allerdings nur funktionieren, wenn die Betroffenen kein eigenständiges Wahlrecht (z.B. hinsichtlich der Alternative Wohngemeinschaft oder Erziehungsheim) haben. In ihrer Stellungnahme zum 3. Jugendbericht hatte die Bundesregierung noch ein entsprechendes Wahlrecht der Betroffenen "zur Gewährleistung ihrer Entfaltungsfreiheit" in Aussicht gestellt. Das war sehr voreilig; im vorliegenden Entwurf ist davon nicht mehr die Rede.

Eine Möglichkeit, den Betroffenen die sie betreffenden Entscheidungen weitgehend abzunehmen und sie als Objekte administrativer Maßnahmen zu qualifizieren ("Die behandeln uns, aber wir können die nicht behandeln!"), bietet sich an in Form eines ausgeklüngelten sozialtechnokratischen Diagnose- und Zuweisungsverfahrens.

Auffällige Kinder und Jugendliche werden, um sie in den "Griff" zu bekommen, zunächst als Individuen identifiziert und nach § 51 einer "psychosozialen Diagnose" evt. auch einer besonderen "Begutachtung" unterworfen. Diese entscheidet über die Zuordnung des Betroffenen zur Gruppe der "Entwicklungsgefährdeten und -gestörten" und trifft Festlegungen hinsichtlich der "gebotenen Hilfen".

Besonders bezeichnend für die "pädagogische" Konzeption des Entwurfs ist, daß der Betroffene zwar bei der Aufstellung des Erziehungsplans beteiligt werden soll, daß aber seine Mitwirkungsbereitschaft nicht als eine Voraussetzung für die "Gewährung" "erzieherischer Hilfen" angesehen wird. "Ist ein Jugendlicher nicht gewillt oder nicht in der Lage, das Angebot einer nach den §§ 57 bis 63 angezeigten und nach dem Gesamtplan gemäß § 51 erforderlichen Erziehungshilfe anzunehmen und an ihrer Ausführung mitzuwirken", kann dem mit einer vormundschaftsgerichtlichen Anordnung abgeholfen werden (§ 65;1). Der Entwurf geht dabei von der Überlegung aus, daß die Kinder und Jugendlichen einen "Rechtsanspruch" auf "Leistungen" wie Erziehungskurs und Heimerziehung haben und die öffentliche Jugendhilfe die Einlösung dieses "Rechtsanspruchs" zu gewährleisten hat.

ba) Flankierende "Hilfen"

Die flankierenden, die Erziehung in der eigenen Familie unterstützenden "Hilfen" sollen die "Erziehungsarbeit" der Eltern effektivieren und bedeuten eine verstärkte administrative Kontrolle der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Sie sind also nicht zu verstehen als informelle, den Betroffenen entlastende Angebote.

- "Fachliche Beratung und Behandlung" (§ 52):
"Fachliche Beratung" (bezeichnenderweise in einem genannt mit "therapeutischer Behandlung") setzt an bei "Verhaltensauffälligkeiten, Entwicklungsstörungen oder Erziehungsschwierigkeiten" junger Menschen, bezieht sich im Grund also auf Probleme der Eltern und sonstiger Erziehungsinstanzen. Sie wendet sich zwar unmittelbar auch an Kinder und Jugendliche, ohne aber für diese solidarische Beratungs- und Unterstützungsangebote zu entwickeln.

- "Offene und halboffene Hilfen" (§ 53):
Auf der gleichen Linie liegen die "offenen und halboffenen Hilfen", unter denen im wesentlichen sozialpädagogische oder therapeutische Einzel-, Gruppen- und Familienarbeit zu verstehen sind. Sie dienen der "Verhütung oder Beseitigung von Entwicklungsstörungen" und haben grundsätzlich reglementierenden Charakter. "Sozialpädagogische Gruppenarbeit" hat also nichts zu tun mit einem Anregen und Unterstützen selbstorganisierter und stadtteilbezogener Jugendinitiativen, die den Betroffenen echte Identifikations- und soziale Lernmöglichkeiten bieten.

- "Erziehungsbeistand" (§ 54):
Die Regelungen zum "Erziehungsbeistand" ("grundsätzlich eine hauptamtliche Fachkraft", kein Vorschlagsrecht des Betroffenen) blockieren weitgehend die Möglichkeit, Vertrauensleute oder Bezugsgruppen des Jugendlichen in seinem konkreten Lebens- und Arbeitsbereich mit dieser Aufgabe zu betrauen. Im übrigen ist die Verpflichtung des

"Erziehungsbeistands", "jeden Umstand mitzuteilen, der Anlaß geben könnte, weitere Erziehungshilfen (z.B. Heimerziehung!) zu leisten", geeignet, die Basis für ein solidarisches Verhältnis zum Betroffenen zu zerstören.

bb) "Erziehungshilfen außerhalb der eigenen Familie"

Wenn die flankierenden Maßnahmen zur Stützung der 'Erziehungskraft' der eigenen Familie nicht mehr "helfen", kommt die klassische Fürsorgeerziehung ("Erziehungshilfen außerhalb der eigenen Familie") zum Zug. Ihre Aufgabe besteht darin, die auffälligen Kinder und Jugendlichen soweit zu "festigen", daß sie wieder ins Elternhaus eingegliedert werden können (§ 63). Zu diesem Zweck werden auch die familiären Bindungen (nicht etwa die zu sonstigen Bezugsgruppen!) besonders gepflegt (§ 56;2,3). Um die "Wirksamkeit" dieser "Hilfen" zu gewährleisten, werden wesentliche Grundrechtspositionen des Betroffenen relativiert, beispielsweise die Wahrung des Briefgeheimnisses (§ 66):

Nach § 66 können Schreiben angehalten werden, wenn sonst "die Erziehung außerhalb der eigenen Familie erheblich gefährdet würde". "Ausgehenden Schreiben, die unrichtige Angaben enthalten, kann ein Begleitschreiben beigefügt werden, wenn das Kind oder der Jugendliche auf der Absendung besteht". Zur Vermeidung gerichtlicher Komplikationen wird festgestellt, daß diesbezügliche Entscheidungen "den Trägern der Jugendhilfe zugerechnet werden", konkret also den Jugendbehörden bzw. den sogenannten freien Trägern (Caritas, Innere Mission u.a.).
Damit Rechtsprofessoren wie Prof. Denninger ("Grundrechte und Heimerziehung") gegen diese wie entsprechende andere Regelungen nicht mäkeln können, erklärt Artikel 4 § 7 (Einschränkung von Grundrechten) ohne Umschweife: "Die Grundrechte der Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 des GG), des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Art. 10 Abs. 1 des GG), der Freizügigkeit (Art. 11 Abs. 1 des GG) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 Abs. 1 des GG) werden nach Maßgabe dieses Gesetzes (!) eingeschränkt".

Unter den "Erziehungshilfen außerhalb der eigenen Familie" werden aufgeführt: "Erziehungskurs", "Heim", "Wohngemeinschaft" (daneben auch "Pflegefamilie", "besonders qualifizierte Familie", "Kinder- und Wohnheim")

- "Erziehungskurs" (§ 59):
Für den "Erziehungskurs", der neu in die Jugendhilfe eingeführt wird, hat der Jugendarrest Modell gestanden. Er steht zur Heimerziehung etwa im gleichen Verhältnis wie dieser zur Jugendstrafe.
Das wird u.a. in § 59 (1) verdeutlicht: "Kinder und Jugendliche, bei denen eine schwere Fehlentwicklung noch nicht vorliegt, die aber einer kurzzeitigen erzieherischen Einwirkung bedürfen, haben Anspruch auf Teilnahme an einem Erziehungskurs. Der Anspruch besteht nur, wenn die Voraussetzungen einer Erziehungshilfe nach § 62 (also der Heimerziehung!) nicht gegeben sind".

Der "Erziehungskurs", den wohl kaum ein Kind oder Jugendlicher freiwillig in "Anspruch" nehmen dürfte, dauert mindestens (!) 3 Wochen,

maximal 6 Monate, findet in einer "besonderen Einrichtung" statt und soll in Form von "Übungs- und Erfahrungskursen" "eingehende Hilfen zur Konfliktverarbeitung bieten". Es ist schwer vorstellbar, wie in einer vom Lebensraum des Betroffenen isolierten Einrichtung und noch dazu in einer repressiven Atmosphäre dessen Konflikte adäquat - d.h. unter Verzicht auf psychische Manipulationen - aufgearbeitet werden können.
Es ist vielmehr zu erwarten, daß der "Erziehungskurs" noch zusätzlich die Probleme des Betroffenen verschärft. Hier ist vor allem an die Probleme des Jugendlichen in Schule und Betrieb zu denken. Der "Zweck des Erziehungskurses" geht nämlich dem Interesse des Jugendlichen an einer gesicherten Ausbildung und Arbeit vor ("Erziehungskurse können (!) unter Aufrechterhaltung des bestehenden Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses durchgeführt werden, wenn (!) dies mit Zweck des Erziehungskurses vereinbar ist").

- "Erziehungshilfe in einem (heilpäd. oder päd.-therapeut.) Heim" (§ 62):

Ohne das Problem der Deklassierung von Kindern und Jugendlichen durch die konventionelle Heimerziehung anzusprechen und die Weichen für eine emanzipatorische Neuorientierung der Heimerziehung zu stellen, sprechen die Autoren des Entwurfs von "Entwicklungsgefährdungen und -störungen, die nur (!) mit Mitteln der (..) Heimerziehung behoben werden können". Die Möglichkeit bzw. hohe Wahrscheinlichkeit einer zusätzlichen Schädigung durch das soziale Ghetto Erziehungsheim steht der "Gewährung" bzw. Anordnung dieser "Erziehungshilfe" nicht entgegen.

- "Erziehungshilfe in einer Wohngemeinschaft" (§ 61):
Die "Wohngemeinschaft wird im Entwurf nicht als eine selbstorganisierte kollektive Lebensform konzipiert, sondern als offenere Variante der Heimerziehung. Sie unterliegt grundsätzlich den gleichen Bedingungen wie das Erziehungsheim. Es bestimmen nicht die Mitglieder der "Wohngemeinschaft", "wer rein kommt (Jugendliche können sogar gegen ihren Willen eingewiesen werden!) und wer raus muß", und wie "Beratung und Betreuung" geregelt werden. Entsprechend einer Kommentierung des vorausgehenden Diskussionentwurfs ist die "Wohngemeinschaft" in erster Linie für Jugendliche vorgesehen, die durch Heimerziehung bereits etwas "gefestigt" (d.h. diszipliniert!) worden sind. Jedes Mitglied der "Wohngemeinschaft" steht im übrigen unter dem permanenten Druck, die "Anforderungen eines Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisses zu erfüllen", und muß - falls das nicht gelingt - mit einer Rückverlegung ins Erziehungsheim rechnen. Der Spielraum für kollektive Lernprozesse und die Entwicklung produktiver Perspektiven und Motivationen ist infolge dieser Pressionen äußerst begrenzt.

3. MASSNAHMEN ZUM "SCHUTZ VOR GEFÄHRDUNG"

In den Maßnahmen zum "Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefährdung" drückt sich in sehr deutlicher Weise die Tendenz des Entwurfs aus, einer Verselbständigung junger Menschen gegenüber Elternhaus und Jugendbürokratie entgegenzuwirken.

- Kontrolle außerfamiliärer Gemeinschaften:
Der Kontrolle informeller Formen kollektiven Wohnens, wie sie sich zunehmend als Alternative zur "Familie" und den Jugendhilfeinstitutionen entwickeln, dienen vor allem die "Anzeigepflicht" sowie die Bestimmungen über "Einzel- und Betriebserlaubnis".
Die "Anzeigepflicht" des § 99 (unverzügliches Anzeigen der Aufnahme von Kindern und Jugendlichen auch wenn diese im Einverständnis mit den Eltern erfolgt) will nach den Ausführungen des Diskussionsentwurfs "das 'Untertauchen' junger Menschen ebenso verhindern wie das unkontrollierte Entstehen neuer außerfamiliärer Gemeinschaften" (DE S. 155).

Die Regelungen über die "Einzelerlaubnis" nach den §§ 97 u. 100 (sie ist erforderlich bei der Aufnahme eines Kindes oder Jugendlichen über einen Zeitraum von mehr als 8 Wochen) und die Bestimmungen zur "Betriebserlaubnis" nach den §§ 102 ff (sie ist bei der Aufnahme von mehr als 5 Kindern oder Jugendlichen vorgeschrieben) ermöglichen es der Jugendverwaltung, vor allem selbstorganisierte Wohnkollektive institutionell in den Griff zu bekommen und über besondere Auflagen zu reglementieren.
Die Kriterien der "erforderlichen Zuverlässigkeit" (§ 97), des "für Leitungs- u. Erziehungsarbeit entsprechend vorgebildeten Fachpersonals" und der "räumlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen" (§ 102) bieten den Jugendbehörden sogar eine Handhabe, sie administrativ zu zerschlagen.

- Reaktion auf das Entweichen von Kindern und Jugendlichen:
Besonders kennzeichnend für die Art und Weise, wie die Autoren des Entwurfs auf Probleme von Kindern und Jugendlichen eingehen, sind ihre "Angebote" für junge Menschen, die aufgrund oft unerträglicher Spannungen aus dem Elternhaus oder Erziehungsheimen entwichen sind. Statt sich an bereits praktizierten Modellen informeller Kontaktzentren für diese Zielgruppe zu orientieren und diese gesetzlich abzusichern, werden ausschließlich die ordnungsrechtlichen Bestimmungen zwecks schnelleren Aufgreifens der Trebegänger verschärft.

In diesem Zusammenhang ist nicht nur an § 110 ("Inobhutnahme bei Entfernung") i.V. mit § 133 (Entscheidung ohne Anhörung und sofortige Vollziehung der Entscheidung) zu denken, sondern auch an die Strafbestimmungen für Bürger, die sich für jugendliche Trebegänger engagieren ohne sie gleich der Polizei oder den Jugendbehörden auszuliefern. Hier wäre § 147;1 (Verletzung der "Anzeigepflicht") und § 145 ("Behinderung der Hilfe") zu nennen.
Besondere Bedeutung für die "Lösung" der Trebeproblematik kommt dem § 110 und der in ihm geregelten administrativen "Inobhutnahme" zu. Hier wird kein Spielraum gelassen, um in Abstimmung mit dem Betroffenen Lösungsperspektiven zu entwickeln und real abzusichern. Dafür braucht man eine angemessene Karrenzzeit. Nach dem Entwurf steht aber jeder Schritt (Rückführung bzw. Unterbringung in einer "geeigneten Einrichtung" bei gleichzeitiger Benachrichtigung der Personensorgeberechtigten, "Gewährung" bzw. gerichtliche Anordnung der "geeigneten Hilfe") unter dem Imperativ des "Unverzüglichen". Für das ganze Verfahren sind maximal 48 Stunden kalkuliert.
Darüber hinaus legt der § 110 natürlich auch ein Handlungsschema fest, das mehr oder weniger polizeilichen Charakter hat. Bezeichnen-

derweise erhalten die Beamten und Angestellten des Jugendamts die Befugnis, Wohnungen nach entwichenen Jugendlichen zu durchsuchen und diese festzuhalten.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Analyse des Entwurfs hat deutlich gemacht, daß er sich nicht primär an den Interessen der gesellschaftlich unterprivilegierten Kinder und Jugendlichen orientiert, sondern darauf abzielt, die etablierten gesellschaftlichen Interessenspositionen abzusichern. Statt die Emanzipationschancen der betroffenen Kinder und Jugendlichen grundsätzlich zu verbessern, entwickelt er ein ausgeklüngeltes System sozialtechnokratischer Kontrollen und Zugriffsmöglichkeiten, um die Betroffenen noch stärker als bisher in den "Griff" bekommen und disziplinieren zu können.
Zur Absicherung dieses Konzepts intendiert er ganz offenkundig die Zerschlagung emanzipatorischer Praxisansätze in der Jugendhilfe. Dabei greift er bereitwillig die Strategien und Instrumentarien auf, die von reaktionären Jugendverwaltungen in der Auseinandersetzung mit engagierten Sozialarbeitern und Basisinitiativen bereits "erprobt" wurden. Das geplante Jugendhilfegesetz ist ein Knebelgesetz, das es entschieden zu bekämpfen gilt.

INFORMATIONSDIENSTE DES SOZIALISTISCHEN BÜROS
- Materialien der Arbeitsfelder -

Sozialistische Lehrer, Sozialarbeiter, Bildungsarbeiter, Ärzte usw. arbeiten heute vereinzelt oder in kleinen Gruppen noch ohne ausreichenden Kontakt untereinander. Sie werden oft konfrontiert mit Problemen und Konflikten, mit denen andere Gruppen schon ihre Erfahrungen gesammelt haben. Die Infos der Arbeitsfelder im Sozialistischen Büro dienen der fortlaufenden Information und Kooperation zwischen Gruppen und einzelnen, die mit sozialistischem Anspruch Berufspraxis leisten. Bisher gibt es folgende Info-Reihen:
INFORMATIONSDIENST DES SOZIALISTISCHEN LEHRERBUNDES
INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT
INFORMATIONSDIENST ARBEITERBILDUNG
INFORMATIONSDIENST GESUNDHEITSWESEN
Ein INFO FÜR WISSENSCHAFTSARBEITER ist in Vorbereitung.

Die Informationsdienste können als Einzelhefte oder im Jahresabonnement bezogen werden. Informationsblätter über die Abo-Bedingungen kostenlos; Probehefte der Infos können nur gegen Bezahlung abgegeben werden.
Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28

Redaktionskollektiv:

BERICHT ZUM JUGENDPOLITISCHEN FORUM

Sechs Wochen nach dem Jugendpolitischen Forum in Frankfurt liegen die ersten Stellungnahmen und Arbeitsergebnisse vor.
Abgesehen von einigen wenigen Tageszeitschriften und Rundfunkanstalten (F.R., Berliner Tagesspiegel, HR, WDR u. SFB) wird das Jugendpolitische Forum in der bürgerlichen Presse totgeschwiegen. Wie die jugendpolitische Fachöffentlichkeit reagieren wird, bleibt abzuwarten. Die Stellungnahmen der beteiligten Kollegen, der Jugendlichen und der politischen Gruppen reichen von vorbehaltloser Zustimmung und Zufriedenheit über den Verlauf und die Ergebnisse des Forums, über eine Kritik der fehlenden organisatorischen und politischen Perspektive bis hin zur Ablehnung als "eine auf der Grundlage des Reformismus" zustandegekommene Veranstaltung (Bericht des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV) in Rote Fahne Nr. 51.)

Handelt es sich bei den Berichten anderer linker Gruppen (GIM, SJD, Die Falken-Hannover, KBW) um eine solidarische Kritik, die nicht die Ergebnisse des Forums selbst unterschlägt, so gefällt sich der KJV,in der gewohnten Art und Weise mit Unterstellungen, Verfälschungen und Verdrehungen zu arbeiten: So wird weiterhin behauptet, "kommunistische junge Arbeiter sollten von vorneherein vom Forum ferngehalten werden", die Initiatoren wollten die Teilnehmer durch die zwei Eröffnungsveranstaltungen spalten, wobei im gleichen Atemzug die gemeinsame Abschlußveranstaltung kritisiert wird, da "im Freien .... die Bedingungen für eine Diskussion ungünstig" seien.
Da der KJV ja die "kämpfende Jugend" anführt, muß er die Teilnehmerzahl natürlich herunterspielen - "1500 Sozialarbeiter und Studenten". Legitimiert wird dann sein eigenes Auftreten mit der Parole "KJV erfolgreich gegen den Reformismus" - kein Wort zu den Aussagen der Jugendlichen, kein Wort zu den verabschiedeten Resolutionen und den KJV-Resolutionen, die abgelehnt worden sind.
Liest man allerdings die "Liberale Berliner Zeitung", so könnte man fast annehmen, der KJV hat recht: "Sie (die Jugend) erwartet von der Bundesregierung ein entschiedenes Eintreten für Reformen. Nur in einer solchen positiven Alternative zum konservativen Lager kann die sozialliberale Koalition wieder Stimmen für sich gewinnen."

Solche Interpretation der Ergebnisse des Jugendpolitischen Forums entsprechen allerdings nicht den Tatsachen.
Wer die AG-Ergebnisse und Resolutionen deutlich ließt, wird feststellen, daß die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer klare Aussagen getroffen hat:
- der staatlichen Jugendpolitik wurde eine Absage erteilt;
- die Politik des Reformismus als gescheitert erklärt (was nicht heißt, daß Sozialisten nicht auch für Reformen, die die Lage der Arbeiterjugendlichen verbessern, kämpfen).

Im folgenden wollen wir - ohne der Dokumentation vorzugreifen - eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse auf der Grundlage der eigenen Eindrücke und der vorliegenden Protokolle vornehmen.
Das Jugendpolitische Forum ist organisiert worden auf die Absage des 5. DJHT. Mit dieser Absage, die von der AGJ mit einer Diffamierungskampagne gegenüber der Sozialistischen Aktion (im wesentlichen repräsentiert durch Gruppen, die in einem mehr oder weniger festen organisatorischen Zusammenhang des Info Sozialarbeit im SB und der Redaktion Erziehung & Klassenkampf stehen) eingeleitet wurde, hatte die AGJ, als eine vom Bundeshaushalt abhängige Institution, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel institutioneller Gewalt angewendet, um die 'Fachbasis' mundtot zu machen. Dieser Gewalt sollte die breite Solidarität der Betroffenen entgegengesetzt werden.
Gemeinsam mit dem Bund Demokratischer Jugend und den Jungdemokraten forderte die Sozialistische Aktion alle Basisgruppen, Jugendverbände, Sozialarbeiter, Wissenschaftler zur Teilnahme an der konstituierenden Tagung 'Jugendpolitisches Forum' auf.
Es kam uns darauf an, mit allen Gruppen und Individuen, die sich mit Jugendarbeit beschäftigen bzw. von ihr betroffen sind, einen Erfahrungsaustausch zu organisieren, der ausging sowohl von der Situation und den Problemen der Arbeiterjugendlichen wie auch den Problemen der Berufspraxis der im Sozialbereich Tätigen. Das Forum sollte mit dazu beitragen, die Isolierung in der Jugendarbeit zu überwinden, Kommunikationszusammenhänge zu verbessern, konkrete Formen der Kooperation zu diskutieren und gemeinsame Handlungsperspektiven zu entwickeln. Dabei war es erklärtes Ziel aller später in der Initiative zusammenarbeitenden Gruppen (DJD, BDJ/BDP, NFJH, Sozialistische Aktion),eine politische Offenheit zu gewährleisten, die die Artikulation der verschiedenen Gruppen und Verbände auf dem Forum möglich machte.
Unterstützt haben die Initiative u.a. folgende Gruppen: verschiedene Fachhochschulen und Universitäten, Jungsozialisten UBA Ffm., Landesjugendring Hessen und Bremen, Sozialistisches Büro Offenbach, SJD Die Falken-Hannover-, Stadtjugendring Darmstadt) und über 80 namhafte Wissenschaftler.

Im Laufe der Vorbereitungen wurde aber auch deutlich, daß das angestrebte breite 'linke Bündnis' Lücken aufweisen würde. Die Bundesvorstände der Jugendverbände insbesondere die Gewerkschaftsjugend, SJD Die Falken, Naturfreundejugend, Jungsozialisten zeigten kein Interesse bzw. lehnten diese Initiative ab. KSV/KJV sowie der Ring Bündischer Jugend, die sich auf dem Kasseler Treffen vom 6.-8.9.74 nicht durchsetzen konnten, distanzierten sich mit dem Argument, daß dieses Bündnis "Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber Kommunisten praktiziere".
Aber weder das Totschweigen bzw. die Ablehnung dieser Initiative, noch der Versuch der SDAJ, die Initiative in eine 'links-sektiererische' Ecke zu drängen, konnte die Mitglieder dieser Organisationen und darüber hinaus Jugendliche aus Jugendzentrums-Initiativen, partei- und gruppenunabhängige Sozialarbeiter und Lehrer etc. daran hindern, an dem Forum teilzunehmen.
Die Teilnahme von über 2000 Sozialarbeitern, Lehrern etc. und ca. 500 Jugendlichen über traditionelle Bündnisgrenzen hinweg und der Ablauf des Forums entlarven den Versuch der SDAJ, wie sie die Vorwürfe des KSV/KJV widerlegen. Auf dem Forum wurde kein 'Antikommunismus' betrieben, sondern solchen politischen Einschätzungen und Vorstellungen eine Absage erteilt, wo sie nicht mehr mit den Erfahrungen der teilnehmenden Sozialarbeiter und Jugendlichen vermittelt wurden.

Andererseits sollte dieses Bündnis insbesondere die Jugendverbände zu einer Teilnahme ermutigen, die auf der AGJ-Mitgliederversammlung gegen die Absage des Jugendhilfetages gestimmt haben und damit für ein offenes Forum eingetreten waren (an sie richtet sich auch die Resolution gegen den AGJ-Delegiertentag).
Trotz der Teilnahme von Mitgliedern aus diesen Verbänden dürfen wir uns nicht darüber hinwegtäuschen: dieses Ziel ist nur in Ansätzen erreicht worden.

Daß wir dieses Forum aus eigener Kraft organisieren konnten - an Spenden und Beiträgen sind fast DM 30.000.- aufgebracht worden - und solidarische Diskussionen insbesondere in den Arbeitsgruppen möglich waren, ist für viele Teilnehmer eine Erfahrung gewesen, die in der derzeitigen gesellschaftlichen und politischen Situation nicht zu unterschätzen ist. Beinhaltet sie doch auch die Aufforderung und Ermutigung,mit der begonnenen Arbeit am Ort weiterzumachen.

Natürlich liefen die Vorbereitungen zum Forum und das Forum selbst nicht ohne Probleme ab, viele Fragen in den Arbeitsgruppen sind offen geblieben und in den Abschlußresolutionen und -erklärungen fehlten die konkreten Handlungsperspektiven.
Die unterschiedlichen zum Teil weitabweichenden politischen Positionen der in der Initiativ-Trägerschaft repräsentierten Gruppen machten lange Diskussionen über die Gestaltung des Forums notwendig.
Kennzeichnend war, daß die politischen Kontroversen nicht zugedeckt, sondern ausgetragen wurden. Die wichtigsten Kontroversen bezogen sich auf die Einschätzung der Rolle des Staates, der Politik der Bundesregierung und die Frage, ob durch Einwirkung auf parlamentarische Gremien - wie sie der Politik der Jungdemokraten entspricht - Interessen der Arbeiterjugend im geplanten neuen Jugendhilfegesetz Berücksichtigung finden können.
Die Intensität der Diskussion fand nicht zuletzt darin ihren Niederschlag, daß das bereits gedruckte Eröffnungsreferat am Eröffnungstag noch wesentlich korrigiert wurde.

Im Hinblick auf die beabsichtigte Offenheit des JupoFo halten wir das in der Koordinierungsgruppe repräsentierte Bündnis von Jungdemokraten, Bund Deutscher Pfadfinder im BDJ, Sozialistische Aktion und der Naturfreundejugend Hessen auch nachträglich für richtig.
Es besteht für uns jedoch nach Abschluß der auswertenden Dokumentation kein Anlaß, dieses Bündnis fortzusetzen. Jeweils am Ort und unter Berücksichtigung der politischen Situation und der Zielsetzung wird sich erweisen, ob solche Bündnisse auch weiterhin eingegangen werden und tragfähig sind.
Die am Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro mitarbeitenden Gruppen werden sich jedoch, was die kommenden politischen Aufgaben anbelangt, um eine weitere punktuelle Zusammenarbeit insbesondere mit dem BDP/BDJ (z.B. Jugendzentrumsarbeit) und der Zeitschrift Erziehung & Klassenkampf bemühen.

Ein politisch brisanteres Problem stellte auf dem Forum das Verhältnis Sozialarbeiter - Jugendliche dar.
Bereits in den örtlichen Vorbereitungen wurde deutlich, daß entgegen unserer Absicht die Struktur des Jugendpolitischen Forums den Arbeiterjugendlichen wenig Möglichkeiten bieten wird, ihre Erfahrungen und Interessen unmittelbar einzubringen.
Das Jugendpolitische Forum, aus der Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag entstanden, war überwiegend von den Problemen der Sozialarbeiter bestimmt. Es gelang nicht, über einzelne Absprachen mit Jugendzentren und Lehrlingsgruppen hinaus relevante politische Gruppen der Arbeiterjugend an den Vorbereitungen und der Durchführung des Forums zu beteiligen.

Die Tatsache jedoch, daß rund 500 Jugendliche am Jugendpolitischen Forum teilgenommen und auch in den Arbeitsgruppen und Plenen mitdiskutiert haben, zeigt die Bereitschaft der Jugendlichen, ein Bündnis mit sozialistischen Sozialarbeitern einzugehen.
In ihren Erfahrungsberichten aus Jugendzentren, Wohnkollektiven und Heimen wurde (unabhängig von den politischen Intentionen der engagierten Sozialarbeiter) ein verbleibender Interessengegensatz sichtbar. Dieser Widerspruch rührt aus der repressiven Funktion der Institutionen an die auch sozialistische und kommunistische hauptamtliche Sozialarbeiter angebunden sind.
Dieses Problem haben auch die Vertreter der Jugendzentren und -kollektive erkannt. Sie forderten deshalb die Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern unter ihrer Kontrolle und betonten gleichzeitig, daß ihre Zentren und Kollektive nicht dazu da seien, die Probleme der Sozialarbeiter zu lösen. Aus dem gleichen Grund mißlangen auch die Versuche des KSV/KJV und der KPD/ML, einen Keil zwischen Arbeiterjugendliche und sozialistische Sozialarbeiter zu treiben, um sich selbst als Führungskraft zu etablieren.

Trotz dieser prinzipiellen Schwierigkeit war der Anspruch des Jugendpolitischen Forums, Arbeiterjugendliche zu beteiligen, richtig.
Dieser Anspruch ist politisch darin begründet, daß wir den Kampf gegen den repressiven Charakter der Jugendhilfeinstitutionen nicht ohne Orientierung an der fortschrittlichen Bewegung und den objektiven und subjektiven Interessen der Arbeiterjugend bestimmen können.

- Ergebnisse aus den Arbeitsschwerpunkten -

Um eine erste Übersicht der Arbeitsgruppenergebnisse vorzulegen, haben wir die bisher eingegangenen Protokolle zusammengefaßt.
Diese Zusammenfassung ist allerdings keine geschlossene inhaltliche Wiedergabe der Arbeitsgruppendiskussionen, sondern stellt einige Problemkreise heraus, die insbesondere die Rolle und Funktion von Sozialarbeit berührt. An dieser Stelle möchten wir alle Teilnehmer des Jugendpolitischen Forums bitten, uns ihre Notizen, Protokolle aus den Arbeitsgruppen zuzuschicken, damit wir diese für die Dokumentation verwerten können.

1. Arbeitsschwerpunkt "Arbeitssituation und Jugendarbeitslosigkeit"

Alle Arbeitsgruppen wurden durchgeführt, bei einer Teilnehmerzahl von 30 bis 70 Leuten. Die stärkste Resonanz fand die Arbeitsgruppe 6 "Freizeitheim-Jugendzentrum". Hier waren auch die meisten Jugendlichen vertreten. (Je 1/3 Jugendliche, Studenten und Sozialarbeiter).
Zur Auswertung liegen uns fünf Protokolle vor, in denen folgende Problemkreise andiskutiert wurden:
- Verschiebung der Arbeitsschwerpunkte im Freizeitbereich in Krisensituationen:von der Alternative zu kommerziellen Angeboten (Kneipen, Diskothek)zur Bewältigung der Probleme der von Jugendarbeitslosigkeit Betroffenen und zu mehr Verbindung und Zusammenarbeit mit Betriebsgruppen und Gewerkschaft ;
- strukturelle Unterschiede der Arbeitslosigkeit; Verhältnis zwischen Ballungszentren und Randgebieten;
- Alkoholismus und Aggression - (die Saufereien nehmen zu und als Folge davon die Schlägereien -auch unter den besten Kumpels- und z.T. auch die Zerstörungen der Freizeiteinrichtungen);
- Spaltung der Gruppen, Förderung der Konkurrenz untereinander, Isolation von Teilgruppen (bestehende Gruppen lösen sich zum Teil auf, es bilden sich neue, nämlich mit Arbeitslosen untereinander. Teilgruppen - besonders Ausländer - werden isoliert, sie werden als Alleinschuldige an der eigenen Situation gesehen);
- abnehmende Solidaritätsbereitschaft (Je länger jemand arbeitslos ist und sich damit verbunden Resignation über die Perspektivlosigkeit breitmacht, desto schwieriger entwickeln sich Formen der Organisierung. Sie versuchen dann, individuell auch auf Kosten anderer, ihre materielle Situation zu verbessern).
- Verstärkte Anziehungskraft von Bundeswehr, Polizei und BGS
- Entwicklung von Handlungsschritten für Sozialarbeiter
- verschärfte Disziplinierung und Anpassung am Arbeitsplatz (durch die verbreitete Angst, auch noch den Arbeitsplatz zu verlieren, wird auf Rechte verzichtet, wie z.B. Bildungsurlaub).

Mögliche Handlungsschritte:
- Bildung von regionalen Gruppen zur Überwindung der Isolation und Spaltung, wobei die Verbindung zu den Betrieben und Gewerkschaften hergestellt werden muß;
- Organisierung von Gewerkschaftsausschüssen;
- Untersuchung der Misere im regionalen Bereich; Feststellung der Ursachen an nachvollziehbaren Beispielen;
- Einüben von gemeinsamen solidarischem Handeln (z.B.: die nötigen Behördengänge gemeinsam erledigen, um den Frust zu mildern und um den Arbeitsämtern die Möglichkeit zu nehmen, dem einzelnen die Schuld in die Schuhe zu schieben oder z.B. SSK:in Köln wurden vom SSK Arbeitskollektive aufgebaut, in denen Arbeitslose Sperrmüll sammeln und in verschiedenen Gruppen überholen z.B. Möbel, Elektro und verkaufen);
- Öffentlichkeitsarbeit (Veranstaltungen, Feste, Flugblätter, Info-Stand, Straßentheater, Film usw.)

Unterstützungsmöglichkeiten von Sozialarbeitern
- Beschaffung von Räumen für Initiativgruppen;
- Wohnungsbeschaffung;
- Arbeitsbeschaffung;

- Wohngeld, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe u.a.;
- Behördengänge;
- Ausfüllen von Formularen und anderen Schreibarbeiten;
- Informationen weitergeben;
- Kontakte zu anderen Gruppen herstellen;
- Sozialarbeiterkollegen zur Mitarbeit auffordern.

Folgende Resolutionen wurden aus diesem Arbeitsschwerpunkt entwickelt und auf der Abschlußveranstaltung verabschiedet:

- RESOLUTION ARBEITSLOSIGKEIT UND SCHULE -
  (mehrheitlich angenommen, bei vielen Enthaltungen)

Angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit zeigt sich in noch größerer Deutlichkeit als bisher der Klassencharakter des westdeutschen Bildungssystems.
Schulabgänger sehen sich heute den folgenden Verhältnissen ausgesetzt:
1. der Entwertung von Schulabschlüssen durch die wachsende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt;
2. der Dequalifikation, d.h. dem Ansteigen von Hilfsarbeiten und angelernten Tätigkeiten;
3. der Trennung von wenigen hochqualifizierten Arbeitern von der Masse der Minderqualifizierten durch die Stufenausbildung;
4. dem rapiden Absinken des Angebots an Lehrstellen;
5. der Blockierung der Ausbildungsmöglichkeiten von breiten Teilen der Hauptschüler durch verschärfte Auslese in den weiterführenden Schulen und Numerus Clausus an den Hochschulen;
6. der Verschärfung der Konkurrenz auf dem Arbeits- und Lehrstellenmarkt durch nicht zum Studium zugelassene und vorzeitig aus der Schule gedrückte Oberschüler;
7. der Verschärfung von Disziplinierung und politischer Reglementierung am Arbeitsplatz.

Diese Verhältnisse sind bedingt durch die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, folglich der kapitalistischen Form des Arbeitsmarktes: Qualifikationen werden nur den unmittelbaren, kurzfristigen Verwertungsinteressen des Kapitals entsprechend abverlangt und bei Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals wird die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschärft. In dieser Gesellschaft kann es daher niemals wirkliche soziale Sicherheit für die Arbeiterklasse geben.

Die gleiche krisenhafte Entwicklung des Kapitals wirkt sich nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch innerhalb der Schule aus:
1. In der Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen in den Hauptschulen;
2. in der Verschärfung der Selektion und dem Ansteigen der Überweisungen als in Förderkurse getarnte Abschiebekurse, auf Sonderschulen und ähnliches;
3. der Verschärfung der Disziplinierung und politischen Reglementierung auch in der Schule.

Diese Entwicklung zeigt: Für die Arbeiterjugend wird die Ausbildung im Kapitalismus stets zur Sackgasse.

Die vorherrschende Politik der Reformisten besteht darin, den Arbeiterjugendlichen und den Arbeitereltern zu versprechen, daß die Ausbildung eine gesicherte berufliche Zukunft gewährleisten könne. Diese Politik hat zu Illusionen über die Planbarkeit und Veränderbarkeit von Ausbildung und Arbeitsmarkt im Kapitalismus geführt. Diese Politik ist nicht nur gescheitert, sondern sie hat gerade die anwachsende Jugendarbeitslosigkeit mit verursacht.

Die Politik des Reformismus ist gescheitert - jetzt heißt es:
- diejenigen zusammenzufassen, die sich mit Reformversprechen nicht mehr zufrieden geben wollen;
- die Kämpfe um Schulprogramme und Ausbildungsbedingungen, Lehrstellen und Arbeitsplätze im Interesse der Arbeiterjugend zu organisieren;
- den Kampf um die Verbesserung der Lern- und Arbeitsbedingungen als Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus zu führen.

- RESOLUTION DES JUGENDPOLITISCHEN FORUMS -
  (mit großer Mehrheit, bei wenigen Enthaltungen, angenommen)

Die Teilnehmer des Jugendpolitischen Forums unterstützen lokale und überregionale Aktionen der Gewerkschaftsjugend gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenverknappung und fordern dazu auf, entsprechende örtliche Kampagnen zu initiieren und zu unterstützen. Dabei muß deutlich gemacht werden, daß die aktuelle Situation einen Bankrott der nach kapitalistischen Maximen betriebenen Berufsausbildung in Unternehmerhand darstellt und eine Ausbildung im Interesse und unter Kontrolle der Arbeiter und ihrer Organisationen durchgesetzt werden muß.

2. Arbeitsschwerpunkt "Familienkonflikte und -flucht von Jugendlichen"

In den 8 Arbeitsgruppen sowie Untergruppen des Schwerpunktes arbeiteten jeweils 40-60 Sozialarbeiter mit. Da nur wenige, z.T. unvollkommene Protokolle aus den AGs vorliegen, ist es schwierig, eine zutreffende Darstellung des vielfach sprunghaften Diskussionsverlaufs zu geben. Nur wenige Jugendliche äußerten sich in der Diskussion,und die vorliegenden Protokolle bestätigen, daß vorwiegend die Arbeits- und Organisationsprobleme von Sozialarbeitern diskutiert wurden, die in ihrer praktischen Arbeit versuchen, entgegen ihrer objektiven Funktion die Interessen und Initiativen der Arbeiterjugendlichen zu unterstützen.

Ausgegangen wurde von der erkennbaren Verschlechterung familialer Lebensverhältnisse, die sich vor allem in materiellen Problemen niederschlagen. Die in Beratungsstellen tätigen Sozialarbeiter berichteten, daß finanzielle Probleme von Familien und Teilfamilien (Kindergeldfragen, Einkommensminderungen, geringer Lohn, Arbeitslosigkeit, Stellenvermittlung), Wohnungsprobleme (Mieten, Räumungsklagen) und soziale Probleme (Scheidungsfragen, Abtreibung) Hauptinhalte der Beratungstätigkeit sind. Die daraus resultierenden Belastungen der Familie führen zu Neurosen und psychosomatisch bedingter Krankheit und zu einer Zunahme von Spannungen und Gewalttätigkeiten zwischen Ehepartnern und zwischen Eltern, Elternteilen

und Kindern. (Zunahme von Kindesmißhandlungen, Scheidungen), deren Ausmaß aufgrund der Privatheit der Familie nur schwer erkennbar sei. Die Krise der Familie ist dabei selbst nur ein Ausdruck für die unterprivilegierte Arbeits- und Lebenssituation der Arbeiter und daher kein Problem individuellen Versagens. Die Formen der Gewalt in der Familie spiegelt die Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft wider, in der für die lohnabhängige Bevölkerung keine Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung bestehen.

In der AG "Fluchttendenzen" wurde die Flucht vieler Jugendlicher aus der Familie als eine Reaktion auf die fehlenden materiellen Möglichkeiten der Familie und die "Zerstörtheit" ihres Kommunikationszusammenhanges diskutiert. Der Teufelskreis: miese Familiensituation - Schulschwänzen - Druck der Schule auf Jugendliche und Familie - Familienkrach oder miese Familiensituation - Schulschwänzen - "Mißerfolg" in der Schule - fehlender Schulabschluß - Arbeitslosigkeit wie auch Jugendarbeitslosigkeit als Ausdruck der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und Ausbildungskrise führt bei vielen Jugendlichen zur Flucht aus der Familie. Die Schaffung alternativer Lebensformen wie die Gründung von Wohngemeinschaften scheitert oft an den fehlenden materiellen Möglichkeiten bei den Jugendlichen und auch den begrenzten Mitteln, der mit ihnen zusammenarbeitenden Sozialarbeiter.

Sozialarbeiter haben in ihrer Berufssituation keine Möglichkeiten, die in der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft wurzelnden Ursachen der Familienkrise und der Probleme der Jugendlichen zu beseitigen. Sie können jedoch, wenn der Klassencharakter der Gesellschaft erkannt ist, über die gesellschaftlichen Ursachen und den gesellschaftlichen Charakter dieser Probleme aufklären und eine Politisierung der Jugendlichen unterstützen. Eine Position, die diese Politisierung als zweiten Schritt, d.h. erst nach dem Versuch einer psychischen (Selbst-) Stabilisierung für möglich hält, wurde abgelehnt. Selbststabilisierung und individuelle Problemlösung und Politisierung wurden als Bestandteile eines Prozesses begriffen.

Beratungsstellen, insbesondere solche, die der behördlichen Sozialarbeit vorgelagert sind, können und müssen nach Meinung der Teilnehmer eine kommunikative und organisatorische Basis für politische Initiativen sein. Dazu wurden Beispiele aus Berlin und Stuttgart diskutiert. Eine solche Arbeitsweise kann auf "Einzelfallhilfe" nicht verzichten. Diese muß im Rahmen einer politischen Perspektive erfolgen.

In der AG "Familie und Vorschulerziehung" wurde herausgearbeitet, daß die Übernahme der These vom Funktionsverlust der Familie die Übernahme bürgerlicher Positionen bedeutet, weil sie von den gesellschaftlich bedingten Belastungen der Familie ablenke und die Frage ausklammere, welche Funktion die Familie heute habe. Neben der Reproduktion des Individuums habe die Familie für das Kapital die Aufgabe, die Produktion der Ware Arbeitskraft sicherzustellen. Die Entwicklung der Produktivkräfte stelle neue Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskraft, die eine zunehmende Vergesellschaftung der Erziehung im Interesse des Kapitals erfordert. Die Vergesellschaftung der Erziehung mache Erziehungsprozesse zunehmend öffentlich und bietet daher mehr Möglichkeiten, diese in die politischen

Auseinandersetzungen einzubeziehen. Die in den Kindertagesstätten eingeführte Mitbestimmung der Eltern erweist sich dabei jedoch als unzureichend und ungeeignet, weil die Mitbestimmung in den Kindergärten sich nicht an den Problemen der Arbeitereltern und -kinder orientieren kann.
Die politische und gewerkschaftliche Organisierung der Erzieher ist daher eine wichtige Bedingung, um die Interessen der Arbeitereltern aufgreifen zu können.

Die Frage, wofür sind Eltern bereit zu kämpfen, konnte in dieser AG nicht beantwortet werden. Festgehalten wurde jedoch, daß aus der Sicht der Eltern die Orientierung am Problem wichtiger sei als die "richtige" politische Linie. Ihr Engagement ist also abhängig von der konkreten Nützlichkeit, die sie von politischen Aktionen erwarten. Deshalb blieb auch die Frage offen, was die sozialistischen Inhalte eines Sozialkampfes im Bereich der Vorschulerziehung sind.

Ein nicht abgeschlossenes Problem in den Arbeitsgruppen blieb die Frage, wie Sozialarbeiter praktische Solidarität mit den Jugendlichen und Arbeiterfamilien üben können. Die Funktion des Sozialarbeiters stellt ein objektives Hindernis für Solidarität dar. Die in der AG "Disziplinierung von Sozialarbeitern" diskutierten Beispiele und Ansätze genügten den Diskussionteilnehmern nicht. Es wurde am Beispiel der Jugendgerichtshilfe herausgearbeitet, daß das Besprechen des JGH-Berichtes mit dem Jugendlichen, die Aufklärung über die Prozeßsituation, das Eintreten für die Herabsetzung des Strafmaßes und die Aufklärung über die gesellschaftliche Situation des Jugendlichen keine ausreichende Solidarität darstelle. Die Funktion der Sozialarbeit bleibe dabei erhalten. Eine Bedingung für die Entwicklung praktischer Solidarität wurde in der gewerkschaftlichen und politischen Organisierung der Mitarbeiter der Einrichtungen gesehen, d.h. unter Einschluß auch der Verwaltungskräfte. Die aus diesem Organisierungsprozeß resultierende Basis ist eine wichtige Voraussetzung, um Konfliktsituationen zwischen Verwaltung und Sozialarbeitern, die sich gemeinsam mit ihren "Klienten" politisch für die Verbesserung der Lebensbedingungen einsetzen, besser durchstehen zu können.

3. Arbeitsschwerpunkt: "Freizeitsituation und Selbstorganisation von Jugendlichen"

In den 15 Arbeitsgruppen fanden sich ca. 1200 Leute zusammen. Da erst wenige Protokolle hier eingegangen sind, können wir nur einige zentrale Fragestellungen zusammenfassen, die in diesen Arbeitsgruppen diskutiert wurden.
Schwerpunkte der Diskussion waren vor allem:
1. die Frage der Selbstorganisation (SO)
2. Politisierungsmöglichkeiten in Jugendzentren
3. Rolle und Funktion des Sozialarbeiters

zu 1.) In der Diskussion bestand die Schwierigkeit der inhaltlichen Bestimmung des Begriffs der Selbstorganisation, dessen Auslegung in verschiedene Richtungen möglich ist. Selbstorganisation von Jugendlichen ohne Angabe eines Ziels, wohin diese führen soll, kann dem-

nach auch durchaus im Sinne der Sozialbürokratie sein, die Methoden der Jugendarbeit zu effektivieren. Man kam übereinstimmend zu der Auffassung, daß Selbstorganisation als organisierte Vertretung und Durchsetzung von Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen gegenüber der Stadt zu begreifen sei und in einem inneren Zusammenhang zu der Frage der Politisierungsmöglichkeit von Jugendlichen stehe. Der Kampf um selbstverwaltete Jugendzentren kann die Bewußtwerdungsprozesse zum Verständnis der gesellschaftlichen Realität in Gang setzen, wirksam eingreifen kann dieser Kampf jedoch nur dann, wenn er verbunden wird mit der organisierten Durchsetzung von Interessen im Betrieb.

zu 2.) Dem Jugendzentrum selbst wurde die Funktion eines politischen Durchlauferhitzers zugewiesen.Die konkreten praktischen Erfahrungen in Bezug auf die Auseinandersetzungen mit der Behörde um das Jugendzentrum und um die Inhalte im Jugendzentrum sollten Ansatzpunkte bei der Vermittlung eines parteilichen Bildes der gesellschaftlichen Realität sein, sowie die politische Wirksamkeit des Jugendzentrums zu erhöhen. Dabei wurden "Kapitalschulungen" als denkbar ungeeignetes Mittel der politischen Bewußtseinsbildung angesehen, dennoch sollten Bedürfnisse nach theoretischen Erkenntnissen, die auf Erfahrungen aufbauen, nicht abgeblockt, sondern aufgegriffen und weiterentwickelt werden, damit diese wieder in die praktische Arbeit hineinschlagen.

zu 3.) In der Diskussion um die Selbstorganisation wurde die Rolle und Funktion des Sozialarbeiters immer wieder problematisiert. Dem Sozialarbeiterbild der K-gruppen, die in ihm einzig und allein einen "Agenten der Bourgeoisie" sehen, wurde entgegengehalten, daß Sozialarbeit objektiv zwar als Integrationsapparat des kapitalistischen Staates aufzufassen sei, daß jedoch Sozialarbeitemmit sozialistischem Anspruch die Aufgabe zufiele, die ihnen gesellschaftlich zugewiesene Funktion der Disziplinierung, Reglementierung der Jugendlichen und deren Integration in den kapitalistischen Verwertungszusammenhang zu unterlaufen. Da man aufgrund dieser unterschiedlichen Positionen hierüber keine Einigkeit erzielen konnte, blieb auch die Diskussion um mögliche Perspektiven in der beruflichen Praxis in Ansätzen verhaftet .

In der Auseinandersetzung um praktische Möglichkeiten, die dem Sozialarbeiter in Bezug auf die Unterstützung von Selbstorganisationsprozessen zufielen, wurde dann auch die Frage der Organisierung von Sozialarbeitern diskutiert. Es wurde herausgestellt, daß die Interessen der Sozialarbeiter und der Jugendlichen in vielen Fällen unterschiedlich sind und der Sozialarbeiter von daher partiell der Gefahr von opportunistischen Verhaltensweisen unterliegt. Die Möglichkeiten der solidarischen Unterstützung von Jugendlichen durch die Sozialarbeiter konnten in einigen Arbeitsgruppen anhand konkreter praktischer Erfahrung problematisiert werden.

Es wurde als notwendig angesehen, die Isolierung der Jugendzentren aufzuheben, d.h.
1. die Verankerung im Stadtteil, das bedeutet Teilnahme an den dort stattfindenden Kämpfen, sowie Information über die Forderungen und Auseinandersetzungen der Jugendlichen mit dem Ziel Solidarität von

Seiten der Bewohner. Dieser Zielvorstellung steht jedoch das Bedürfnis der Jugendlichen, Freizeit zu machen , entgegen. Dabei wurde folgende Problematik aufgeworfen: Wie sind die vorhandenen Alltagsbedürfnisse zum Ausgangspunkt kollektiver Arbeit zu machen und wie sind sie weiterzuentwickeln?
2. Die Möglichkeit eines Erfahrungsaustausches auf lokaler-regionaler - und überregionaler Ebene zu schaffen.

Als herausragendstes Ergebnis sind die Diskussionen in der AG: "Mädchenprobleme im Jugendzentrum" anzusehen. Sie war die einzige, die den direkten Versuch unternahm, einen neuen emanzipatorischen Weg zu gehen. Zielgruppe sind Arbeitermädchen, als Ausdruck davon, daß "proletarische Mädchen der am meisten unterdrückte Teil in der allgemeinen gesellschaftlichen Unterdrückung" sind.
Zielvorstellungen dieser Mädchengruppe sind: sich selbst kennenzulernen, das eigene rollenspezifische Verhalten zu erkennen, sich neue Verhaltensweisen anzueignen. Die Mädchen sollen sich als "Gegengewicht" zu den Jungens verstehen, um ihr Selbstbewußtsein zu stärken, aus ihrem Konkurrenzverhalten untereinander herauszukommen und sich von ihrer Fixierung an die Männer zu lösen. Der Zusammenschluß in einer Mädchengruppe ermöglicht ihnen, ihre Interessen zu artikulieren und durchzusetzen und durch ihre gemeinsamen Aktivitäten ein Solidaritätsgefühl zu entwickeln. Noch eine Forderung aus dieser AG ist bemerkenswert: als Folge der Entstehung einer Mädchengruppe soll sich eine Jungengruppe konstituieren, die ihr geschlechtsspezifisches Verhalten, Denken und ihre Konkurrenz untereinander zum Gegenstand ihrer Diskussion machen soll. Aus dieser AG hat sich eine überregionale Frauengruppe des JupoFo gebildet, die an diesen Fragen weiterarbeiten will. (Siehe S. 21)

Die Diskussionsergebnisse der AG's im Bereich Freizeit werden nur dann einen Erfolg verzeichnen, wenn sie sich langfristig in den jeweiligen Arbeitsbereichen niederschlagen. Grundsätzlich Neues wurde auf dem JupoFo nicht erzielt, die Erfahrungen aus der Jugendzentrumsbewegung konnten allerdings konkretisiert und Ansätze antikapitalistischer Praxis aufgezeigt werden. Dabei erwies sich, daß mit aufgestülpten "für-gegen-Forderungen" dem Charakter der staatlichen Jugendpolitik nicht beizukommen ist.

4. Arbeitsschwerpunkt: "Jugendhilferecht"

Zu diesem Arbeitsschwerpunkt liegen bisher keine Protokolle vor. Folgende Resolutionen sind aus dieser Arbeitsgruppe entwickelt und auf der Abschlußveranstaltung verabschiedet worden:

- ERKLÄRUNG DER JUGENDLICHEN, DER SOZIALARBEITER, ERZIEHER, LEHRER UND STUDENTEN AUF DEM JUGENDPOLITISCHEN FORUM -
  (mit überwältigender Mehrheit angenommen)

Die Jugend der arbeitenden Klasse wird in der westdeutschen Gesellschaft vorbereitet auf ein Leben als Lohnarbeiter für die Kapitalisten. Ihre Ausbildung und Erziehung ist darauf ausgerichtet, daß sie lernt, unter dem Kommando und zum Nutzen der Kapitalisten zu arbeiten. Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums sollen die

Jugendlichen werden, aber eines Reichtums, den die Besitzer der Produktionsmittel sich aneignen. Sie selbst erwartet ein Leben in Abhängigkeit von den Besitzern der Produktionsmittel. Ihre ganze Freiheit wird darin bestehen, daß sie ihre Arbeitskraft an den meistbietenden Ausbeuter verkaufen müssen. Das ist keine gute Zukunftsperspektive, welche die kapitalistische Gesellschaft für die Jugend der arbeitenden Klasse bereithält. Es erwartet sie ein Leben, das bestimmt ist durch Mangel und Unsicherheit, durch Schikane, Gängelei und Erstickung aller Selbständigkeit. Entsprechend sind Gängelung, Rechtfertigung der Ausbeutung, Gewöhnung an die Ausbeutung und frühe Unterwerfung unter die Lohnabhängigkeit die Hauptmethoden der Ausbildung und Erziehung, welche Staat und Kapitalisten für die Jugend der arbeitenden Klasse bereithalten.

Diese Erziehung und Ausbildung durch den Staat und die Kapitalisten, die Perspektive lebenslänglicher Lohnabhängigkeit stößt bei der Jugend auf Widerstand. Wir unterstützen diesen Widerstand.

Insbesondere wehren wir uns gegen den Entwurf der Bundesregierung zu einem Jugendhilfegesetz. Wenn dieser nach neuesten Informationen in dieser Legislaturperiode auch nicht mehr auf Bundesebene verabschiedet werden soll, besitzt er als Ausdruck staatlicher Jugendpolitik und im Hinblick auf seine Anwendung auf Länderebene doch politische Bedeutung. Dieser Gesetzentwurf ist notwendig geworden, weil die Verschlechterung der Lebensverhältnisse für die Arbeiterklasse den Nachwuchs von gefügigen und arbeitsfähigen Lohnarbeitern gefährdet. Beseitigen kann der Gesetzentwurf diese Probleme nicht. Er sieht Maßnahmen vor, die allesamt auf die bürokratische Bevormundung der Jugendlichen hinauslaufen. Die staatliche Förderung von Maßnahmen der Jugendhilfe wird davon abhängig gemacht, daß die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung anerkannt wird, welche das Elend der Jugendlichen hervorgebracht hat. Allen selbständigen Initiativen von Jugendlichen soll jede Förderung verweigert werden; allgemein unterliegt ihre Tätigkeit der Genehmigungspflicht durch die staatlichen Jugendbehörden. Gleichzeitig bekommen die kirchlichen Verbände weiterhin öffentliche Mittel für ihre Jugendarbeit, mit der sie religiöse Ideologien verbreiten und den Geist der Duldsamkeit predigen.

Ein solches Gesetz ist gegen die Interessen der arbeitenden Jugend gerichtet. Es behindert die Erkenntnis und die politische Durchsetzung dieser Interessen. Es zielt darauf ab, die Sozialarbeiter, Erzieher und Lehrer noch direkter als bisher zur Durchsetzung der bürgerlichen Erziehung und Schikanierung gegen die arbeitende Jugend einzusetzen. Wir weisen dieses Gesetz zurück und wenden uns insbesondere an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten mit der Aufforderung, gegen dieses Gesetz, das direkt die Interessen ihrer Kinder verletzt, aufzutreten. Die Jugend der arbeitenden Klasse muß Raum haben zur Entfaltung ihrer Selbständigkeit. Sie braucht die Selbständigkeit, um die Fähigkeit zu erwerben, die Verhältnisse zu erkennen und die organisierte Kraft zu entwickeln, um sie umzuwälzen. Darum treten wir für solche Jugendhilfemaßnahmen ein, welche die Selbständigkeit der Jugend fördern. Wir fordern, daß die sozialen Probleme der Arbeiterjugend nicht isoliert, sondern an ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Ort - im Betrieb, im Stadtteil - aufgegriffen und solidarisch mit den Betroffenen angegangen werden. Wir unterstützen auch entschieden die Forderung nach selbstverwalteten Jugendzentren, die unter den Jugendlichen ein breites Echo gefunden hat. Wir fordern dafür die Bereitstellung staatlicher Mittel und weisen jede inhaltliche Einmischung des Staates entschieden zurück. Die hier versammelten Sozialarbeiter, Erzieher und Lehrer erklären, daß sie bereit sind, in solchen selbstverwalteten Jugendinitiativen unter der Kontrolle der Jugendlichen zu arbeiten. Daß sie dagegen ankämpfen werden, als Kontrolleure der Jugend von den vorgesetzten Behörden mißbraucht zu werden. Daß sie sich entschieden gegen die Disziplinierung all jener Kollegen wenden, die sich für diese Ziele einsetzen.

- RESOLUTION ZUM AUSSCHLUSS DER ÖFFENTLICHKEIT BEIM SOGENANNTEN "DELEGIERTENTAG" DER AGJ
  (mit überwältigender Mehrheit angenommen)

- Das JupoFo verurteilt die Praxis von Bundesregierung und AGJ, Jugendpolitik in zunehmendem Maße unter Ausschluß der Öffentlichkeit, über die Köpfe der Betroffenen hinweg, zu verhandeln.
- Ausdruck dieser Politik war die Absage des 5. DJHT durch die AGJ, verbunden mit einer Kriminalisierung fortschrittlicher Sozialarbeiter und -pädagogen.
- Ausdruck dieser Politik ist vor allem auch die Tatsache, daß die AGJ in Abstimmung mit dem Bundesjugendministerium einen sog. "Delegiertentag der Jugendhilfe" hinter verschlossenen Türen plant und sich damit anmaßt, für die gesamte Jugendhilfe in der BRD zu sprechen.
- Dies ist eine unerhörte Provokation gegenüber der Fachbasis, den von Jugendhilfe Betroffenen und den Basisinitiativen, die ausgeschlossen bleiben.

- Das JupoFo fordert deswegen alle Verbände und Institutionen, die gegen die Absage des 5. DJHT stimmten, insbesondere die Falken und die Naturfreundejugend auf, sich nicht an diesem Ersatzjugendhilfetag zu beteiligen, wenn dort keine Öffentlichkeit zugelassen wird.
- Darüberhinaus fordern wir die Landesjugendringe, die Gewerkschaftsjugend, ÖTV und GEW, die Jungsozialisten, die Arbeiterwohlfahrt sowie die fortschrittlichen Fraktionen in anderen Jugend- und Wohlfahrtsverbänden auf, sich nicht an dieser Jugendhilfetags-Karrikatur zu beteiligen.

(Drei weitere Resolutionen zur Disziplinierung im Jugendhilfebereich, wie der Offene Brief gegen die Isolationshaft politischer Gefangener und die abgelehnten Resolutionen werden in der Dokumentation der Initiative veröffentlicht).

Detlef Garbe:

JUGENDPOLITISCHES FORUM
BEOBACHTUNGEN - ERKENNTNISSE - ERFAHRUNGEN

Als Jugendlicher, der in einer Initiative für ein unabhängiges und selbstverwaltetes Jugendzentrum an bzw. mit der Basis in einem beschränkten regionalen Rahmen arbeitet, war es wohltuend, an einem überregionalen Erfahrungsaustausch teilzunehmen, in dem die Betroffenen - auch Sozialarbeiter sind im gewissen Sinn Betroffene staatlicher Jugendpolitik - selbst zu Wort kamen. Es war also kein Forum, auf dem Verbandsfunktionäre einmal mehr den elitären Anspruch für sich geltend gemacht haben, die Bedürfnisse von Jugendlichen zu artikulieren.
Ein Wort des Lobes sei hier erst einmal vorangestellt. Dafür, daß die Organisatoren des JUPOFO nicht die genaue Teilnehmerzahl vorausplanen konnten, klappte die Organisation sehr gut. Dies ist bei 2 500 Teilnehmern sicherlich keine leichte Aufgabe gewesen.

Die frühe Trennung von Jugendlichen aus Jugendzentren von dem Forum, um ihre Probleme und Erfahrungen selbständig im JZ Fechenheim diskutieren zu können, hat bestimmt nicht zu einem besseren inhaltlichen Verlauf des JUPOFO beigetragen. Gerade durch diese Isolierung ist vielleicht eine verstärkte Problematisierung des Verhältnisses von Jugendlichen und Sozialarbeitern ausgeblieben - noch dazu, wo die Zahl der anwesenden Jugendlichen sowieso schon viel zu gering war. Deshalb haben sich auch nicht alle Freunde und Kollegen aus den Jugendzentren der Aktion des JZ Fechenheim angeschlossen.

Die Diskussion z.B. über den Charakter von Reform und Repression (eine Problematik, die gerade im jugendpolitischen Bereich sehr aktuell ist, gerade auch für Jugendzentren, da ja immer wieder viele Jugendzentren in Verhandlungen mit staatlichen Einrichtungen sich dieser Fragestellung ausgesetzt sehen) kann nur mit den fortschrittlichen Sozialarbeitern geführt werden, da sie ja konkret diesen doppelzüngigen Charakter staatlicher Jugendpolitik erleben. Wir Jugendlichen hätten bei einer verstärkten Teilnahme am JUPOFO auch verstärkter unsere Forderungen und Erwartungen an die Sozialarbeiter vertreten können. Wir Jugendlichen hätten auch gemeinsam mit den Sozialarbeitern Forderungen aufstellen können, wie z.B. die Aufnahme der Forderung, daß Jugendzentren selbst ihre Sozialarbeiter anstellen,und daß diese Sozialarbeiter den Selbstverwaltungsorganen verantwortlich sind.

Der Diskussionverlauf während des Forums wurde - wie eigentlich zu erwarten war - des öfteren dadurch gestört, daß einige Gruppen eine Selbstdarstellung ihrer Position einbrachten. Trotzdem darf dieses nicht überbewertet werden, wie es anscheinend in der Stellungnahme zum JUPOFO in der "links" (Januar 75) den Eindruck macht. Denn die K-Gruppen werden selbst im Basisbereich, d.h. in den Betrieben, Schulen, Jugendzentren etc. den Wert und die Richtigkeit ihrer

politischen Aussagen überprüfen können. Sie werden unter den Gesichtspunkten einer kritischen Analyse selbst ihre Stärke, ihren Einfluß und die Resonanz der Arbeiterjugend erkennen können.

Woher nehmen diese Gruppen eigentlich den Anspruch,für die Arbeiterjugend sprechen zu können? (wie es auf dem JUPOFO versucht worden ist). Für die Arbeiterjugend kann nur die Arbeiterjugend selbst sprechen - aber die Sprache der Arbeiterjugend artikuliert sich zur Zeit anders als "in revolutionären Aktionen" oder auf "jugendpolitischen Foren". Dies ist das Problem! Wo drängt denn bitte konkret die "Arbeiterjugend zur Revolution" (Beitrag der roten Garde (KPD/ML)). Die Praxis, die sich sowohl den fortschrittlichen Sozialarbeitern wie Jugendlichen stellt, sieht doch anders aus. Sicherlich sind sich die Arbeiterjugendlichen - gerade jetzt - im klaren über ihre miserable Lage. Aber was fehlt, ist doch die konkrete Verhaltensalternative (mit Erfolgsaussichten) zu der um sich greifenden Resignation und Anpassung. Darüber hätte auf dem JUPOFO verstärkt geredet werden müssen. Es geht auch nicht darum, die "Arbeiterklasse zu belehren" (KPD-Beitrag zur Funktion des JUPOFO), es geht darum, gemeinsam Konflikte aufzuzeigen, zu erfassen, zu analysieren und zu lösen.

Die Mehrheit der Arbeiterjugendlichen - konkret die Mehrheit der Besucher eines JZ oder die Mehrheit der Teilnehmer am JUPOFO sollen ruhig ohne moralische Skrupel ihre Interessen und Bedürfnisse gegen "verbale Hauptakteure" durchsetzen. Dies ist auch ein politischer Lernprozeß und hat absolut nichts mit "Antikommunismus" zu tun. Wohlgemerkt - dies sollte nicht daran hindern, in gewissen Punkten solidarisch mit den Genossen der K-Gruppen zu sein (z.B. bei der Verfolgung der K-Gruppen durch den Staatsapparat), denn laßt uns endlich in Theorie und Praxis verstehen, daß der Feind noch immer rechts steht und daß unsere heutige Aufgabe die Entlarvung der doppelzüngigen Politik des Staatsapparates ist.

Die Träger-Organisationen des JUPOFO haben die Bedeutung des Forums richtig eingeschätzt, wenn sie feststellen, daß der politische Kampf nicht auf einem solchen Forum geführt werden kann, sondern eben nur an der Basis. Das Forum konnte nur ein wenig den Erfahrungsaustausch vorantreiben und auf einheitliche Strategie der oft isoliert arbeitenden Jugendlichen und Sozialarbeiter drängen. An der Basis müssen neue Solidaritätsformen entwickelt werden, die Zusammenarbeit von jugendpolitischen Organisationen an der Basis wird zu einer Unterhöhlung der Funktionärsspitze der Jugendorganisationen führen.

Kritik am Jugendpolitischen Forum

1. Die konstruktive Arbeit in den Arbeitsgruppen hätte noch stärker Bestandteil des Forums sein müssen. Dabei hätte auf eine Unterscheidung der Arbeitsschwerpunkte der Gruppen nicht nur nach inhaltlichen Anhaltspunkten, sondern auch nach Sozialstruktur (Stadt-Land) und Klassenstruktur (Schüler-Lehrlingsarbeit), da die Bedingungen der Arbeit sehr verschieden sind, erfolgen müssen.
2. Es waren im Verhältnis noch viel zu wenig Jugendliche anwesend, die Gefahr, daß das Forum doch zu einer berufsständischen Veranstaltung wurde, war zeitweise vorhanden.
3. Die erreichbaren Ziele einer solchen Veranstaltung müssen den

Teilnehmern bewußter werden. Damit verbunden ist das richtige Einschätzen der möglichen Gesprächsgegenstände (es geht weder darum, wie "die Volkskämpfe hin zum Sozialismus geführt" werden, noch um die Frage, "wann der Sozialarbeiter im Jugendzentrum wem den Schlüssel geben darf."
4. Es muß auf alle Fälle vermieden werden, solche Foren nur zu Treffen verschiedener Jugendorganisationen zu machen.
5. Es muß weiterhin die Basis für ein solches Forum angesprochen werden, denn nur dann sind die Betroffenen Teilnehmer.
6. Um die Lage der Jugendorganisationen richtig darzustellen, darf das Bündnis, das das Jugendpolitische Forum getragen hat, nicht überbewertet werden.

V o r a n k ü n d i g u n g

ARBEITSMATERIALIEN SOZIALARBEIT/PÄDAGOGIK

Almut Jödicke:
ARBEITERMÄDCHEN IM JUGENDZENTRUM



Erscheint Ende Februar, Preis voraussichtlich DM 5.-- - DM 6.--
Bezug: Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Professorengruppe:

STELLUNGNAHME ZUR ABSAGE DES 5. DJHT UND ZUM JUGENDPOLITISCHEN FORUM V. 6.-8.12.1974

Vorbemerkung:
Über 80 Erziehungs- und Sozialwissenschaftler aus der BRD und Westberlin haben in einer Erklärung, die zum Jugendpolitischen Forum veröffentlicht wurde, die Absage des 5. DJHT und die Durchführung einer geschlossenen AGJ-Delegiertenversammlung verurteilt. Sie haben das Jugendpolitische Forum begrüßt und unterstützt.
Die unterzeichneten Institutsdirektoren und Professoren wenden sich zwar gegen die Absage des 5. DJHT, können aber das Jugendpolitische Forum nicht unterstützen.
Wir drucken hier ihre Stellungnahme - lediglich kommentiert durch einige Bilder - ab.

"Die unterzeichneten Erziehungswissenschaftler sind zum Teil von den Initiatoren des für Anfang Dezember geplanten jugendpolitischen Kongresses aufgefordert worden, diese Veranstaltung durch Unterzeichnung eines Aufrufs zur Teilnahme und Förderung der Veranstaltung zu unterstützen.
Sie sind dieser Aufforderung nicht gefolgt, obwohl sie wie die andern diese Stellungnahme Mitunterzeichnenden die Absage des geplanten 5. Deutschen Jugendhilfetages durch die AGJ nicht haben akzeptieren können und von vorneherein die dadurch heraufbeschworenen Gefahren einer weiteren Erschwerung und Verhärtung der gerade in der gegenwärtigen Lage so notwendigen offenen jugendpolitischen Diskussion gesehen und als verhängnisvoll eingeschätzt haben. Gerade deswegen fühlen sie sich jedoch veranlaßt, die Gründe, die sie zu diesem Schritt veranlaßt haben, offen darzulegen und ihren Standpunkt deutlich zu machen. Was wir befürchtet haben, ist eingetreten; auch wenn die Veranstalter ausdrücklich betonen, daß der jugendpolitische Kongreß keine Gegenveranstaltung zum abgesagten Jugendhilfetag sei, so kann er doch nach Lage der Dinge nicht anders aufgefaßt werden.



Angesichts der durch die Absage des Jugendhilfetages entstandenen Situation und angesichts des "Aufrufs" schließt er faktisch den größten Teil der Träger und der dort tätigen Sozialpädagogen und Sozialarbeiter aus.
Die Chance, die die bisherigen Jugendhilfetage boten, daß nämlich Forderungen und Probleme der Praxis zwischen Sozialarbeitern, Anstellungsträgern der Verbände und Vertretern der Jugendbehörden diskutiert werden konnten, ist angesichts dieser Situation nicht gegeben; weder eine Veranstaltung, die es vornehmlich auf Resolutionen abgesehen hat, schon gar nicht eine Konferenz, die sich auf geladene Teilnehmer beschränkt, scheinen uns diese Diskussionschance zu bieten.
Diese Diskussion aber muß geführt werden. Angesichts der
- *einschneidenden finanziellen Beschränkungen, vor denen die Jugendhilfe steht*
- *der ausstehenden, auch strukturellen Reformaufgaben,*
- *dem notwendigen Ausbau einer Forschung und wissenschaftlichen Diskussion, die dafür Voraussetzungen liefert,*
- *der Notwendigkeit der Strukturierung und Qualifizierung der Ausbildung*

wäre nichts verhängnisvoller als die Belastung oder Unterbrechung der gemeinsamen, offenen, sachbezogenen Diskussion.

Die Unterzeichneten appellieren deshalb an die AGJ ebenso wie an die Teilnehmer des jugendpolitischen Forums, trotz Polarisierung und der Gefahr der Verhärtung, Brücken nicht abzubrechen, sinnvolle Differenzen der Positionen nicht in Irrationalismen umschlagen zu lassen, sondern alles zu tun, damit Diskussion, Auseinandersetzung und gemeinsame Bemühungen um eine Verbesserung der Jugendhilfe auch künftig gemeinsam und zwischen allen an der Jugendhilfe engagierten Gruppen möglich bleiben.

gez. Dr. Wolfgang Bäuerle, Institut f. Sozialarbeit und Sozialpädagogik Remagen
gez. Prof. Dr. Hanns Eyferth, Hannover
gez. Prof. Dr. Andreas Flitner, Universität Tübingen
gez. Prof. Dr. Walter Hornstein, Deutsches Jugendinstitut München
gez. Prof. Dr. Klaus Mollenhauer, Universität Göttingen
gez. Prof. Dr. Hans Thiersch, Universität Tübingen."



REPRESSIVE MASSNAHMEN IM SOZIALBEREICH

Fall 1: Wo sitzen die Gesetzesbrecher?

In schon fast regelmäßigen Abständen wird durch Presseberichte und Anfragen der CDU im Landtag versucht, die Ausbildungskonzeption der FHS Frankfurt - Fachbereich Sozialarbeit zu torpedieren. War es in jüngster Zeit die 'Frankfurter Abendpost-Nachtausgabe', die unter der Schlagzeile - "GEGEN DIE ANARCHISTEN WAR NICHTS ZU MACHEN" - auf nicht mehr zu duldende Vorgänge an der Fachhochschule während des Jugendpolitischen Forums hinwies, so startete der CDU-Abgeordnete Borsche im September wieder eine seiner diffamierenden, von jeder Sachkenntnis ungetrübten Anfragen in der Absicht, die Institution und deren Mitarbeiter zu verunsichern und unter Druck zu setzen und wohl in der Hoffnung, irgendwann einmal richtig zuschlagen zu können.

Kleine Anfrage des Abg. Borsche (CDU) v. 24.9.74 im Hessischen Landtag:
Ich frage die Landesregierung:
1. Ist der Landesregierung bekannt, daß im Fachbereich Sozialarbeit an der FHS Frankfurt sowohl im Fach Jugendhilfe als auch im Fach Berufsfeldanalyse Lehrveranstaltungen unter dem Thema "Sozialarbeit trotz Gesetz" für das Wintersemester 1974/75 angekündigt werden?
2. Hält es die Landesregierung für angebracht, daß - wie diese Ankündigung erkennen läßt - in einer staatlichen Fachhochschule von einem Landesbediensteten Lehrveranstaltungen durchgeführt werden, die offensichtlich eine Art der Sozialarbeit darstellen sollen, die außerhalb des gesetzlichen Rahmens liegen soll? Wenn nein: Wird die Landesregierung Konsequenzen aus diesem Vorgang ziehen? Welche?

Die Fachbereichskonferenz hat zu dieser Anfrage einstimmig Stellung bezogen:

"1. Der Abg. Borsche verdächtigt einen Kollegen, in seinen Lehrveranstaltungen 'eine Art Sozialarbeit dar(zu)stellen', 'die außerhalb des gesetzlichen Rahmens liegen soll.' Dieser Verdächtigung liegt - nimmt man sie beim Wort - die Vorstellung zugrunde, rechtmäßige Sozialarbeit könne in der Bundesrepublik Deutschland nur auf Grund und im Rahmen von Gesetzen geschehen. Eine solche Vorstellung ist bar jeder Sachkenntnis. Dem Bildungsexperten Borsche seien folgende Tatsachen in Erinnerung gerufen:

a) Weite Bereiche der Sozialarbeit werden noch immer von privaten Trägern verwaltet. Diese privaten Träger haben sich bisher meist erfolgreich gegen eine Bindung ihrer Arbeit an Gesetze gewehrt mit

der Folge, daß ein erheblicher Teil ihrer Sozialarbeit zwar unter Verwendung von öffentlichen Steuergeldern, aber 'außerhalb des gesetzlichen Rahmens' und ohne parlamentarische Kontrolle geschieht. Tatkräftig unterstützt werden die privaten Träger bei ihrer Sozialarbeit 'außerhalb des gesetzlichen Rahmens' von der Partei des Abg. Borsche. Entweder mit Sprüchen wie:
"Martin Luther wendet sich in diesen Fragen, von denen Herr von Bodelschwingh so schön gesprochen hat, überhaupt gegen eine öffentliche Zuständigkeit." (So Dr. Barzel (CDU/CSU) in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Band 49, S. 9039).
Oder mit Gesetzesbestimmungen wie § 10 BSHG, dessen Abs. 2 Satz 2 *"betont ... die Selbständigkeit der freien Wohlfahrtspflege und damit deren Unabhängigkeit von den Bestimmungen des BSHG."* (CDU/CSU Bundesregierung zu dem von ihr vorgelegten Entwurf eines BSHG; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Drucksache 1799,S.39)

b) Aber auch soweit Sozialarbeit staatlich organisiert ist, bewegt sie sich nicht selten 'außerhalb des gesetzlichen Rahmens'. Hingewiesen sei hier nur auf den Strafvollzug, der alles andere, nur nicht durch oder aufgrund eines Gesetzes geregelt ist. (Vgl. Beschluß des BVerfG vom 14.3.1972, BVerfGE 33, 1 ff).

Da demnach Sozialarbeit 'außerhalb des gesetzlichen Rahmens' durchaus üblich ist, kommt der Fachbereich Sozialarbeit nicht umhin, in Lehrveranstaltungen diese Art der Sozialarbeit darzustellen. Keinem Kollegen, der solche Lehrveranstaltungen anbietet, kann daraus ein Vorwurf erwachsen. Der Vorwurf: Sozialarbeit 'außerhalb des gesetzlichen Rahmens' trifft - wenn überhaupt jemanden - dann den Gesetzgeber, d.h. unter anderen den Abg. Borsche selbst.

2. Damit die Kleine Anfrage - jedenfalls für den Abg. Borsche - überhaupt einen Sinn bekommt, muß man aus ihr wohl die Unterstellung herauslesen, der von der Anfrage betroffene Kollege propagiere in seinen Lehrveranstaltungen eine Sozialarbeit auch 'gegen' das Gesetz. Das ist nicht der Fall.
Der betroffene Kollege behandelt in seinen Lehrveranstaltungen allerdings das - gerade Sozialarbeiter bedrängende - Problem des Verhältnisses von Gesetz und gesellschaftlicher Entwicklung. Dieses Problem ist nicht neu. Dem Bildungsexperten und Frankfurter Bürger Borsche ist sicher bekannt, daß ein berühmter Frankfurter Jurist dieses Problem mit den Worten zu beschreiben versucht hat:

"Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort.
Sie schleppen von Geschlecht sich zu Geschlechte und rücken sacht von Ort zu Ort.
Vernunft wird Unsinn - Wohltat Plage.
Weh dir, daß du ein Enkel bist."

Die hier beschriebene Rückständigkeit von Gesetzen ist es, die Sozialarbeiter bedrückt. So stehen beispielsweise Sozialarbeiter in der Jugendhilfe täglich vor der Frage, wie sie sinnvoll arbeiten sollen trotz einer
"Gesetzgebung (, die) mit dem Streben junger Menschen nach Emanzipation und Mitverantwortung nicht Schritt gehalten hat."
(So Käte Strobel, Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in: Dritter Jugendbericht, Bonn 1972, Vorwort.)

Diese Frage muß in der Ausbildung von Sozialarbeitern nicht nur gestellt werden; es müssen auch Wege diskutiert werden, die aus diesem, vom Gesetzgeber mitproduzierten Dilemma herausführen. Dabei bieten sich viele Wege an, die ohne den vom Abg. Borsche unterstellten Bruch von Gesetzen auskommen.

Über die unmittelbare Beantwortung der Anfrage hinausgehend sei festgestellt, daß sich die Frage von Gesetzestreue nicht nur dann stellt, wenn reaktionäre Gesetze Sozialarbeiter an vernünftiger Arbeit hindern. Auch der umgekehrte Fall, daß ein verhältnismäßig fortschrittliches Sozialarbeitsgesetz von Regierungsspitzen systematisch mißachtet wird, ist in der Bundesrepublik Deutschland nicht ausgeschlossen. Diese Behauptung läßt sich beispielsweise belegen an der Geschichte des niedersächsischen Jugendarbeitsschutzgesetzes von 1948, die Gegenstand einer Lehrveranstaltung des von der Anfrage betroffenen Kollegen im Sommersemester 1974 war. Dieses Gesetz sah den Schutz von Lehrlingen und Jungarbeitern in viel größerem Umfang vor als alle früheren und späteren Jugendarbeitsschutzgesetze.Deshalb ist das Gesetz auch von fast allen Unternehmern nicht eingehalten worden. Aber nicht nur die Unternehmer, auch die Landesregierung hat sich an das Gesetz nicht gebunden gefühlt:
"Seit dem 1. September 1949 ist das Gesetz voll in Kraft, aber es wird nirgends durchgeführt. Die Landesregierung hat darüber hinaus sogar einen Beschluß gefaßt, wonach Anzeigen wegen Übertretung des Gesetzes nach diesem Paragraphen als Bagatellfälle niedergeschlagen werden sollen". (Bundesminister für Arbeit Storch in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, Stenographische Berichte, S. 4312)

Der damalige niedersächsische Arbeitsminister Kubel und heutige niedersächsische Ministerpräsident erklärte vor dem Landtag:
"Ich habe starke Hemmungen gehabt, das vom Landtag beschlossene ursprüngliche Gesetz durchzuführen, und ich habe allen Anfeindungen zum Trotz es in der Tat auch nicht durchgeführt..."(Zitiert nach: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, Stenographische Berichte, S. 4311).

Die Fachbereichskonferenz ist sicher, würde ein Sozialarbeiter oder ein Lehrer eine solche Aussage wagen, er würde noch heute entlassen.

Die Fachbereichskonferenz weist schließlich darauf hin, daß es unter den Parteifreunden des Abg. Borsche einige gegeben hat und gibt, die immer dann auf Gesetz und Ordnung beharren, wenn diese Gesetze und diese Ordnung hinter den Anforderungen fortschrittlicher gesellschaftlicher Praxis zurückbleiben, daß sie aber schnell jedes Gesetz beiseite schieben, wenn die von ihnen für notwendig gehaltene Herstellung von Ruhe und Ordnung durch parlamentarisch legimitierte Gesetze erschwert wird." (Auszug aus der Stellungnahme an das hessische Kultusministerium)
Wie wir mittlerweile erfahren haben, ließ die nächste Anfrage nicht lange auf sich warten, sie beschäftigt sich mit der Dozentenstelle

für das Fach "Sozialmedizin". Vorgeschlagen aber noch nicht berufen ist Dr. Mausbach (bekanntgeworden durch seine Fernsehsendung "Halbgötter in Weiß"); für den "Volksabgeordneten" Borsche das Signal einmal nachzufragen, ob "diese Art von Beschäftigung von Herrn Dr. Mausbach im öffentlichen Dienst für vereinbar mit der Ministerpräsidentenübereinkunft über die Beschäftigung von Radikalen im öffentlichen Dienst gehalten (wird), nachdem sich Herr Mausbach mehrfach für die Ziele linksextremer Gruppierungen eingesetzt hat und auch als ständiger Mitarbeiter kommunistischer Publikationen erwähnt wird. Diese Anfrage stammt vom 2.12.1974 - die nächste kommt bestimmt.

Fall 2: Verschärfung der Prüfungsbestimmungen an sozialpädagogischen Fachschulen

---

Zum 1. Januar 1975 soll an den Fachschulen für Sozialpädagogik eine verschärfte Prüfungsordnung in Kraft treten. Dadurch soll verhindert werden, daß sich noch weitere Erzieheranwärter bewerben. Konkret sieht die Situation bis heute so aus: Voraussetzung für die Aufnahme an einer sozialpädagogischen Fachschule sind der mittlere Bildungsabschluß, ein Mindestalter von 16 Jahren sowie ein einjähriges Vorpraktikum. Wer alle diese Voraussetzungen erfüllt, muß sich zusätzlich einem Ausleseverfahren unterziehen, da in der Regel die Bewerberzahl weitaus höher liegt, als die Zahl der vorhandenen Studienplätze. (1974 gab es für 360 Bewerber 100 Studienplätze)
Dieses ist der erste Numerus clausus.

Die Priviligierten, die sich trotz dieses Ausleseverfahrens einen Platz an der Schule errungen haben, werden zur Zeit an der Hedwig-Heyl-Schule folgendermaßen ausgebildet:
Von den angegebenen Wochenstunden,ca. 35, fällt von vornherein ca.1/4 aus, das sich in verschiedenen Klassen aufteilt. Prüfungsfächer wie Psychologie, Pädagogik, Didaktik, Englisch usw. fallen teilweise aus (in einer Klasse wurde von April bis Oktober gar keine Psychologie unterrichtet!) oder werden unter unzumutbaren Raumverhältnissen wie z.B. Treppenhäuser, Raucherzimmer, Schüleraufenthaltsräume und Lehrerzimmer erteilt. Musikerziehung wird überhaupt nicht unterrichtet. Erkrankte Lehrkräfte werden nur selten vertreten. Nach Angaben des Stadtschulamtes ist die Hedwig-Heyl-Schule eine der bestbesetzten Schule. Wie sieht es dann erst an weniger gut besetzten Schulen aus?!

Aus all diesen Fakten resultiert ein eklatanter Widerspruch: Großer Unterrichtsausfall einerseits - verschärfte Prüfung andererseits!
Der Entwurf dieser neuen Prüfungsordnung, die, im Gegensatz zur derzeit gültigen Prüfungsordnung, vier statt bisher zwei schriftliche Klausuren nebst mündlicher Prüfung enthalten soll, wurde bereits unter der Auflage der Schweigepflicht Schülern gegenüber, an die Lehrer zur schriftlichen Stellungnahme weitergeleitet.

Was bedeutet diese verschärfte Prüfungsordnung für Lehrer und Schüler?
Durch die Mehrkorrekturen werden die schon überlasteten Lehrkräfte überfordert. Aus diesem Grund stimmen sie auch nicht mit der neuen Prüfungsordnung überein und setzten sich bereits zur Wehr. Die Schüler, die zu den derzeit gültigen Prüfungsbestimmungen in die Schule

eingetreten sind und die Ober- und Unterstufen besuchen, werden darüber im Unklaren gelassen, ob die neue Prüfungsordnung zur kommenden Prüfung in Kraft tritt oder erst diejenigen betrifft, die sich nach dem 1.1.75 bewerben. Man begnügt sich damit, die Sache zu verschleiern und die Schüler mit fadenscheinigen Argumenten wie "die Sachlage ist ja noch gar nicht akut" abzuspeisen. Folge davon ist, daß verschiedenartige Gerüchte wie "Erzieherabschluß, jedoch keine Fachhochschulreife mit nur 2 Klausuren" im Umlauf sind.

Was soll damit erreicht werden?
Nichts anderes, als daß die verschärfte Prüfungsordnung ohne jegliches Zur-Wehr-Setzen der Schüler stillschweigend am 1.1.75 verabschiedet werden kann und bei der kommenden Prüfung in Kraft tritt, was für die Schülerschaft einen zweiten NC bedeutet. Eine verschärfte Prüfungsordnung darf nicht in Kraft treten, bevor sie nicht dem Ausbildungsstand der Schüler entspricht!

(Bericht der Fachschulklassen der Hedwig-Heyl-Schule, Ffm.)

Fall 3: Polizeiaktion gegen Jugendzentrum

"Euch ist das Nutzungsrecht entzogen worden. Ihr müßt hier raus".
Mit gezückter Pistole drangen mehrere Polizisten ins "Alte Haus" ein. Das Jugendzentrum in der Tiergartenstr. wurde geräumt. Jugendliche, die hier endlich eine Möglichkeit gefunden hatten, ihre Freizeit zu verbringen, setzte man auf die Straße. Vor 2 Jahren funktionierten 70 Jugendliche das "Alte Haus" in wochenlanger Kleinarbeit zu ihrem Treffpunkt um.
Mit dem Eigentümer des Gebäudes der Deutschen Eisenbahnversicherung (DEVK) wurde ein Nutzungsrecht vereinbart,und die Bevölkerung unterstützte die Arbeit der Jugendlichen mit Spenden.
Am 5. Dezember 1974 war der Traum von einem eigenen Haus ausgeträumt, die Polizei räumte brutal, ohne rechtliche Handhabe das Gebäude.
Als Argument für die Aktion wurde der schlechte Zustand des Hauses angeführt. Warum das Haus sich aber in einem solchen Zustand befindet, diese Frage wurde nicht gestellt. Die aufgebrachten Eigenmittel und die Spenden reichten bei weitem nicht aus; die Stadt unterstützte das Jugendzentrum nur halbherzig - pro Halbjahr gab es nur DM 4.000, so daß kaum die anfallenden Hausunterhaltungskosten beglichen werden konnten.
Nach einigem Hick-Hack durften die Jugendlichen das Haus wieder beziehen. Kurz vor den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen versprachen ihnen die Politiker Hilfe und ausreichende Unterstützung. Aber den Jugendlichen sitzt die Angst immer noch im Nacken, eines Tages könnte sich die Aktion gegen das Jugendzentrum wiederholen.
Auf der Vollversammlung mit Stadtverordneten und Jugendamt artikulierten die Jugendlichen, was sie von den Versprechungen halten: "Eine Hinhaltetaktik, so was kennen wir schon. Die DEVK will nämlich auf diesem Gebiet ein Bürohaus errichten."
Mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln werden die Jugendlichen sich dagegen wehren.

(Kontaktadresse: Jugendzentrum Riehl, 5 Köln, Tiergartenstr. 10)

Fall 4: Disziplinierung des Ringes Bündischer Jugend e.V. Hamburg durch Mittelentzug und Ablehnung der Förderungswürdigkeit

Seit 1973 laufen die Auseinandersetzungen zwischen der Jugendbehörde und dem R.B.J. Hamburg. Durch eine Reihe von Auflagen (siehe Briefwechsel des R.B.J. mit der Behörde) wurde versucht, den R.B.J. politisch an die Kette zu legen. Gegen diese Form subtiler Disziplinierung hat sich der Jugendverband gewehrt und seine politische Eigenständigkeit betont.
Mit Schreiben vom 25.9.74 ist die Jugendbehörde der Stadt Hamburg zum offenen Kampf gegen einen demokratischen Jugendverband übergegangen: Die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe wurde dem R.B.J. aberkannt. Vage Begründung: er biete nicht mehr die Gewähr für "eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit", auch würde "die freiheitliche-demokratische Grundordnung nicht mehr bejaht".

Gegen diese Disziplinierung haben die Hamburger Jugendverbände (u.a. Jugend der Deutschen Angestelltengewerkschaft, SJD Die Falken, CVJM, Ev. Jugend, Jungdemokraten und Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) sich gewandt und die Weiterförderung des R.B.J. gefordert:
"Der Beschluß und seine Begründung sowie die Stellungnahme von Senator Apel lassen erkennen, daß es hier offensichtlich darum geht, junge Menschen, die unbequeme Meinungen öffentlich äußern, mit den Mitteln des Geldentzugs zum Schweigen zu bringen.

Auch die unterzeichneten Jugendverbände haben untereinander Meinungsverschiedenheiten über die bestmögliche Art und Weise der Durchsetzung und Vertretung demokratischer Jugendpolitik. Keiner von ihnen hält es aber für ein legitimes Mittel, einen anderen demokratischen Jugendverband durch finanziellen und anderweitigen materiellen Druck und Zwang zu disziplinieren und in seiner Entfaltung zu behindern. Dies aber tut der Senat gegenüber dem RBJ Hamburg. Für die unterzeichneten Hamburger Jugendverbände ist die von der Deputation gegebene Begründung, die auf die geleistete Jugendarbeit des RBJ und seiner Mitgliedsverbände nicht eingeht, keine Grundlage für eine Aberkennung der Förderungswürdigkeit des RBJ. Vielmehr sehen sie darin einen Angriff gegen das Grundrecht der freien Meinungsäußerung aller Hamburger Jugendverbände. Der Zusammenhang mit den Berufsverboten im öffentlichen Dienst und den Angriffen von Unternehmern gegen gewerkschaftliche Jugendvertreter liegt nahe.

Daher weisen die unterzeichneten Jugendverbände den von der CDU initiierten und vom Senat durchgeführten Angriff auf den RBJ zurück. Sie protestieren gegen die Beschneidung des Rechtes der Jugendverbände auf freie Meinungsäußerung und Entfaltung eigenständiger Jugendarbeit und fordern für den RBJ und seine Mitgliedsverbände die weitere staatliche Anerkennung und Förderung."

Auf der Abschlußveranstaltung des Jugendpolitischen Forums wurde mehrheitlich eine Resolution zum R.B.J. verabschiedet, in der "gegen die staatliche Disziplinierung demokratischer Jugendverbände" protestiert wird.

- Aktionen gegen die Aberkennung der Förderungswürdigkeit des RBJ -

Am 4.10.74 wurde von ca. 800 Teilnehmern einer Protestveranstaltung eine Demonstration gegen den Angriff des Hamburger Senats auf den BDJ/RBJ beschlossen. Es sollte deutlich gemacht werden, daß es sich bei der gegenwärtigen Jugend- und Bildungspolitik des Senats um einen zielgerichteten Angriff auf die Rechte der Bevölkerung und insbesondere der Mehrheit der Jugendlichen handelt. Alle Jugendlichen, die von der Verschlechterung und den politischen Angriffen im Bildungswesen, in der Jugendarbeit und im Betrieb betroffen sind, sollten sich zusammenschließen und dagegen vorgehen.
Diese Demonstration wurde am 8.11.74 von ca. 2 600 Personen gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats durchgeführt. Sie wurde unterstützt von ca. 40 Schüler-, Studenten- und Jugendvertretungen, Jugendorganisationen und Jugendinitiativen, Gewerkschaftsgruppen und politischen Organisationen, die sich zu einer Aktionseinheit zusammengeschlossen hatten. Die Hauptparole der Demonstration war - Gemeinsam im Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte -.

Am 6.12.74 führte die Aktionseinheit "Gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats" eine Diskussions-Veranstaltung durch, auf der die 1 000 Anwesenden einstimmig eine Demonstration im Januar beschlossen. Schwerpunkt dieser Demonstration sollte der Protest gegen die Verschlechterung der Berufsausbildung (Stufenausbildung, Lehrstellenverknappung, Jugendarbeitslosigkeit) und gegen die jüngsten Sparmaßnahmen des Senats sein. Um diese Aktion auf eine möglichst breite Basis zu stellen, wurde der Koordinations-Konferenz der Hamburger Jugendverbände der Vorschlag unterbreitet, sich dieser Aktionseinheit anzuschließen. Nachdem sich Vertreter der Jungdemokraten und Falken für eine gemeinsame Demonstration ausgesprochen hatten, lehnte der Vertreter der SDAJ dies grundsätzlich ab, da es keine inhaltliche Gemeinsamkeiten gäbe. Die SDAJ und der von ihr majorisierte KJA (Kreisjugendausschuß des DGB) beschlossen, eine eigene Demonstration am 19.2.75 durchzuführen.
Die Demonstration der Aktionseinheit gegen die Lehrstellenverknappung, Jugendarbeitslosigkeit und reaktionäre Bildungspolitik des Hamburger Senats wurde am 17.1.75 mit ca. 3 000 Teilnehmern durchgeführt.

Der RBJ hat am 11.10.74 Widerspruch gegen die Aberkennung der Förderungswürdigkeit eingelegt. Dieser Widerspruch wurde am 14.11.74 ablehnend beschieden. Eine Klage gegen die Freie und Hanse-Stadt Hamburg läuft.

(Dokumentation gegen Voreinsendung v. DM 1.50 R.B.J., 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 4)

Fall 5: Disziplinierung im Berufspraktikum

Am 24.12.74 erhielten drei Berufspraktikanten der FHS-Hamburg die Mitteilung, daß sie den zweiten Abschnitt des Berufspraktikums im Projekt Steilshoop am 2.1.75 aus bestimmten Gründen nicht beginnen dürften.

Nach einem Gedächtnisprotokoll erklärte der Senatsdirektor der Arbeits- und Sozialbehörde (AuSB) zur Begründung sinngemäß folgendes:
"Er habe eine Mitteilung bekommen, (auf die Frage "von wem?" entgegnete Frau Schürer: "Nun stellen Sie sich nicht dümmer als Sie sind." Herr Winckelmann: "Vom Verfassungsschutz natürlich.") aus der hervorgehe, daß alle drei Betroffenen Mitglieder der Kommunistischen Partei und über das Maß hinaus aktiv seien.
Er bedauere, daß diese Mitteilung erst so spät eingetroffen sei, da man sonst bereits zu einem früheren Zeitpunkt hätte Vorkehrungen treffen können. Herr Winckelmann betonte ausdrücklich, daß in Zukunft solche Entscheidungen bereits im Zwischenpraktikum fallen können.
Herr Winckelmann betonte ausdrücklich, daß entsprechende Mitteilungen des Verfassungsschutzes demnächst der AuSB früher vorliegen werden, so daß bereits bei der Praktikumsplanung eingegriffen werden könne.
Auf die drei Betroffenen bezogen betonte Herr Winckelmann, daß seiner Entscheidung keine fachlichen Gründe zugrunde lägen, sondern deren allgemeine politische Tätigkeiten.
Er stellte mehrfach fest, daß er die drei Berufspraktikanten von ihrer praktischen Tätigkeit her nicht beurteilen könne. Herr Winckelmann erklärte, daß seine Entscheidung, die mit seinem Vorgesetzten abgestimmt sei, im Rahmen des Senatsbeschlusses läge. Er wisse zwar, daß die Ausbildung betreffend kein förmlicher Senatsbeschluß vorläge, er würde jedoch in jedem Fall so handeln.
Er betonte, daß dies zum Vorteil der Berufspraktikanten sei, denn diese administrative Maßnahme bedeute eine Aufschiebung der Prüfung des Einzelfalles bis zum Ende der Ausbildung. Nur durch diese Aufschiebung sei die Beendigung der Ausbildung möglich."

SOZIALARBEITERIN/PÄDAGOGIN

ab sofort für Jungenwohngemeinschaft (FE/FEH) gesucht. (Auch Jahrespraktikanten)

Teamarbeit erforderlich.
Bezahlung: BAT IV

Bewerbung an:
Arbeitsgemeinschaft Soziale Arbeit e.V.
5 Köln 41, Mommsenstr. 6

REDAKTIONSMITTEILUNGEN

1. Arbeitsprogramm 1975

Auf den Redaktionssitzungen am 25.10. in Düsseldorf und am 10./11.1.75 in Frankfurt haben wir uns eingehend mit der Info- und Arbeitsseminarplanung für 1975 beschäftigt.
Ursprünglich war vorgesehen, den Info Nr. 9 "Sozialarbeit in Jugendzentren" noch 1974 herauszubringen. Die Vorbereitungen zum Jugendpolitischen Forum und seine Durchführung haben uns aber so in Anspruch genommen, daß eine Fertigstellung im Dezember nicht mehr möglich war. Hinzu kommt, daß wir mit der Herausgabe der Info-Hefte Nr. 6-8 (Nr. 6 Einfachnummer 72 Seiten / Nr. 7 80 Seiten/ Nr. 8 72 Seiten) die vorgesehene Kapazität des Info's für 1974 (Herausgabe von 4 Heften mit max. je 56 Seiten) voll ausgeschöpft haben.
Trotz gestiegener Papier- und Druckkosten haben wir den Abonnementpreis 1975 nicht erhöht. Dies setzt aber voraus, daß wir uns jeweils in dem für alle Informationsdienste des Sozialistischen Büros geltenden Kapazitätsrahmen bewegen.
Der Info Nr. 9 erscheint daher als 1. Heft im Abonnement 1975.
Da neben dem Schwerpunktthema noch Berichte zum Jugendpolitischen Forum und zum Jugendhilferecht etc. anfielen, haben wir uns entschlossen, zu Beginn des Jahres eine Doppelnummer herauszubringen.

Folgende Themen sind für die nächsten Hefte geplant:
- Sozialarbeit im Knast (dazu Arbeitsseminar v. 21.-23.3.75)
- Organisierung von Sozialarbeitern (Arbeitsseminar v. 1.-4.5.75)
- Institutionelle Probleme stadtteilbezogener Sozialarbeit (6.-8.6.75)

Neben dem Informationsdienst werden wir 1975 weitere Broschüren in der Reihe "Arbeitsmaterialien für Sozialarbeit/Sozialpädagogen" veröffentlichen. In wenigen Wochen erscheint die 2. Broschüre "Arbeitermädchen im Jugendzentrum".

2. Kurzinformation zum Arbeitsseminar "Selbstverständnis Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro" v. 27.-29.9.74

Anlaß dieses Seminars war auf der einen Seite der vielseitige Wunsch, im Zuge der Weiterentwicklung innerhalb des Sozialistischen Büros und der in diesem Zusammenhang mitarbeitenden Gruppen, diese Weiterentwicklung zu diskutieren und nutzbar zu machen für unsere eigene Arbeit, auf der anderen Seite wurde sporadisch immer wieder von einzelnen Genossen die Eingebundenheit des Info Sozialarbeit in den Zusammenhang Sozialistisches Büro problematisiert und infrage

gestellt.
Das Seminar sollte dazu dienen, diese Fragen zu klären
- im Hinblick auf eine innere Stabilisierung des Arbeitsbereiches;
- auf das Herausarbeiten der Grenzen unseres berufsfeldbezogenen Arbeitsansatzes;
- auf die darüber hinausgehenden Organisationsschritte und -stufen.

Teilgenommen haben 30 Genossen und Genossinnen: Neben einzelnen Genossen aus Frankfurt und Marburg, Vertreter aus folgenden Gruppen: AKS Westberlin, AK Karolinenviertel Hamburg, AKS Düsseldorf, AKS Frankfurt, SZ München, FHS-Initiative München, SLB, Info Arbeiterbildung und Vertreter des Arbeitsausschusses Sozialistisches Büro.
Eine Reihe weiterer Gruppen und Genossen hatten sich entschuldigt.

Zum Seminar wurden drei Arbeitspapiere
- Chronologie und aktuelle Probleme des Info Sozialarbeit
- Organisation als Ausdruck artikulierter Basisinteressen
- Berufsständische oder politische Organisierung
vorgelegt, die in den Diskussionszusammenhang an bestimmten Punkten eingebracht wurden.

Ausgangspunkt war die Frage "Was heißt Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro? Welche Konsequenzen hat dies für unsere Arbeit? Welche Interessen werden von uns formuliert und wie können sie in den Zusammenhang SB eingebracht werden. Zwei Probleme standen dabei in der Diskussion, die nicht immer stringent geführt wurde, im Vordergrund
- Problem des berufsfeldbezogenen Arbeitsansatzes
- Organisationsansatz der im SB zusammenarbeitenden Gruppen.

Über die Frage, an welchen Problemen arbeiten die verschiedenen Gruppen z.Zt., wurden Problemzusammenhänge formuliert, die für eine Zusammenarbeit mit anderen Gruppen im Rahmen des SB relevant sind:
- Welche Rolle spielt die Sozialarbeit in Selbstorganisationsprozessen?
- Welche Folgen hat das neue Jugendhilferecht für die realen Arbeitsbedingungen?
- Probleme der Ausbildung an den Fachhochschulen?
- Perspektiven beruflicher Arbeit - Politisierung der Kollegen und Studenten
- Zielrichtung und Perspektive gewerkschaftlicher Arbeit - Tarifauseinandersetzungen.

In der Diskussion am Beispiel "Selbstorganisation von Interessen" einmal herauszuarbeiten, was es heißt "Organisierung im Zusammenhang des Sozialistischen Büros", stand immer wieder das Problem der Vermittlung von aktuellen politischen Notwendigkeiten bezogen auf konkrete Interessen und eine übergreifende politische Strategie, im Vordergrund. So wurden Fragen wie "Was ist eigentlich sozialistisch an unserer Tätigkeit?" oder "Verfolgen wir mit unserer Arbeit eine berufsreformerische oder sozialistische Strategie?" und aktuelle Probleme z.B. Einführung des Praktikantenamtes nebeneinander diskutiert.

Übereinstimmung herrschte jedoch darin, daß nach einer inneren Stabilisierung in dem Arbeitsfeld Sozialarbeit die Zusammenarbeit mit Sozialisten in den anderen Bereichen zunehmend wichtiger wird.

Einen Ansatzpunkt für eine solche Zusammenarbeit bieten z.B. die Sozialistischen Zentren (die z.T. vorhanden bzw. noch aufgebaut werden müssen), in denen die Genossinnen und Genossen, die ihre politische Praxis im Zusammenhang des SB bestimmen, zueinander auf regionaler Ebene Kontakt finden können. Die Form dieser Zusammenarbeit kann sicher erst dann bestimmt werden, wenn klar ist, welche gemeinsamen politischen Interessen und Anforderungen auf alle Berufsbereiche zutreffen, wenn sich Erfahrungen in den Betrieben mit denen in anderen Bereichen verbinden lassen. Berührungspunkte eines Erfahrungsaustausches und gemeinsamen politischen Ansatzes bieten neben aktuellen Erfordernissen, z.B. Kampagnen, Probleme der Selbstorganisation und die Aufarbeitung von Erfahrungen.

Kritisiert wurde nun, daß nicht mehr die Entscheidungsfrage, welches Verhältnis haben die am Info Sozialarbeit mitarbeitenden Gruppen und Genossen zum Sozialistischen Büro, im Vordergrund stehe.
Dem wurde entgegengehalten, daß das Verhältnis der Gruppen zum SB nicht bestimmt wird durch ein "ja" oder "nein", sondern von den Problemlagen der einzelnen Gruppen und Genossen und es notwendig sei, ausgehend von der Situation der Sozialarbeiter ihr Verhältnis zu bestimmen.
Wie die Diskussion zeigte, ist dies für den überwiegenden Teil der Gruppen und Genossen eh keine Frage mehr. Sie gehen davon aus, daß die politische Infrastruktur des SB dazu beitragen kann, die Probleme und die Situation von Sozialarbeitern in einem größeren Rahmen zu diskutieren und sich Perspektiven für Sozialarbeiter aufzeigen.
Allerdings sollten die Prinzipien, die für eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Gruppen innerhalb des Büros sprechen, herausgearbeitet werden, damit sich andere Gruppen mit dieser Position auseinandersetzen können; es sollte verdeutlicht werden:
- was meinen wir mit dem berufsfeldbezogenen Arbeitsansatz (der Vorwurf der Berufsbornierung muß politisch gewendet werden);
- was verstehen wir unter alternativer Praxis, bei Ablehnung "der revolutionären Berufspraxis".

Übereinstimmung bestand weiterhin darin, daß die vorgelegten Diskussionspapiere entsprechend den Diskussionen auf dem Arbeitsseminar überarbeitet werden sollen. Daran sollten sich problematisierende Diskussionsfragen anschließen:
1. Welche übergeordnete Bedeutung hat der berufsfeldbezogene Arbeitsansatz?
2. Welcher strategische Stellenwert hat die Selbstorganisation?
3. Wie kann der Kommunikationsrahmen innerhalb des SB erweitert werden?

Diese Arbeitspapiere sollen allen bisher am Info mitarbeitenden Gruppen und Einzelnen zugesandt werden; sie sind aufgefordert, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Diese Diskussion wird öffentlich geführt und das Info hätte die Aufgabe, diese zu publizieren und voranzutreiben.
Gleichzeitig sollte ein Kommunikations- und Organisationsrahmen innerhalb des Sozialistischen Büros mit entwickelt werden, der aufbaut auf unseren bisherigen Erfahrungen und von zwei Prinzipien ausgeht:

- die Kommunikation zu organisieren, kann nicht mehr allein dem Zufall überlassen bleiben; die gemeinsame Arbeit muß eine größere Verbindlichkeit erhalten, sowohl im Arbeitszusammenhang Info Sozialarbeit, wie auch im Rahmen des SB;
- die Möglichkeit der Mitarbeit von anderen Gruppen oder Einzelnen (die den politischen Schritt zu einer verbindlichen Arbeit im Zusammenhang des SB nicht oder noch nicht vollziehen wollen, aber ein Interesse haben, im Rahmen des Info Sozialarbeit an den Problemen der Berufspraxis mitzuarbeiten) ist wesentlicher Bestandteil unserer Arbeitsweise.

Anmerkung:
Auf der letzten Redaktionssitzung haben wir beschlossen, die im Herbst begonnene Diskussion auf einem Arbeitsseminar vom 1. - 4.5.75 fortzusetzen. Ausgehend von den oben genannten Beiträgen und im Zusammenhang mit der SB-Thesendiskussion sollen folgende Themenkomplexe im Mittelpunkt stehen:
- Verhältnis Produktions- zum Reproduktionssektor, Rolle und Funktion der Sozialarbeit im Zusammenhang mit der Staatsanalyse;
- Gewerkschaftsfrage;
- örtliche Organisierung.

Die Seminarergebnisse sollen dann Inhalt eines der nächsten Info-Hefte sein, das sich schwerpunktmäßig mit der Organisierungsfrage beschäftigt.

3. Materialien zur Jugend- und Sozialarbeit

Wir erhalten immer wieder Anfragen nach Materialien und schwer zugänglichen Papieren aus dem Bereich Jugend- und Sozialarbeit. In der Redaktionssitzung vom 1o./11.1.75 haben wir daher auf Anregung der Sozialarbeitergruppe im SZ Dortmund beschlossen, zu bestimmten Themen solche Materialienmappen auf einfache und billige Art und Weise zusammenzustellen.
Den ersten Versuch machen wir mit dem Perspektivplan des Bundesjugendministeriums. Dieses Diskussionspapier des BMFJG zum Bundesjugendplan, das allein der Abklärung zwischen den zuständigen Ressorts von Bund, Ländern und Gemeinden dienen soll, wurde bisher der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht. Interessierte erhalten dieses 23 Seiten starke Papier gegen Voreinsendung von DM 2.5o incl. Porto zugesandt. Den Vertrieb übernimmt: Sozialarbeitergruppe im SZ Dortmund, c/o Jürgen Heinze, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 149.

Geplant ist weiterhin eine Zusammenstellung wichtiger Daten und Berichte zur Jugendarbeitslosigkeit.

NACHRICHTEN/TERMINE

1.) Jugendarbeitslosigkeit nimmt zu

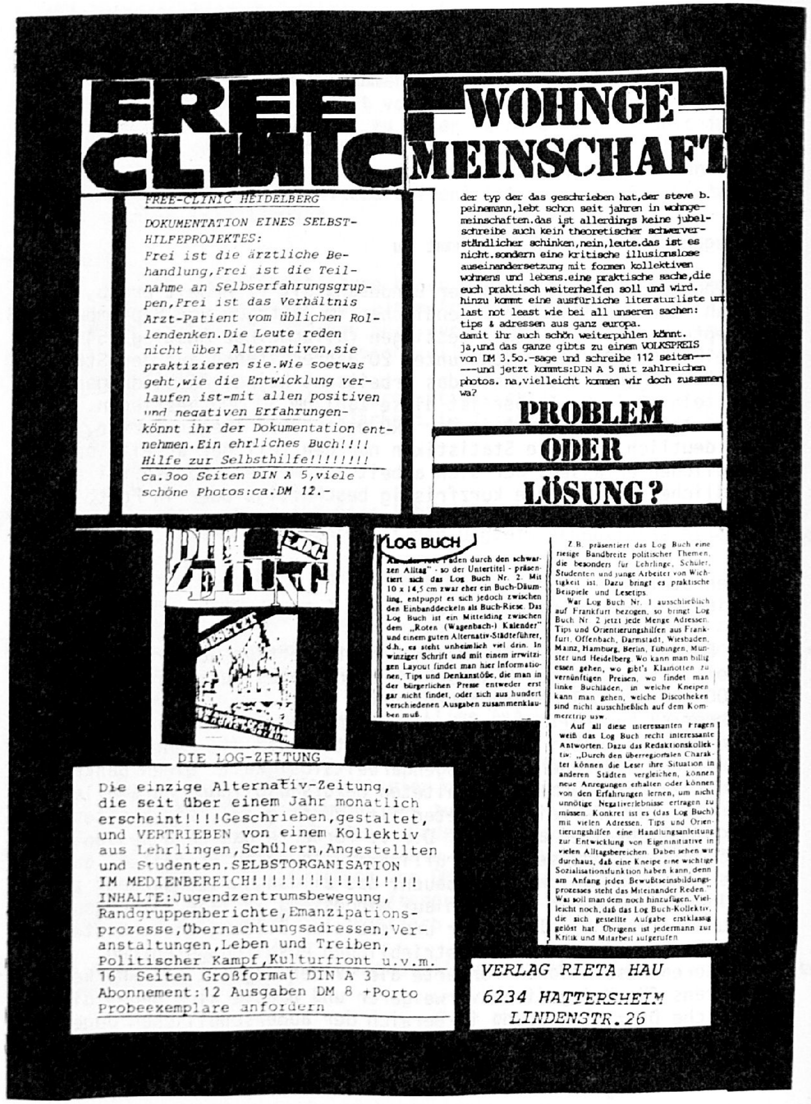
Wie eine Sonderuntersuchung der Bundesanstalt f. Arbeit ergab, ist die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Zeitraum von September 1973 bis September 1974 um 253 % gestiegen (allgemeiner Anstieg 154 %). Das heißt 69 800 Jugendliche unter 20 Jahren stehen auf der Straße; für 3 800 Jugendliche konnte das Arbeitsamt keinen Ausbildungsplatz vermitteln. Seit September ist diese Zahl um 30 000 gestiegen.
Daß die tatsächliche Zahl in der BRD weit höher liegen dürfte, wird daran deutlich, daß die Statistiken nur den Teil der arbeitslosen Jugendlichen erfassen, der sich arbeitslos meldet. Ebenso fallen die Jugendlichen heraus, die kurzfristig beschäftigt oder in Fortbildungsveranstaltungen untergebracht sind. (siehe dazu "express" Nr.1/75)

2.) Lehrstellenrückgang - "eine Folge der Agitation von linken Systemkritikern"

Diese Bemerkung des CDU-MdL Weirich löste heftige Gegenreaktionen der Vollversammlung des Hessischen Jugendringes aus, der in Hessen ca. 500 000 Jugendliche repräsentiert.
Auf ihrer VV beschäftigte sich der Jugendring mit Fragen der beruflichen Bildung, wobei er deutlich machte, daß die Lehrstellenverknappung und die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit "einen Bankrott der von den Unternehmern verwalteten Berufsausbildung darstelle".
Die Antwort der Parteienvertreter fiel dürftig aus, sie konnten keine Lösungsmöglichkeiten anbieten. Die VV forderte das Land Hessen auf, eine Situationsanalyse der beruflichen Bildung zu erstellen, das Berufsgrundbildungsjahr auszubauen, das Bildungsurlaubsgesetz zu novellieren und einen Anspruch auf mindestens 10 Tage Bildungsurlaub mit ausschließlich politischer und sozialer Bildung sicherzustellen, sowie die Schaffung von überbetrieblichen Ausbildungszentren.
In weiteren Resolutionen forderte die VV den Wegfall des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer und wandte sich gegen die politische Disziplinierung im Bereich der außerschulischen Jugendbildung. Insbesondere wurden die Disziplinierungen des Stadtjugendringes Darmstadt, des Ringes Bündischer Jugend und des SHB und SVI durch Streichung der öffentlichen Mittel verurteilt.

3.) Berufsverbot verfassungswidrig - Stadt München geht in die Revision

Im Info Sozialarbeit Nr. 6/74 berichteten wir über die Nichteinstellung des Sozialarbeiters H.G. Frieser durch die Stadt München.



Die Einstellung wurde mit seiner DKP-Mitgliedschaft begründet. Das Münchner Arbeitsgericht hat nun gegen die Stadtverwaltung entschieden: das Berufsverbot ist rechts- und verfassungswidrig. Die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei (DKP) "kann nicht für die mangelnde Eignung für ein öffentliches Amt hergenommen werden". "Nach Art. 33 Abs. 2 GG haben alle Deutschen gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung (die wurde ihm nie von der Stadt bestritten, d. Red.)..... dem steht nicht entgegen, daß Frieser Mitglied der DKP ist."
Betont wird im Urteil, daß "Mitglieder, Funktionäre und Anhänger einer Partei (dies gilt auch für Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst)bei der Ausübung ihrer parteipolitischen Tätigkeit" durch das Parteienprivileg Art. 21 Abs. 2 GG geschützt wird.
Wie wir erfahren haben, wird sich die Stadt München nicht an dieses Urteil halten, sie verfolgt mit allen Mitteln die Aufhebung des Urteils und wird in die Revision gehen, denn dieses Urteil könnte ja Dämme brechen und die Disziplinierung und Berufsverbotspraxis zumindest erschweren.

4.) KPD-Fraktion aus der Heim & Erzieher Zeitschrift (Westberlin) ausgeschlossen

Nach langen internen und öffentlichen Auseinandersetzungen (siehe 'hez' 10/74) wurde am 7.1.1975 auf einer Redaktionssitzung mit 13 (nicht parteigebundenen Mitgliedern) gegen 7 Stimmen bei einer Enthaltung (2 Redaktionsmitglieder waren nicht anwesend) der Ausschluß von 8 KPD-Sympathisanten beschlossen.
Der Ausschluß wurde mit ihrer Redaktionspolitik (zunehmende an der KPD orientierte Interessenpolitik) und der Nichteinhaltung von Mehrheitsbeschlüssen begründet. So wurden z.B. Artikel als Reaktionsartikel gekennzeichnet, obwohl sie nicht abgesprochen waren; eine 'hez' Anzeige in dem anläßlich des Jugendpolitischen Forums verteilten Flugblattes "Initiative für einen Bund sozialistischer Lehrer und Erzieher" war nicht von der Redaktion beschlossen worden.

Am 28. Januar 1975 findet in der FHSS (Goltzstr. 43) eine öffentliche Veranstaltung statt, in der über den Ausschluß, aktuelle Probleme im Heimbereich und die zukünftige 'hez'-Arbeit diskutiert werden soll. (Wir werden darüber berichten)

5.) Seminare und Ski-Freizeiten im Jugendbildungszentrum Ronneburg

Im Rahmen des Bildungsurlaubs werden Wochenendseminare zum Thema "Gesellschaft und sozialer Wandel" durchgeführt. Termine: 15.2. - 16.2.75 und 10.3. - 14.3.75.
Preiswerte Ski-Freizeiten in Kirchberg und Kitzbühl/Tirol vom 15. - 23.3.75/16. - 26.3.75 und in Saalbach/Hinterglemm vom 31.3. - 7.4.75.
Informationen: JBZ Ronneburg, 6451 Ronneburg, Hess. 2, Am weißen Berg.

6.) Treffen der Frauengruppe Jugendpolitisches Forum

Vom 16.-19. Mai 75 sollen die in der AG "Arbeitermädchen im Jugendzentrum" aufgeworfenen Fragen und Probleme weiterdiskutiert werden (siehe auch Seite 69). Interessierte, die in Jugendzentren mit Arbeitermädchen arbeiten, wenden sich bitte an die Kontaktadresse: Oberregionale Frauengruppe JupoFo c/o Dagmar Straube, 6 Ffm., Hamburger Allee 49.

7.) Arbeitsseminare Info Sozialarbeit

- "Sozialarbeit im Knast": 21. - 23. März 1975 in Göttingen
  Kontaktadr.: Dörthe Uhlendorf, 34 Göttingen, Ruhstrathöhe 7
  (Anmeldeschluß: 10.3.1975)
- "Organisierung von Sozialarbeitern": 1. - 4. Mai 1975
  Anmeldung: Info Sozialarbeit
- "Inst. Probleme stadtteilbezogener Sozialarbeit":
  6. - 8. Juni 1975 in Hamburg
  Kontaktadr.: Herbert Effinger, 2 HH 1, Repsoldstr. 49.

8.) Treffen für Stadt-, Regional- und Landesplaner

Genossen aus dem Raum Hessen, Westfalen und südliches Niedersachsen, die in diesen Bereichen, sowie in Bürgerinitiativen und Stadtteilgruppen arbeiten, wenden sich bis zum 1. März an E. Beerens, 355 Marburg, Haspelstr. 4.

9.) Wohngemeinschaftstreffen

Vom 28.2.-7.3.75 auf Burg Rothenfels/Main. Anfragen an: Elmar Senghaas, c/o KSG, 87 Würzburg, Hofstallstr. 4, Tel. 0931/51607

1o.) Nicht öffentlicher Jugendhilfekongreß der AGJ

Vom 3.-5.6.75 soll in Düsseldorf der AGJ Jugendhilfekongreß zum Thema "Jugend und Recht" vor ausschließlich geladenen Gästen stattfinden. Nach dem Willen der Organisatoren wollen Sozialadministration und Verbandsfunktionäre unter sich diskutieren. Die Jugendverbände stellen 15o, Wohlfahrtsverbände 1oo, Fachorganisationen 1oo, Landesjugendämter 8o und oberste Jugendbehörden 5o Teilnehmer.

MATERIALIEN

1. Ausbeutung im Knast, eine Dokumentation über die Produktionsverhältnisse im Knast in der von den Gefangenen selbst auf die ökonomisch und politisch relevante Funktion des Knastes hingewiesen wird.
   Herausgeber: Kollektiv Rote Hilfe München; Bestellungen bei Peter Schult, 8 München 90, Germersheimerstr. 26, gegen Voreinsendung von DM 2.50 + Porto (ab 10 Ex. DM 2.--).
2. Info Strafvollzug, herausgegeben von der AG Knast Darmstadt. Nr. 3 bringt u.a. Beitrag zur Gefängnisarchitektur, zu Holger Meins, Bericht eines Gefangenen auf Transport. Gegen Voreinsendung von DM 1.-- in Briefmarken bei AG Knast c/o AStA FHS, 61 Darmstadt, Schöfferstr. 3.
3. Nachrichtendienst der Gefangenenräte Nr. 6 bringt Berichte aus Haftanstalten und psychiatrischen Anstalten des In- und Auslandes, Briefe von Eingeschlossenen, Dokumente zum Hungerstreik etc. Zu beziehen: Gefangenenrat Frankfurt c/o Büro Goller, 6 Ffm., Glauburgstr. 75a, gegen Voreinsendung von DM 2.-- (für Inhaftierte kostenlos).
4. 'Ausgeklammert' - Gefangenenzeitschrift der JVA Ludwigsburg und Schwäbisch Gmünd Nr. 7: u.a. Beiträge zum Thema Weihnachten, zur Arbeit der Einweisungskommission, Bericht über eine Tagung "Gefangenenzeitung". Kostenlos erhältlich über: Redaktion "ausgeklammert?", 7140 Ludwigsburg, Postfach 727.
5. Spanien - Aktuell - deutsch-spanischsprachige Informationszeitschrift der Solidaritäts-Kommissionen mit den politischen und sozialen Gefangenen Spaniens - bringt u.a.: Chronologische Darstellung der Kämpfe in Spanien, Mariscos und Francoismus, Gefangene im Hungerstreik, Briefe aus Spanien. Gegen Voreinsendung von DM 1.-- + Porto bei Ernst Otto Kess, 8 München 1, Postfach 568.
6. Neue Materialien zum Thema Bundeswehr und Kriegsdienstverweigerung: Dokumentation "Bundeswehr: Wolf im Schafspelz" (DM 2.-- + -.50 Porto); Dokumentation "Jugend, Öffentlichkeit, Bundeswehr" (DM 2.-- + -.50 Porto); Zusammenstellung "Bundeswehr probt den Notstand" (DM -.40 + -.50 Porto). Bezug: Arbeitskreis Bundeswehr und KDV, c/o F. Roth, 54 Koblenz 1, Schützenstr. 40.
7. AMOS - Kritische Blätter aus Westfalen Nr. 2/74: Beiträge zu Portugal, Spanien, 40 Stunden-Woche, Strafvollzug, Zur Sozialismus-Diskussion etc. Jahresabonnement DM 10.--; Redaktion: 463 Bochum, Lennershofstr. 66/8.
8. Sozialtherapie Frankfurt - Informationen über die 1973 gegründete Gruppe, Konzept des geplanten gemeindepsychiatrischen Zentrums, Bericht über den Entwicklungsstand des Projektes. Gegen Einsendung eines Unkostenbeitrages von DM 6.-- (PSCHKto Ffm., 13191-601, Sozialtherapie Ffm., Postfach 2832).
9. Dokumentation - Gegen Berufsverbote und Ausländerverfolgung - am

Beispiel Karam Khella's. 21 Seiten; Solidaritätspreis DM 1.-.
Bezug: Fachschaftsrat SPZ, Uni Hamburg, 2 HH, Sedanstr.

10. Jugendwohnkollektive - der 1. Bericht des SPAK Konstanz ist vergriffen. Interessenten kann gegen Voreinsendung von DM 3.-- + Porto der zweite Erfahrungsbericht über die Arbeit des SPAK Konstanz zugesandt werden. Bezug: W. Knappe, 775 Konstanz, Friedrichstr. 22
11. "roter Falke" - Zeitschrift der SJD Bezirk Hannover - bringt in der Januar Ausgabe: u.a. Jugendpolitisches Forum, Thesen zur RAF, Berichte aus dem Verband. Bezug: SJD, 3 Hannover, Walderseestr.100.
12. Basis-Press - die Sozialistische Korrespondenz Südbayern - Nr.6/7 enthält u.a. Arbeitsergebnisse zur Gründung eines Sozialistischen Zentrums, sowie Aspekte zur Lage in Bayern. Bezug: gegen Voreinsendung von DM 1.-- + Porto in Briefmarken über Hans Poppel, 8 München 80, Kirchstr. 83.
13. Kölner Volksblatt - Bürgerinitiativen informieren - Nr. 1/75 u.a. von der Wirtschaftsfront, Experimente der Bayer-Werke, Polizeieinsatz im Jugendzentrum. Bezug: gegen Voreinsendung von DM 1.-- über Betrieb Rode/Stankowski, 5 Köln 60, Merkenicherstr.99.
14. Hochschulbrief Ev. Fachhochschulen 1/74 enthält einen Beitrag zur Auseinandersetzung um den 5. DJHT zwischen AGJ und Sozialistische Aktion. Bezug: Ev. FHS Reutlingen, 741 Reutlingen, Ringelbachstr. 221.
15. Hessische Jugend 3/74 Heftthema: Ein neues Gesetz für Jugendhilfe? u.a. Beiträge zum neuen Jugendhilferecht u. Jugendpolit. Forum. Bezug: Hess. Jugendring, 62 Wiesbaden, Albrechtstr. 15.
16. Dokumentation zur Auflösung der FHS des Caritas-Verbandes in Heidelberg, sie enthält neben den Berichten zur Auflösung, Beiträge zur Funktion der Sozialarbeit im Kapitalismus, zur Ausbildung der Sozialassistenten. Bezug: AStA Kath. FHS, 78 Freiburg, Wölflinstr. 4.
17. Konzept für ein Jugendzentrum. Kann angefordert werden bei: Jugendwohn- und Lehrlingsheim der AWO, 87 Würzburg, Berliner Platz 10.

JUGENDSEKRETÄR

Die SJD-Die Falken, Kreisverband Köln,
sucht für die Jugendarbeit in Köln

hauptamtlichen Mitarbeiter

zum 1.April 1975

Voraussetzung sind:
mindestens 21 Jahre alt, abgeschlossene Berufsausbildung oder abgeschlossenes Studium als Sozialarbeiter, Lehrer etc.

Bezahlung und andere Leistungen erfolgen in Anlehnung an BAT.

Die Bewerbungsunterlagen sind zu schicken an:
SJD-Die Falken, 5 Köln 1, Severinswall 32, Telefon 32 13 77

KLEINANZEIGEN

Pädagoge (Magisterabschluß in Soziologie und Pädagogik) sucht Arbeit im Bereich der Erwachsenen- oder Jugendbildung, auch Lehrtätigkeit erwünscht; möglichst Raum München. Angebote an das Sozialistische Büro unter Chiffre 2/16.

FHS-Absolventin (Sozialpädagogik) sucht Stelle in der Kinder- und Jugendwohnkollektivarbeit, Jugendverbandsarbeit oder Jugendbildungsarbeit. Praktische Erfahrungen in diesen Arbeitsfeldern sind vorhanden. Angebote unter Chiffre 2/17.

FHS-Student (München), Ausbildungsschwerpunkt Gemeinwesen und Stadtteil sucht ab Herbst 1975 Arbeitsstelle zur Ableistung der Praxissemester. Bevorzugt: Mitarbeit in Gruppen, die mit Sanierung beschäftigt sind. Angebote über Chiffre 2/18.

Betriebswirt grad. (Personal- u. Ausbildungswesen, Sozialpsychologie, Rechtspolitik) sucht zum 1.4.75 oder später entsprechende Tätigkeit im sozialen Bereich. Norbert Mehles, 3501 Niestetal, Schladeweg 7.

Drei Zivildienstleistende gesucht für die Arbeit mit dissozialen und drogengefährdeten Jugendlichen. Gesucht werden Leute, die selbständig arbeiten können und evtl. über pädagogische Erfahrungen verfügen. Kontakt über Volkhard Knigge, 34 Göttingen, Goßlerstr. 23 T.0551/57957.

Sozialarbeiter gesucht für die pädagogische Betreuung einer Jugendwohngemeinschaft mit männlichen Jgdl. ab 15 Jahren. Bezahlung BAT IVa, Fahrgeld. Es arbeiten mit: Schulpädagoge, Berufspraktikantin, Ersatzdienstleistender, Psychologe und ehrenamtliche Mitarbeiter. Anfragen: Verein f. soziale Jugendarbeit, 463 Bochum, Wittenerstr. 462.

Bildungsreferenten(in) für Bildungsarbeit mit Arbeiterfamilien gesucht. Sozialpädagogische Ausbildung oder entsprechendes Studium, sowie prakt. Erfahrungen in der Erwachsenenbildung ist Voraussetzung. Bezahlung BAT, 13. Monatsgehalt, 14 Tage Bildungsurlaub u. 4 Wochen Mindesturlaub. Bewerbungen an: Progressiver Eltern u. Erzieherverband NRW, 465 Gelsenkirchen, Bahnhofstr. 74/76.

Gesucht werden Materialien, Hinweise, Kontakte:
- "Die sozialen u. psychischen Folgen von Arbeitslosigkeit" Dagmar Egnstfed, 58 Hagen, Dahlenkampstr. 12;
- "Kontroverse zwischen standesärztlicher u. gewerkschaftlicher Gesundheitspolitik" Michael Penners, 5 Köln, Bachemerstr. 27;
- "Integration des Berufspraktikums/Curriculumentwicklung an Sozialarbeiterfachhochschulen" Elisabeth Welte, 78 Freiburg, Rehlingstr. 4;
- "Geschichte der Sozialarbeit, Kinder- u. Jugendfreizeit, Erwachsenenbildung" H. Steffens, 32 Hildesheim, Struckmannstr. 8;
- Wer hat Anti-Ödipus gelesen? W. Reiter, 8 München 40, Motorstr. 38;
- "Aspekte studentischer Öffentlichkeit/politische Agitation von stud. Gruppen" Helga Eibl, 2 HH 76, Hirschgraben 59;
- "R. Dutschke, Rebellion der Studenten rororo 1043" Hans-J. Still, 4178 Kevelaer 1, Schillerstr. 24;

- "Aufbau eines Jugendwohnkollektivs" Hans-J. Karnatz, 4812 Brackwede, Hallerstr. 14;
- "Entwicklung der Jugendsoziologie/Vorschulerziehung/ zur Auseinandersetzung um Gesamtschule/Bildungssituation ausländischer Arbeiterkinder" Michael Selbmann, 48 Bielefeld, Paulusstr. 21;
- "Verhältnis zwischen Sprachdidaktik u. Literaturdidaktik am Bspl. Hess. Rahmenrichtlinien Deutsch Sek. I"
  Karl Georg Beckmann, 34 Göttingen, Am Kreuze 15;
- "Arbeit mit ausländischen Arbeitern/Deutschkurse f. Türken"
  Barbara Kettler, 4812 Brackwede, Hauptstr. 73
  Engelhardt, 43 Essen 1, Postlagerkarte 064395 A;
- "Sozialpädagogik an Gesamtschulen"
  Toni Wagner, 6051 Dudenhofen, Frankfurter Str. 48;
- "Kindliches Spiel/Äquivalent Arbeit? - Entwicklung des kindl. Spiels, Analyse kommerziellen Spielzeugs - Doris Garnatz, 35 Kassel, Kirchweg 28;
- "Elternarbeit im Bereich Schule u. Sonderschule"
  Inge Sachsse, 5 Köln 41, Bachemerstr. 27.

PROBLEME DES KLASSEN-KAMPFS ★ **16**

DM 7,00

Gerhard Armanski
Staatliche Lohnarbeiter im Kapitalismus
Thorsten Graf/Mimi Steglitz
Homosexuellenunterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft
W. Schoeller/W. Semmler/J. Hoffmann/E. Altvater
Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland (II)
Bodo v. Greiff/Hanne Herkommer
Die Abbildtheorie und „Das Argument"
Bedingungen sozialistischer Solidarität

Probleme des Klassenkampfs erscheint mit jährlich ca. 750 Seiten Umfang, die in der Regel in zwei Einfach- und zwei Doppelheften geliefert werden. Preis des Einfachheftes DM 7,00, des Doppelheftes DM 10,00. Abonnements sind nur direkt vom Verlag beziehbar. Abo-Preis für 6 Einfachhefte (bzw. 2 Einfach- und 2 Doppelhefte) ist DM 31,00 inklusive Versandkosten. Luftpostabonnement (nur außerhalb Mitteleuropas): DM 36,00. Die Lieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 31,00 bzw. DM 36,00 beim Verlag eingegangen ist. Dabei ist anzugeben, ab welchem Heft die Zusendung gewünscht wird, wobei frühestmöglicher Abo-Beginn das zuletzt erschienene Heft ist. Evtl. frühere Hefte werden zum Normalpreis auf Rechnung portofrei zugesandt, sofern sie nicht gerade vergriffen sind. — Sonderhefte sind im Abo nicht enthalten, sondern werden auf Bestellung jeweils nach Erscheinen portofrei zugesandt. Sonderhefte kosten nach Umfang und Auflagenhöhe unterschiedlich viel. Bezahlung des Abos durch Überweisung an Politladen GmbH, Erlangen, Konto 3234-850 beim Postscheckamt Nürnberg oder Konto 1190 bei der Raiffeisenkasse Effeltrich/Oberfranken. — Auslandsüberweisungen bitte ausschließlich per Post!

POLITLADEN 852 ERLANGEN POSTFACH 2849

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT

STAATS- UND UNIVERSITÄTS-BIBLIOTHEK HAMBURG

Schwerpunktthema:
KNAST UND SOZIALARBEIT



Außerdem: "Reformer" stoppen Reformen
Das Ende der Victor-Gollancz-Stiftung?
Disziplinierung: Fünf Kurzberichte
Redaktionsmitteilungen/Materialien

10 Offenbach im Juli 1975
Einfachnummer - Preis DM 3,50

1772